DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

269 24. JAHRGANG Februar 2007 4,50 €

AUS DEM INHALT:

ANTIRASSISMUS

Das Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im deutschen Fußball wurde bereits kurz nach der Fußball-Weltmeisterschaft wieder aktuell. Der Alltag hatte in den Stadien der Republik Einzug gehalten. Aktive Fans setzen auf Selbstdisziplinierung und haben damit bereits Teilerfolge erzielt. »Widerstand aus den Kurven« auf Seite 3.

ÖKOLOGIE

Brasilien setzt auf den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und bringt damit die vorher selbständig produzierenden familiären Betriebe mit dem Anbau von Rizinus oder anderen Ölpflanzen in eine gefährliche Abhängigkeit vom Weltmarkt. Auch die bisher von den bäuerlichen Betrieben versorgte Bevölkerung gerät in die Abhängigkeit von Nahrungsmittelkonzernen und Brasilien bringt mit der geplanten Erweiterung von Anbauflächen die Umweltschützer buchstäblich auf die Palme. Seite 4

LANDWIRTSCHAFT

»Totgesagte leben länger« – dieses Bonmot trifft auch auf die bäuerliche Landwirtschaft zu. Längst abgeschrieben von der offiziellen Agrarpolitik und den großen Interessensverbänden gibt es in Ländern wie Österreich und Deutschland nach wie vor überraschend viele Klein- und Kleinstbetriebe: etwa ein Drittel bzw. ein Viertel der Betriebe wirtschaften auf weniger als fünf Hektar. Was sich ökonomisch kaum noch »lohnt«, lohnt sich für die Menschen offenbar dennoch. Seite 6

REGIOGELD

In rund neunzig Fachgeschäften und Kneipen von Düsseldorf kann nun mit »Rheingold« bezahlt werden. Die VerteilerInnen dieser selbst gedruckten, nach einer Wagner-Oper benannten Geldscheine treibt ein messianischer Ehrgeiz zur Erlösung der Welt vom Fluch des Zinswesens an – ein Monopoly-Spielchen für Verklärte mit fragwürdigen politischen Verflechtungen... Seite 11

DACHGENOSSENSCHAFTEN

Nach unserem Schwerpunktthema zu Unterstützungsstrukturen in Dachgenossenschaften für gemeinschaftliche Wohnungsinitiativen in Ausgabe Nr. 267 setzen wir dieses Thema mit drei weiteren Beispielen in dieser Ausgabe fort. Die Hamburger Wohnungsbaugenossenschaft Schanze eG hat 20 Jahre nach ihrer Gründung 1987 295 Wohnungen in 25 Gebäuden in ihrem Bestand. Und die 1999 gegründete Stuttgarter »pro... gemeinsam bauen und leben eG« plant bereits ihr drittes gemeinschaftliches Wohnprojekt. Die Berliner »Selbstbau eG« verfügt nach ihrer Gründung im Frühjahr 1993 mittlerweile über 16 Objekte mit 327 Wohn- und Gewerbeeinheiten. Seite 12/13

www.contraste.org

ALTERSHEIM? NICHT MIT UNS!

Alte in Gemeinschaft

Wir werden immer älter und bleiben dabei fitter – tendenziell. Und den meisten Altwerdenden ist die Vorstellung ein Graus, in Alten- oder Pflegeheimen zu vegetieren oder alleinlebend zu vereinsamen. Da ist die Alternative selbstorganisierter Gemeinschaften eine interessante Perspektive. Und sie gilt nicht nur für Reiche – obwohl man zur Gründung einer Hausgemeinschaft auch finanzielle Ressourcen braucht. Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln und Stiftungen, Spenden und günstige Kredite können helfen.

Spatenstich der Alten-Hausgemeinschaft »Silver Sage« in Colorado, USA Foto: Wonderland Hill Development Company

Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● In dem Bestseller »Das Methusalem-Komplott« (1) über den Umgang mit dem Alter stellt Frank Schirrmacher fest: »Nur sehr wenige Studien belegen überhaupt, dass Altern im Arbeitsleben zur Verminderung der Leistungsfähigkeit führt; und wo dies geschieht, können die Erfahrungen des Älteren die mechanischen Mängel offenbar auch ausgleichen. Das Vorurteil, dass ältere Leute viel verlernt haben, nicht mehr umlernen können und nicht mehr mitreden dürfen, ist ein Angriff auf die Menschenwürde.«

Wie menschenwürdig und erfüllend selbst hohes Alter in Gemeinschaften erlebt werden kann, zeigen die CONTRASTE-Beiträge aus und über Kommunen und Hausgemeinschaften in den USA und der Bundesrepublik. Wir hoffen, sie sind anregend genug, um weitere Äußerungen unserer Leserinnen und Leser zum Thema herauszufordern und dem viel diskutierten Kollaps der Gesellschaft durch den so genannten snow crash positive Seiten abzugewinnen. Und die Autorin möchte mit diesem Schwerpunkt dazu beitragen, auch in links-alternativen Kreisen verbreiteten altersrassistischen Auffassungen ein Stück entgegenwirken und dem Unsinn der »Anti-Aging«-Industrie bewusste Resistenz und Abstinenz entgegensetzen zu können.

Die gängige, doch dümmliche Gleichsetzung von »alt« und »krank« oder »schwach« oder »hässlich« sollten wir jedenfalls nicht mitmachen. Laut Schirrmacher rührt sie vor allem daher, dass Altern bislang immer aus der Perspektive der jüngeren Mehrheit wahrgenommen worden ist, während sich nun mit den Mehrheitsverhältnissen auch die Sicht auf das Alter ändere. Ursächlich sind natürlich auch die Medienbilder, denen sich kaum jemand entziehen mag: Alte werden, falls überhaupt, insgesamt eher unfreundlich, unattraktiv und unintelligent dargestellt. Schließlich werden wir alle alt und wollen so abstoßend und ausschließend sicher ungern gesehen werden. Wir müssen ja nicht wie Ex-ARD-Moderator Max Schautzer, der mit 64 aus Altersgründen gefeuert wurde, nicht erst warten, bis der Jugendwahn dieser Verwertungs-Gesellschaft uns heftigst verletzt, um uns für die Altersklasse der Betagten (und damit für uns selbst) zu engagieren. Schautzer tat das, indem er Sender für Alte gründete (Bono TV).

Am besten wartet man nicht bis zum Greisenalter, bis man für ein würdiges Altenleben aktiv wird, meint z.B. Ulla Göbel, 53, von der Sozialistischen Selbsthilfe Köln. Sie ist dabei, eine Hausgemeinschaft »mit den alt Gewordenen der Bewegung« aufzubauen.

SCHWERPUNKTTHEMA

Twin Oaks, USA:
Hängematten knüpfen,
Bücher schreiben, Tanzen Seite 7

Beispiele aus den USA:
Alten-Hausgemeinschaften
– eine Idee, deren Zeit gekommen ist? Seite 8

Kommune Niederkaufungen:
Junges Blut und Altes Eisen Seite 9

Wechselzeit auf dem Olgashof:
»Für die Alten will ich
eine Lanze brechen« Seite 10

Dass es auch für den Fall von Hilfsbedürftigkeit angenehmere als die Mainstream-Lösung gibt, kann ein leichteres Altern befördern. Der Theaterregisseur Claus Peymann etwa, nach eigenem Bekunden »an der Schwelle zum Greisenalter«, hob Ende des Jahres in einem Radio-Interview hervor: »Je älter man wird, desto glücklicher ist man, wenn man halbwegs gesund ist«. Das ist auch meine Erfahrung mit nunmehr 63. An meinem Wohnort Köln gibt es 158 über hundertjährige Menschen. Wie es ihnen damit geht, habe ich bislang nicht erkundet. Einem Presse-Interview mit der hundertjährigen Kölnerin Else Frigge entnehme ich immerhin, dass sie weder einen Stock noch ein Hörgerät noch eine Brille braucht und ihren Haushalt weiterhin völlig selbständig führt, Kochen und Putzen inklusive. Und Bremens Ex-Bürgermeister Henning Scherf (2), 68, kennzeichnet seine Alten-Hausgemeinschaft mit acht Mitgliedern mit dem Satz: »Alle so schön alt hier!«●

Literatur:

1) Frank Schirrmacher: Das Methusalem-Komplott. Karl Blessing Verlag, München 2004
2) Henning Scherf: Grau ist bunt. Was im Alter möglich ist. Herder-Verlag, Freiburg 2006

Schwerpunktthema auf Seite 7 bis 10

D 8008

Zentrale Fragestellungen für den Kongress Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus

»Behagliche Nester und ruhige Inseln?«

Nachfolgend veröffentlichen wir das Eingangsstatement zum Kongress von Sven Giegold (Attac), gehalten am 24. November 2006.

These 1: Eine neue Bewegung für Solidarische Ökonomie ist Teil einer Antwort auf die neoliberale Globalisierung

In vielen Ländern ist der Wirtschaftssektor der Solidarischen Ökonomie mit seinen Projekten längst selbstverständlicher Teil der altermondialistischen Bewegung – in Brasilien, in Frankreich, auf den Weltsozialforen. In Deutschland ist das bislang nicht der Fall. Dabei gibt es eine Reihe von guten Gründen dies zu ändern:

Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Verarmung und prekäre Beschäftigung einerseits und massive Überforderung, Leistungsdruck, Zeitarmut und Stress auf der anderen Seite prägen das Erwerbsarbeitsleben immer größerer Teile der Bevölkerung. Das gilt auch für Viele der Aktiven in sozialen Bewegungen. Prekarität und Armut sind längst in den Bewegungen angekommen. Unternehmungen Solidarischer Ökonomie sind eine Alternative, die eigenen politischen Ziele und das eigene Leben und Arbeiten stärker in Einklang zu bringen. Sie sind auch eine Möglichkeit, Erwerbsarbeit zu schaffen.

In vielen Kommunen wird die kommunale Daseinsvorsorge privatisiert. Die Ablehnung dieser Privatisierungen ist in den sozialen Bewegungen einhellig und wird von der großen Mehrheit der Bevölkerung geteilt, wie die Volksabstimmung gegen den Freiburger Wohnungsverkauf eindrücklich gezeigt hat. Gleichzeitig können genossenschaftliche Übernahmen sogar ein Mehr an Partizipation der NutzerInnen bringen. Gleichzeitig kann der gleiche Zugang aller BürgerInnen zu den entsprechenden sozialen Dienstleistungen erhalten bleiben. Genossenschaftliche Übernahmen von kommunaler Daseinsvorsorge können helfen, finanziell gebeutelte Kommunen zu entlasten.

An vielen Orten kommt es im Zuge des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zur Stillegung von Betrieben oder massivem Beschäftigungsabbau, selbst von durchaus wirtschaftlichen Betrieben und Betriebsteilen. Belegschaftsübernahmen könnten eine Alternative für manche Belegschaften sein. In Deutschland fehlt jedoch eine aktive Unterstützung durch Politik, Gewerkschaften und bestehenden Genossenschaften.

Schließlich gibt es aus Sicht von politisch Aktiven einen besonderen Grund, sich mit Projekten Solidarischer Ökonomie zu befassen. Seit mindestens sechs Jahren versucht Attac mit vielen anderen Akteuren zumindest erste Schritte zur demokratischen Kontrolle des Finanzmarktkapitalismus durchzusetzen. Eine Menge an Aufklärungsarbeit wurde geleistet und verschiedenen Liberalisierungsprojekte konnten gestoppt oder gebremst werden.

Auf die Schließung der Steueroasen, die Streichung der Schulden der Entwicklungsländer, die Tobinsteuer, usw. warten wir jedoch immer noch. Bewegungen brauchen jedoch auch positive Erfolge. Projekte Solidarischer Ökonomie können solche Erfolge bringen – anfassbar, vor Ort. Hier können Ansätze einer anderen Ökonomie entstehen, die Ermutigung schaffen, statt an der auf internationaler und nationaler Ebene so schwer zu ändernden Politik zu verzweifeln.

These 2: Zur Förderung Solidarischer Ökonomie haben wir heute vor allem von anderen Ländern zu lernen.

Auch in Deutschland gibt es eine große Zahl von Projekten Solidarischer Ökonomie. Sie sind sowohl im Zuge der alten Genossenschaftsbewegung als auch aus den neuen sozialen Bewegungen entstanden. Eine neue Dynamik wie in vielen anderen Ländern, etwa in Lateinamerika, Frankreich, Italien, usw. gibt es bei uns jedoch nicht. Meine These ist: Das liegt nicht an einer grundlegend anderen ökonomischen Situation, sondern an den schlechten Rahmenbedingungen für Solidarische Ökonomie in Deutschland. Soziale Bewegungen und ihre Bewegungsorganisationen wie Attac unterstützen die Idee Solidarischer Ökonomie bislang kaum. Das gleiche gilt für die Gewerkschaften.

Aber auch die bestehenden Projekte Solidarischer Ökonomie haben es nicht

Fortsetzung auf Seite 2

DER KAMPF GEGEN IMAGINIERTE TERRORISTISCHE BEDROHUNGEN

Jedes Mittel ist recht

Mit immer neuen Vorstößen, über die sich DatenschützerInnen und BürgerrechtlerInnen gleichermaßen die Haare raufen, machen derzeit die VerteidigerInnen der angeblich stets gefährdeten Inneren Sicherheit von sich reden. Ob Folter bei Verhören, Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Polizei oder die angekündigten Eingriffe in Grundrechte während des G8-Gipfels: im Kampf gegen imaginierte terroristische Bedrohungen von allen Seiten ist jedes Mittel recht.

Die allgemeine Paranoia vor islamistischen Aktivitäten musste in den vergangenen Jahren schon für zahlreiche Gesetzesänderungen herhalten, die grundlegende Rechte und Freiheiten massiv eingeschränkt haben. Sicherheitsüberprüfungen (nicht nur) von Flughafenpersonal, biometrische Daten in Ausweispapieren und Verschärfungen im Ausländer- und im Vereinsrecht wurden ergänzt durch eine Vielzahl von Kompetenzerweiterungen von Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Geheimdiensten.

Mit der Ende November 2006 vom Bundestag beschlossenen »Antiterrordatei«, die auf eine Initiative der Innenministerkonferenz im Sommer 2004 zurückgeht, hat der gezielte Abbau von BürgerInnenrechten einen neuen Höhepunkt erreicht. War ursprünglich das angstbesetzte Thema des Islamismus als Ausgangspunkt benutzt worden, ist jetzt sehr allgemein von Daten von »Unterstützern terroristischer Vereinigungen« und »gewaltbereiten Extremisten« die Rede. Noch skandalöser als die schon bekannte Speicherung in »Extremistendateien« ist in diesem Fall die Legalisierung der bisher inoffiziellen Zusammenarbeit von Polizei, Verfassungsschutz (VS) und Bundesnachrichtendienst. Indem diese Behörden gemeinsam von der neuen Einrichtung Gebrauch machen, wird die im Grundgesetz verankerte Trennung von Geheimdiensten und Ermittlungsbehörden, die aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus resultierte, bewusst aufgehoben.

Angesichts des geringen Protests und des verbreiteten Desinteresses an dieser Entwicklung nutzten die offiziellen Verfassungsschützer die Gunst der Stunde für einen neuen Angriff auf die Verfassung. Am vergangenen Wochenende plädierte der VS-Präsident Heinz Fromm für die Verwendung von Aussagen, die unter Folter erzwungen wurden. Als Begründung musste erneut der offenbar omnipräsente Islamismus herhalten, der diesmal den Rückfall in Methoden der Inquisition rechtfertigt. Abgesehen von einigen Abgeordneten der Linksfraktion regte sich im parlamentarischen Lager keine grundlegende Kritik an diesem Anschlag auf zentrale Rechte von Verdächtigen; vielmehr erntete Fromm von vielen Seiten großes Lob für seine Ideen zur Abwehr der herbeihalluzinierten Gefahren für die Innere Sicherheit.

Daneben haben die Architekten des Polizei- und Überwachungsstaats ein neues Thema für sich entdeckt: ihrer Meinung nach stellen die Proteste gegen den G8-Gipfel, der im Juni 2007 in Heiligendamm stattfinden soll, ein zuvor ungeahntes Sicherheitsrisiko dar – weshalb sie weitere Eingriffe in Grundrechte wie Versammlungs- und Bewegungsfreiheit fordern und in einem monströsen Polizeieinsatz und durch weitere Gesetzesänderung die neusten Repressionstechniken ausprobieren wollen. Schon im November kündigte das BKA Reiseverbote für bekannte GlobalisierungskritikerInnen aus dem In- und Ausland an, und Mecklenburg-Vorpommern beklagte die enormen Kosten für den geplanten Sicherheitszaun, der auf einer Länge von 12 Kilometern mit Kameras und Bewegungsmeldern ein großes Areal hermetisch abriegeln soll. Nun will der Verfassungsschutz neue Gefahren gewittert haben, da die linken G8-GegnerInnen, bei denen er eine »militante Begleitkampagne« vorhersieht, offenbar nicht genügend Panik erzeugen. Nachdem VS-Chef Fromm mit seiner (vorerst noch eingeschränkten) Folterbefürwortung ohnehin im Gespräch ist, sorgt er jetzt mit der Heraufbeschwörung von terroristischen Aktivitäten von allen Seiten für ein angemessenes Bedrohungsszenario, das den Einsatz von 10000 PolizistInnen im Sommer rechtfertigen soll. Beispielsweise will er ebenso Anhaltspunkte für Aktionen von Nazis haben wie für islamistische Anschläge, wobei die bloße Erwähnung letzterer in den vergangenen Jahren ausreichte, um diverse Grundrechte weiter zu untergraben oder ganz abzuschaffen. Für die nächsten Monate sind daher noch zahlreiche Gesetzesänderungen zu erwarten, die die verbliebenen BürgerInnenrechte auf ein lächerliches Maß schrumpfen lassen werden.

Die Rote Hilfe protestiert entschieden gegen diese Entwicklung und fordert alle fortschrittlichen Menschen und Organisationen auf, der allgemeinen Erzeugung von Bedrohungsszenarien und den damit gerechtfertigten Gesetzesverschärfungen entgegenzutreten.●

Mathias Krause für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. (Presseerklärung vom 6.12.2006)
www.rote-hilfe.de

AUSZEICHNUNG FÜR DIE BEKANNTESTE ANTI-CHEMIE-AKTIVISTIN

Redaktion Heidelberg ● Am Samstag, den 2. Dezember 2006 hat die Stiftung »ethecon« in Berlin erstmalig den »Blue Planet Award« verliehen. Die von dem berühmten Künstler Otto Piene handbemalte Glasplatte ging an die amerikanische Anti-Chemie-Aktivistin DIANE WILSON, die sich seit 20 Jahren gegen die Verseuchung des Golfes von Mexiko engagiert.

In seiner Laudatio würdigte Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr vom Komitee für Grundrechte und Demokratie ihren mutigen Einsatz, von dem sie weder Strafanzeigen, Morddrohungen noch Attentate abbringen konnten. Die ehemalige Krabbenfischerin trat neun Mal in den Hungerstreik und ging 19 Mal ins Gefängnis. Als Höhepunkt ihrer Proteste gegen die Chemiegiganten versenkte DIANE WILSON ihr eigenes Fischerboot, um auf ein illegales Einleitungsrohr einer Chemiefabrik aufmerksam zu machen. Neuerdings ist DIANE WILSON in der US-Friedensbewegung aktiv. Ihre letzte Störaktion gegen Vizepräsident Dick Cheney brachte ihr erst kürzlich wieder drei Monate Gefängnis ein. Analog zum »Blue Planet Award« wollte Prof. Dr. Erich Schöndorf (Business Crime Control) den »Black Planet Award« an den Gentech-Konzern MONSANTO überreichen. Der Multi war jedoch nicht bereit, einen Vertreter zu entsenden. Dies erzürnte DIANE WILSON, die deshalb am kommenden Mittwoch den Schmähpreis persönlich in der Europazentrale des Konzerns in Düsseldorf übergeben wird.

Schöndorf, ehemaliger Staatsanwalt im Holzgift-Prozess gegen BAYER-Manager, der aus Protest gegen die Einstellung des Strafbefehls zurückgetreten war, wies darauf hin, dass MONSANTO für die Herstellung des Vietnam-Herbizids Agent Orange sowie Dioxin verantwortlich sei, woran bis heute Tausende von Menschen gestorben sind. Außerdem habe Monsanto für 90 Prozent aller heute angebauten Gentec-Pflanzen die Patente und strebe das Saatgut-Monopol und die Kontrolle der Welternährung an.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2007: JETZT MITGLIED WERDEN!

Projekt langfristig absichern

Unsere notorische Finanznot ist Euch allen bekannt. Monat für Monat präsentieren wir die aktuellen Zahlen, um zu dokumentieren, wie es bei uns steht. Aktuell werden, um am Jahresende nicht mit roten Zahlen dazustehen, 164+ zusätzliche Abos benötigt. Oder aktuell 5.230 EUR an Spenden. Auch eine Umstellung auf eine Fördermitgliedschaft (siehe Coupon auf dieser Seite) sichert das Projekt dauerhaft ab.

Redaktion Heidelberg ● Aktuell hat sich das Wohnprojekt »Zorrow in Panko e.V.« zu einer Umstellung auf ein Förderabo in Höhe von 62 EUR entschlossen. Und es gibt einen Neueintritt: Reinhard Lichtenhahn aus Dresden tritt dem Verein mit einem Förderbeitrag von 120 EUR bei. Herzlichen Dank!

Auch auf unserem Spendenkonto sind weitere Beträge in Höhe von 404,20 EUR eingegangen. Darunter eine Spende aus dem Kaffeeverkauf Zapatistischen Kaffees (mit CONTRASTE-Zuschlag) durch Felix Bartholl und eine größere Spende aus Österreich. Gefreut haben uns auch die 15 gezielt gespendeten österreichischen Schnupperabos. Das macht uns Mut!
Nachfolgend die im Monat Januar eingegangenen Spenden:

● Felix Bartholl, Waal (67 EUR)
● Robert Heidemann, Lohfelden (5 EUR)
● Sigrid Müller, Hans Bruggaber, Österreich (320 EUR)
● Dirk Blochberger, Österreich (9 EUR)
● Sabine Ellersick, Düsseldorf (3,20 EUR)

Nochmals herzlichen Dank!

Der Monat Januar bescherte uns 5 Abokündigungen und 3 neue Abos. Zusammen mit den neuen Förderabos benötigt CONTRASTE nun 164+ neue Abos, um auch ohne Spendenaufkommen überleben zu können.

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ihre Rechnungen auch auf diesem Wege zukommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Die Banken berechnen jeweils eine Gebühr für geplatzte Lastschriften, die zusammen 5,50 EUR beträgt. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2006

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2007: 5.230,80 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 164+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

FORTSETZUNG VON SEITE 1

... Dachorganisation zu bilden, die solidarische Alternativen bekannt macht, bei Gründungen hilft und für die gemeinsamen Interessen streitet. Vielmehr ist der Bereich der Solidarischen Ökonomie in zahlreiche Unter-Sektoren zersplittert, die sich teilweise sogar bekämpfen. Der traditionelle Genossenschaftssektor ist von neuen Genossenschaften oder bewegungsförmigen Ansätzen weit entfernt.

Gleichzeitig sind die politischen Rahmenbedingungen für Solidarische Unternehmungen in Deutschland mies. Die genossenschaftliche Rechtsform ist diskriminiert und eine aktive Politik zur Förderung Solidarischer Ökonomie gibt es nicht. All das sieht in vielen Ländern ganz anders aus. Der Staat und zahlreiche Kommunen fördern den Aufbau der Solidarischen Ökonomie. In Spanien, Italien und Portugal hat diese Förderung gar Verfassungsrang. Starke Vereinigungen von Projekten Solidarischer Ökonomie bringen die Bewegung voran. Deshalb freuen wir uns auf diesem Kongress, besonders von unseren Gästen aus Argentinien, Belgien, Brasilien, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, Kanada, Polen, Sambia, Spanien und Venezuela zu lernen.

These 3: Trotz der vielen Vorzüge der Solidarischen Ökonomie wäre es naiv, einfach einen »Begeisterungskongress« zu veranstalten.

Bei aller Begeisterung für die Solidarische Ökonomie gibt es eine ganze Zahl von wichtigen Fragen, die eine kritische Diskussion wert sind.

Erstens, seit nun über 200 Jahren gibt es Projekte und Unternehmungen Solidarischer Ökonomie in der Moderne. Wenn sie so großartig sind, warum dominieren sie nicht längst die Ökonomie? Solidarische Ökonomie ist eben bei allen großen Erfolgen auch eine Erfahrung des Scheiterns. Viele Kollektive der 70er und 80er Jahre sind an Konflikten und überhöhten Ansprüchen gescheitert. Die starke Konkurrenz des konventionellen Sektors hat etliche Unternehmungen wirtschaftlich niedergedrückt oder noch mehr von ihnen dem kommerziellen Sektor gleich oder ähnlich gemacht. Wie können wir also einen Solidarischen Sektor aufbauen, der seine Ziele nicht verrät, aber doch im sich globalisierenden Kapitalismus lebensfähig ist? In welchen Sektoren und unter welchen Rahmenbedingungen ist das mögliche?

Zweitens, kann die Idee ökonomischer Selbsthilfe dazu beitragen, die Forderung nach universellen sozialen und ökologischen Rechten an den Staat schwächen. Was wird aus denen, die sich nicht gemeinschaftlich selbst helfen können oder wollen? Kann Solidarische Ökonomie von den neoliberalen IdeologInnen missbraucht werden, um den Rückzug des Staates aus der Garantierung von Rechten für alle zu legitimieren? Können wir als Kronzeuge für das oft zynische Gerede von »Eigenverantwortung« missbraucht werden?

Drittens, besteht die Gefahr, dass Solidarische Ökonomie zur Schaffung »behaglicher Nester« und »ruhiger Inseln« führt, die dann die Entpolitisierung zum Ergebnis haben. Wer im Tauschring Gutscheine zählt, kämpft vielleicht nicht mehr für einen Bruch mit der neoliberalen Politik und für eine andere Weltwirtschaftsordnung. Wer im genossenschaftlichen Betrieb sich selbst verwaltet, hat vielleicht keine Zeit mehr gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung durch die Kommunalverwaltung zu kämpfen. So könnten Projekte Solidarischer Ökonomie politische Kämpfe um soziale und ökologische Rechte nicht nur ideologisch schwächen, sondern auch einen Teil der personellen Basis an Aktiven entziehen. Andererseits braucht vielleicht jede progressive Bewegung auch eine ökonomische Infrastruktur. Braucht nicht gerade die altermondialistische Bewegung, die beweisen will, dass Ökonomie ganz anders auch jenseits des Neoliberalismus geht, einen Wirtschaftssektor, der beweist, dass dies tatsächlich möglich ist? Ein Wirtschaftssektor, der zeigt, dass die andere Welt nicht nur möglich ist, sondern auch heute schon lebbar ist? Eine Ökonomie, die beweist, dass der totale Wettbewerb, ständiger Leistungsdruck, permanente Unsicherheit die falschen ökonomischen Leitbilder sind. Wir sollten hier diskutieren, wie Solidarische Ökonomie politische Kämpfe stärken kann, statt sie zu schwächen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen spannenden, aufschlussreichen und auch begeisternden Kongress!●

FUSSBALLFANS WENDEN SICH GEGEN RASSISMUS IN DEN STADIEN – ÜBER 70 EUROPÄISCHE FANINITIATIVEN SCHLIESSEN SICH ZUSAMMEN

Widerstand aus den Kurven

Das Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im deutschen Fußball wurde bereits kurz nach der Fußball-Weltmeisterschaft wieder aktuell. Der Alltag hatte in den Stadien der Republik Einzug gehalten. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) reagierte im Oktober 2006 mit der Gründung einer »Task Force gegen Rassismus und Gewalt«. Der Erfolg dieser Initiative bleibt abzuwarten. Andere haben bereits Teilerfolge erzielt: die Fußballfans.

Christopher Pauer und Norman Seibert, Red. Göttingen ● Selbst der aus Ghana stammende deutsche Nationalspieler Gerald Asamoah ist in dem Land, für das er seine Fußballschuhe schnürt, rassistisch angepöbelt und beleidigt worden. Öffentlich dachte er deshalb kurz nach der Fußball-Weltmeisterschaft über seinen Rücktritt aus der Nationalelf nach.

Asamoah ist kein Einzelfall. Für viel Aufsehen sorgte ein Viertligaspieler von Sachsen Leipzig im März 2006. Es war für Adebowale Ogungbure keine neue Erfahrung, im Oberligaspiel gegen den Halleschen FC 90 Minuten als »Nigger«, »Bimbo« oder mit Affenlauten beschimpft zu werden. »Bei fast jedem zweiten Spiel bin ich irgendwie rassistisch beleidigt worden«, erzählt der Nigerianer von seiner Odyssee durch die Oberligastaffel Süd des Nordostdeutschen Fußballverbandes.

Seine aufgestaute Wut und Ohnmacht entlud sich im Hallenser Kurt-Wabbel-Stadion. Ogungbure zeigte eine ungewöhnliche Reaktion: Den Pöblern auf der Tribüne streckt er seinen Arm zum Hitlergruß entgegen und imitiert mit zwei Fingern über der Oberlippe das »Führerbärtchen«. Was folgte, ist mit dem Begriff Jagdszenen milde umschrieben. Der Nigerianer sah sich heftigen Angriffen einiger HFC-Fans ausgesetzt. Ein HFC-Fan würgte Ogungbure, ein anderer nutzte eine Eckfahne als Schlagstock. Es war unmöglich, Ogungbure vor den Tritten und Schlägen zu schützen. Daher eskortierte ein Leipziger Mannschaftskollege Ogungbure in die Sicherheit des Kabinengangs.

Anstatt wegen Körperverletzung und Beleidigung die eigentlichen Täter zu ermitteln, wurde zunächst ein Verfahren gegen Ogungbure eingeleitet. Begründung: Verwendung verfassungswidriger Symbole. Mittlerweile wurde das Verfahren eingestellt. »Es ist unglaublich«, sagt Martin Endemann vom Bündnis Aktiver Fußball-Fans (B.A.F.F. – siehe auch CONTRASTE Nr. 260, S. 7/8), »dass ein farbiger Spieler, der die alltäglichen rassistischen Schmähungen gegen sich nicht mehr ertragen kann und darauf reagiert, hier als Täter und nicht als Opfer dargestellt wird.«

»Der Verein verkauft teilweise seine Seele an Sponsoren, die der rechten Szene zuzuordnen sind,« äußerte der ehemalige Pressesprecher des BFC Dynamo Berlin, Yiannis Kaufmann.

Auch die Fußballfans des SV Babelsberg 03 hatten genug: Sie wollten ihre Mannschaft beim Oberliga-Auswärtsspiel in Berlin nicht unterstützen und blieben in Potsdam-Babelsberg. Stein des Anstoßes war nicht das eigene Team oder der Vereinsvorstand, sondern der Gegner, BFC Dynamo Berlin. Im Umfeld des einstigen DDR-Vorzeigeclubs und Serienmeisters, der mittlerweile bis in die Viertklassigkeit der Oberliga abgestürzt ist, tummeln sich nicht nur auf den Rängen Personen aus fragwürdigen Kreisen.

»Der Verein verkauft teilweise seine Seele an Sponsoren, die der rechten Szene zuzuordnen sind.« Mit dieser Aussage legte der ehemalige Pressesprecher des BFC Dynamo, Yiannis Kaufmann, vor über einem Jahr sein Amt nieder. Auch heute bestätigt er, dass sich im Umfeld des Ost-Berliner Clubs nicht viel geändert habe. Zudem werden in der Presse immer wieder Verbindungen des Vereins zur Rockerszene thematisiert. Diese Umstände hatten die Babelsberger Fanszene zu einem Boykott des Spiels ihrer Mannschaft beim BFC am 2. Dezember 2006 bewogen.

Fan-Schals mit Nazi- und Hooligan-Devotionalien Foto: BAFF-Archiv

»Der Schwarze ist undisziplinierter, verträgt den Winter nicht und hat Malaria,« meint Klaus Schlappner, ehemals Trainer bei Waldhof Mannheim und NPD-Kandidat.

Zielscheibe rassistischer Diskriminierung sind farbige Fußballer in Deutschland seit langem. Schlachtrufe wie »Husch, Husch, Husch – Neger in den Busch!«, waren Mitte der 1980er Jahre in deutschen Fußballstadien an der Tagesordnung. Bereits damals gab es erste Ansätze, dem aufkeimenden Problem Rassismus entgegenzutreten. Als vermehrt farbige Spieler ihre Brötchen in der Bundesliga verdienten und sich offenen Anfeindungen gegenübersahen, startete der Deutsche Fußball-Bund (DFB) 1993 mit »Mein Freund ist Ausländer« eine großangelegte Kampagne gegen Rassismus. Doch deren Nachhaltigkeit wurde immer wieder torpediert.

Ob sich prominente Vertreter des Fußballs der Wirkung ihrer unbedarften Äußerungen bewusst waren, sei dahingestellt: Bundesligatrainer Schlappner nannte seinen Stürmer Anthony Yeboah gerne »meinen Schwarzwälder«. »Schwarze« stufte er generell als undiszipliniert und wenig winterhart ein. Trainerkollege Otto Rehagel stieß ins gleiche Horn. Ihm werden fragwürdige Motivationskünste in der Kabine nachgesagt. Mit: »Sie wissen ja, die Neger wollen uns die Arbeitsplätze wegnehmen«, soll er sein Team angewiesen haben, den brandgefährlichen Nigerianer Akpoborie auszuschalten.

Sogar der spätere DFB-Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder verursachte durch regelmäßige Äußerungen gegenüber Presse und deutschem Fußballvolk häufig Kopfschütteln. Einmal schwadronierte er über »genetisch andere Voraussetzungen« der Afrikaner und Südamerikaner, ein anderes Mal beklagte er einen Mangel an »Germanen« auf Bundesligaplätzen. Vorbildcharakter haben solche Offenbarungen für die Fankurven nicht. Fußballfachautor Dietrich Schulze-Marmeling ging angesichts der pogromartigen Ausschreitungen gegen Ausländer Anfang der 1990er Jahre soweit, Mayer-Vorfelder und Co. als »propagandistische Wegbereiter« anzusehen.

»Was wird aus der Bundesliga, wenn die Blonden über die Alpen ziehen und statt dessen die Polen, diese Furioso und Lesniaks, spielen?« fragte der spätere DFB-Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder im Jahr 1989.

Es waren emanzipierte Fußballfans, die sich gegen rassistische Übergriffe innerhalb und außerhalb der Stadien zur Wehr setzten. Das Bündnis Antifaschistischer Fußball-Fans (B.A.F.F) gründete sich 1993. Später modifizierte es seinen Namen in »Bündnis Aktiver Fußball-Fans«.

»Wir hatten die Wahl, die Hände in den Schoß zu legen, oder aktiv zu werden«, kommentiert B.A.F.F.-Aktivist Gerd Dembowski die Beweggründe, institutionalisierte Fanproteste aus der Taufe zu heben. Dass sich Initiativen gegen Rassismus gerade kurze Zeit nach der Wiedervereinigung etablierten, ist kein Zufall. »Die Stimmung in Deutschland schien umzuschlagen«, meint Dembowski. Hoyerswerda, Rostock, Solingen und eine Vielzahl fremdenfeindlich motivierter Gewaltakte ließen das wiedervereinte Deutschland aufschrecken. Die junge Republik trat eine gesellschaftsübergreifende Diskussion um den offen zu Tage tretenden Rassismus los.

An der Benzstraße, der Spielstätte des RSV Göttingen 05, positionieren sich die Fans Foto: Christopher Pauer

»Festung Benzstraße – Offen für alle« Foto: Christopher Pauer
Beim Bezirksligaspitzenspiel RSV Göttingen 05 gegen den TSV Holtensen beziehen beide Teams sowie die Schiedsrichter Stellung gegen Rassismus. Das Spiel fand im Oktober 2006, im Rahmen der FARE-Aktionswoche statt

Auch Fußballfans suchten die Diskussion. Sie wählten die Öffentlichkeit des Stadions: Transparente gegen Ausländerfeindlichkeit waren eines von mehreren Mitteln, um zu sensibilisieren. Der Raum, der in den 1980er Jahren öffentlichkeitswirksam von »rechtsunterwanderten« Fankurven missbraucht wurde, konnte nach und nach zurückgewonnen werden. Besonders die Arenen der höchsten deutschen Spielklassen – die erste und zweite Bundesliga – profitierten von der politischen Arbeit einiger Fangruppierungen.

Aktive Fans setzten auf Selbstdisziplinierung: Sie forderten innerhalb der bestehenden Stadionordnungen Antirassismusparagraphen ein und legten mittels Statuten das Verbot fremdendenfeindlicher Symbole und Handlungsweisen im eigenen Fanblock fest. Hitlergruß, Reichskriegsflagge, und andere rechtsradikale Zeichen sind zumindest aus dem Profifußball so gut wie verschwunden. Dank dieser Initiativen ist es nicht mehr die Mehrheit der Fans, die negativ auffällt. Vielmehr sind es einzelne Personen oder Gruppen, die die Bühne-Fußball nutzen, um ihr dumpfes Gedankengut zu propagieren. Die Arbeit am Stadionbesucher konnte nicht Endstation sein, Ziel war die gesamte Gesellschaft. Als Höhepunkt dieser Bemühungen kann die bundesweite Wanderausstellung »Tatort Stadion« des B.A.F.F. im Jahr 2001 angesehen werden. Schonungslos dokumentierte sie Geschichte und Hintergründe von Rassismus und Diskriminierung im Fußball.

»Hätte es eine Organisation wie FARE in der 80ern gegeben, wäre es für mich und andere schwarze Spieler bestimmt leichter gewesen,« betont Ex-Fußballprofi und FARE-Unterstützer Tony Baffoe.

Das Problem nur vor der eigenen Haustür anzupacken, war einigen bundesdeutschen Fanbündnissen zu wenig. So entstand 1999 aus europaweiten Fankontakten das Netzwerk »Football Against Racism in Europe« (FARE), dem mehr als 70 Fanclubs, Antirassismus-Initiativen und Migrantenorganisationen aus 13 europäischen Ländern angehören.

Seit Bestehen verfolgen diverse Kampagnen der FARE-Aktivisten das Ziel, Rassismus im Fußball europa- und weltweit zu bekämpfen. Mit bemerkenswertem Erfolg. Keiner anderen Fußballinitiative gelingt es, regelmäßig rund 150 Veranstaltungen zeitgleich in nahezu allen europäischen Ländern auf die Beine zu stellen. Dabei sind die Aktionsformen der Teilnehmer vielfältig: In der Vergangenheit luden Fans des FC St. Pauli Asylsuchende zu einem Auswärtsspiel ihrer Mannschaft ein. In Spanien ließen dreizehn Fangruppierungen ihre Rivalitäten für einen Spieltag ruhen und bezogen hinter dem Banner »Ultras antiracista unidos« (Antirassistische Ultras vereint) eindeutig Stellung.

Aktionen wie diese haben für Aufsehen gesorgt, sodass sich das Netzwerk dank seiner Aufklärung über rechte Strömungen kontinuierlich etablieren konnte. Der Präsident des Weltfußballverbandes FIFA, Sepp Blatter, sieht in der Partnerschaft von FIFA und FARE »einen weiteren Meilenstein« im Kampf gegen Rassismus und Gewalt.

Auf europäischer Ebene geht die Zusammenarbeit einen Schritt weiter. Seit 2001 fördert die UEFA die jährlich stattfindende FARE-Aktionswoche finanziell. Unter Mithilfe von FARE zeigte der DFB dem Rassismus im vergangenen Jahr sinnbildlich die »Rote Karte«.

Die öffentliche Anerkennung blieb nicht aus. 2002 verlieh der Musiksender MTV den »Free Your Mind Award« an FARE. Ein Jahr später erhielt das Netzwerk den Jean-Kahn-Preis der europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC). »Es ist wichtig, dass die Verbindung zwischen Sport und einer größeren Öffentlichkeit geschaffen wurde«, verdeutlichte der damalige EUMC-Vorsitzende Bob Purkiss den Grund der Preisverleihung, »weil Rassismus im Sport das vorhandene Übel Rassismus in unserer Gesellschaft reflektiert.«

Auszeichnungen allein vermögen die Welt nicht zu verändern. Dass der Weg noch weit ist, war dem österreichischen FARE-Vertreter Kurt Wachter schon 2004 klar: »Die Bewusstseinsbildung für dieses Thema funktioniert nicht von heute auf morgen. Wir brauchen da viel Unterstützung und einen langen Atem!« Wie recht er damit hatte, zeigen die jüngsten Vorfälle um Asamoah, Ogungbure und dem BFC Dynamo Berlin.●

www.farenet.org
fare
FOOTBALL AGAINST RACISM IN EUROPE
Das Logo von Football Against Racism in Europe

ANBAU VON NACHWACHSENDEN ROHSTOFFEN AUF TEUFEL KOMM RAUS

Brasilien im Alkohol- und Biodieselrausch

November 2005 verbrannte sich der 65jährige brasilianische Umweltschützer Francisco Anselmo Gomes de Barros, um zu verhindern, dass neue Ethanolfabriken in der ökologisch sensiblen Region des Pantanals entstehen. 1982 noch hatten er und seine Mitstreiter ein Gesetz zum Verbot weiterer Alkoholfabriken durchgesetzt, weil vor allem die Abwässer der Destillerien das größte Feuchtgebiet der Welt bedrohen. Der Verbrennungstod des Umweltschützers brachte dem Pantanal allerdings nur 12 Monate Aufschub. Mitte Dezember 2006 nun entschieden die Abgeordneten von Mato Grosso do Sul, das Gesetz zugunsten der Ethanolproduzenten zu ändern, sprich zu entsorgen. Diese Entscheidung der Parlamentarier des brasilianischen Bundesstaates Moto Grosso do Sul zeigt exemplarisch, wohin Lateinamerikas größtes Land unter der Regierung der Partei Lula da Silva steuert. Anbau von Nachwachsenden Rohstoffen und »Biotreibstoffexport« auf Teufel komm raus.

Von Norbert Suchanek ● Alkohol als Treibstoff für täglich immer mehr werdende Autos war bereits ein Programm der brasilianischen Militärregierung. Ihr rücksichtslos gegen Kleinbauern, traditionelle Bevölkerungsgruppen und auf Kosten der Ökosysteme wie Mata Atlantica (Küstenregenwald) und Cerrado (Savanne) durchgesetztes PROÁLCOOL-Programm, das der alternative Nobelpreisträger José Lutzenberger einst als betrügerisch, unmoralisch und verbrecherisch kritisierte, sorgte zur Ausweitung des großflächigen Zuckerrohranbaus vor allem im Südosten, Nordosten und Südwesten Brasiliens. Heute wächst Zuckerrohr in Brasilien auf einer Fläche von fast sieben Millionen Hektar (6.988.990 Hektar – Prognóstico da produção agrícola nacional, Outubro de 2006), die in erster Linie in der Hand von Großgrundbesitzern sind.

Aber weil heutzutage Ethanol auch den Namen Bioalkohol trägt und als angeblich umweltfreundlicher Treibstoffersatz für Benzin gilt, will Brasilien seine »Bioalkoholproduktion« noch ausweiten für den Export nach Europa, Japan, Südasien und in die USA. Bereits 2003 warf der Amazonasstaat rund 1,7 Milliarden Liter Ethanol auf den Weltmarkt. Nach Meinung des Ex-Landwirtschaftsminister Roberto Rodrigues könne Brasilien die Zuckerrohranbaufläche »problemlos« um weitere 20 Millionen Hektar erhöhen, was allerdings bei Menschenrechtlern und Umweltschützern die Warnlampen aufblinken lässt. »Die Expansion des Zuckerrohrs bedroht dabei vor allem Kleinbauern und Kleinpächter, die keine Investitionsmöglichkeiten haben und die mit ihrem Kleinbesitz nicht in den Zuckerrohranbau einsteigen können – ihre Flächen werden in die agroindustriellen Komplexe einbezogen und wer nicht freiwillig weicht, wird brutal vertrieben«, so das Protokoll der Arbeitsgruppe »Außenhandelspolitik am Beispiel Zucker« der Brasilientagung 02.12.-04.12.2005 in Gelnhausen.

Biodiesel aus Palmöl

20 bis 25 Prozent Alkohol im Benzintank ist schon lange Alltag in Brasilien. Neu ist Biodiesel an der Tankstelle. Tagtäglich flimmern Werbespots von der Regierung oder vom brasilianischen Erdölkonzern Petrobras über den Bildschirm, in denen für Biodiesel geworben wird. Naturlandschaften werden in den Spots gezeigt, die sich in Windeseile in Soja- oder Sonnenblumenplantagen bis zum Horizont wandeln, was ausnahmsweise tatsächlich der Realität entspricht. Die Ausweitung der Monokulturen von Tausenden von Hektaren für die Pflanzenölproduktion als Basis von Biodiesel ist spätestens seit 2004 erklärtes Ziel der Regierung Lula da Silva, die nach eigenen Worten, die Welt mit Biodiesel versorgen will.

Angefangen hat der Biodieselrausch mit der Einweihung der ersten Biodiesel-Fabrik im Amazonas-Bundesstaat Para 2004. Denn an vorderster Biodiesel-Front steht die 1982 unter der Militärdiktatur gegründete Konzerngruppe Agropalma (CRAI, Agropalma, AGROPAR, Amapalma und Palmares), die die aus Westafrika stammende Ölpalme in Brasilien anbaut. Nach eigenen Angaben besitzt dieser Konzern derzeit 105.000 Hektar Land im Amazonasgebiet des brasilianischen Bundesstaates Para und baut Ölpalmen auf 34.000 Hektar an, und lässt Ölpalmen auf weiteren 5.000 Hektaren von »Kleinbauern« anbauen.

Marcello Brito, Direktor von Agropalma und Präsident Lula de Silva bei einem Besuch einer Farm der Agropalma

Zusammen mit den Unternehmen Ecomat, Dedini und der brasilianischen Bundesregierung startete Agropalma 2004 das Nationale Biodieselprogramm – Programa Nacional de Biodiesel. Agropalma ist Lateinamerikas größter Palmölproduzent und will im nächsten Jahr seine Produktion von Biodiesel, auch Palmdiesel genannt, auf 185.000 Tonnen steigern. Gleichzeitig wirbt Agropalma mit einem vom Instituto Biodinamico, dem brasilianischen Demetervertreter, ausgestellten Biosiegel, weil es einen kleinen Teil seiner Plantagen biologisch bewirtschaftet. Peinlich: Das »Öko-Waschmittel-Unternehmen« Sodasan in Deutschland, das Palmöl von Agropalma bezieht, bezeichnet den Konzern, der für 80 Prozent der brasilianischen Palmölproduktion verantwortlich ist, verniedlichend als »Projekt«. Sodasan: »Bereits seit 1982 arbeitet im Nordosten Brasiliens das Projekt Agropalma, das u.a. Ölpalmen in Demeter-Qualität anbaut. Die Ernten sind überdurchschnittlich gut, da die klimatischen Bedingungen sehr günstig sind..«

Sojadiesel ist billiger

Der Biodieselboom betrifft ebenso die von wenigen Unternehmen dominierte Sojabohnenbranche des Landes. Hauptakteur im Soja-Business ist das gleichfalls noch unter der brasilianischen Militärdiktatur 1977 gegründete Soja-Unternehmen, Grupo André Maggi mit besten Kontakten zu internationalen Banken und angeblichen Umweltschutzorganisationen wie dem World Wide Fund for Nature. Nach eigenen Angaben kontrolliert die Grupo Amaggi eine Anbaufläche von über 60.000 Hektar, arbeitet im Soja-Transportgeschäft und ist mitverantwortlich für den Straßenbau bis ins Herz Amazoniens für die Soja-Transport. Die weiteren Hauptakteure im brasilianischen Soja-Business heißen BUNGE und CARGILL.

2006 wuchsen insgesamt 55 Millionen Tonnen Sojabohnen auf einer Anbaufläche von über 22 Millionen Hektar in Brasilien. 25 Millionen Tonnen wurden exportiert. Für 2007 wird geschätzt, dass 1,2 Millionen Tonnen der Soja-Ernte zu Biodiesel verarbeitete wird. Berechnungen der Landwirtschaftsschule »Escola Superior de Agricultura Luiz de Queiroz (Esalq)« zufolge sei die Herstellung von Biodiesel aus Soja am billigsten.

Soja und Regenwaldzerstörung

Die meisten Soja-Plantagen liegen im Süden, Südwesten und in Zentralbrasilien. Hauptopfer der Sojaexpansion sind deshalb die extrem artenreichen Cerrado-Trockenwaldökosysteme. Inzwischen dringt die Sojafront aber auch schon in die Region des Amazonasregenwaldes vor. Das heißt aber nicht, dass »direkt« Regenwald in Sojaplantage umgewandelt wird. Das System ist etwas komplizierter. Man spricht hier vom »Vorantreiben der Rinderzüchterfront«. Zuerst wird der Wald abgeholzt, um Platz für eine Rinderweide zu machen. Nach einiger Zeit dann übernimmt ein Soja-Agrounternehmen das Land und pflanzt Soja, der Rinderzüchter wiederum lässt ein weiteres Stück Regenwald abholzen, und so weiter und so fort. Die Gruppe Amaggi und die Vereinigung der Pflanzenölproduzenten (ABIOVE) sowie die Vereinigung der Getreideexporteure (ANEC) können deshalb bequem behaupten, dass sie für ihre Anbauflächen keinen Regenwald abholzen – das machen die Rinderzüchter für sie – und nur bereits abgeholzte »degradierte« Flächen nützen.

Bitteres Rizinusöl

Brasiliens derzeit größter Biodieselproduzent ist das 2003 gegründete Aktienunternehmen Brasil Ecodiesel, so die Daten der Agência Nacional do Petróleo, Gás Natural e Biocombustíveis (ANP). Hauptaktionär ist die Firma Eco Green Solutions, die wiederum dem BT Global Investment Fund gehört, der wiederum von einem weiteren Unternehmen mit Sitz auf den Cayman-Inseln kontrolliert wird. Ecodiesel hat keine eigenen Plantagen. Das Unternehmen lässt anbauen und zwar Soja und Rizinus von industriellen Agrarbetrieben und von Kleinbauern vor allem im Nordosten Brasiliens. Die Gesamtanbaufläche von Rizinus betrug in diesem Jahr 142.899 Hektar.

Weil Ecodiesel sein Rizinusöl von familiären Betrieben anbauen lässt, trägt das Unternehmen zwar das staatliche Siegel (Selo Combustível Social) für sozial verantwortliches Biodiesel und genießt deshalb deutliche staatliche Vergünstigungen. Doch so sozial ist weder Ecodiesel noch Agropalma, das gleichfalls das selbe Siegel bekommen hat. Das System sei nichts als eine moderne Form der Sklaverei, sagt die Brasilianische Soziologin Marcia Gomes de Oliveira aus Rio de Janeiro. Denn die vorher selbständig produzierenden familiären Betriebe begeben sich mit der Umstellung auf Rizinus oder andere Ölpflanzen in eine gefährliche Abhängigkeit von einem einzigen Abnehmer, dessen Produkt wiederum langfristig gesehen vom Weltmarktpreis abhängig ist. Faktisch treibt dies nicht nur die normalerweise Nahrungsmittel für die lokalen Märkte anbauenden Kleinbauern in eine gefährliche Abhängigkeit vom Weltmarkt. Auch die von den familiären, bäuerlichen Betrieben ursprünglich versorgte Bevölkerung gerät damit in die Abhängigkeit vom Weltmarkt oder besser gesagt in die Abhängigkeit von den Nahrungsmittelkonzernen, weil sie nun nicht mehr ihre Bohnen, Mais, Kartoffeln, Chilli, ihr Gemüse auf dem Markt oder beim Bauern um die Ecke kaufen können, sondern nur noch in den Supermarktketten, Mundial, Pão de Açcucar, Lidl, Carrefour oder Wal Mart.

Brasilien im Alkohol- und Biodieselrausch: Das Land wird einen anständigen Kater haben, wenn es eines Morgens aus dem Rausch erwacht.●

Originaltext von Norbert Suchanek,
● veröffentlicht in etwas gekürzter Fassung in Neues Deutschland, Sozialistische Tageszeitung, Montag, 8. Januar 2007
● sowie in »Unabhängige Bauernstimme«, Januar 2007
www.abl-ev.de

DIE INITIATIVE »LOBBYCONTROL« BRINGT DIE AKTIVITÄTEN DER LOBBYVERBÄNDE AN DIE ÖFFENTLICHKEIT

Auf die Finger geschaut

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) kaufte 2002 Dialoge in der TV-Serie »Marienhof«, um neoliberale Botschaften unterzubringen; Cancer United baute 2006 eine Tarnorganisation auf, die angeblich die Zugangsmöglichkeiten zu Krebsbetreuung verbessern will, dabei aber die Interessen des Pharma-Riesen Roche fördert. Dies sind nur zwei Beispiele die zeigen, in welcher Art und Weise Lobbyisten agieren.

Kim Schweers ● Dem will LobbyControl entgegenwirken. »Der Einfluss der Lobbyisten auf Politik, Wirtschaft und auch Gesellschaft wird immer stärker. Denn viele Lobbygruppen werden von großen Firmen gefördert, um deren Interessen zu vertreten, indem sie ihnen beispielsweise finanzielle und organisatorische Unterstützung gewähren oder privilegierten Zugang zu den politischen Entscheidungsarenen bekommen. Andere Lobbygruppen hingegen, meist Sozial- und Umweltbewegungen, haben diese Möglichkeiten nicht, sodass es keinen fairen Ausgleich gibt. Wir wollen die oftmals ethisch fragwürdigen Strategien aufdecken, bekannt machen und »Licht ins Dunkel« bringen. Denn Lobbying findet im Dunkeln und Geheimen statt und wenn wir es öffentlich machen, streuen wir Sand ins Getriebe«, erklärt Heidi Klein aus Verden, eines der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder von LobbyControl.

LobbyControl als Gegengewicht

Durch wissenschaftliche Hintergrundanalysen, Kampagnearbeit und aktuelle Recherchen berichtet der Verein über so genannte Denkfabriken, Verzerrung in den Medien und koordiniertes Lobbying hinter den Kulissen.

LobbyControl ist ein kleiner gemeinnütziger Verein, der aus vier Vorstandsmitgliedern besteht, von denen jedoch nur zwei, Ulrich Müller und Heidi Klein, als feste Angestellte arbeiten. Der Hauptsitz befindet sich in Köln, der Nebensitz seit Anfang 2006 im Ökozentrum in Verden.

Erfolgreiches Konzept

Obwohl sie wenige Ressourcen besitzen und erst seit 2005 bestehen, hat ihr Konzept Erfolg. Sowohl in den Medien als auch in den Fachkreisen wird ihre Arbeit diskutiert. Vor allem ihre Studie »Sabine Christiansen – Schaubühne der Einflussreichen und Meinungsmacher« wurde viel und ausführlich in den Medien behandelt. Auch Christiansens Produktionsfirma TV 21 sah sich zu einer Stellungnahme zu den Vorwürfen genötigt. LobbyControl zeigt in der Studie auf, dass die Sendung einen neoliberal geprägten Reformkurs fährt, bevorzugt Vertreter von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen eingeladen werden und die ZauschauerInnen zu wenig über die Hintergründe der geladenen Gäste erfahren. »Sabine Christiansen zeigt eine deutliche Schlagseite in Richtung unternehmensnaher und marktliberaler Positionen«, so Heidi Klein.

Licht ins Dunkel bringen

LobbyControl recherchiert klassisch durch das Führen von Telefonaten und Durchforstung des Internets. »Die meisten Infos sind nicht versteckt, sondern öffentlich zugänglich. Man muss sie nur finden und dann zusammenbringen«, meint Heidi Klein. Oftmals scheinen einzelne Informationen nicht brisant, doch im Zusammenhang mit anderen Details gewinnen sie an Bedeutung. Wie beispielsweise in der Studie über »Sabine Christiansen« gezeigt wird: Prof. Dr. Raffelhüschen wurde als unabhängiger »Experte für Gesundheit und Rente« vorgestellt, doch dass er Verbindungen zur Versicherungsbranche, unter anderem ERGO, besitzt, wurde nicht erwähnt.

Das letzte Projekt der LobbyControler ist der »Worst EU Lobby Award«. Gesucht wurde per Internet-Abstimmung unter www.worst-lobby.eu das schlimmste und dreisteste EU Lobbying 2006.

Finanzierung vorerst gesichert

Der Verein wurde von der »Bewegungsstiftung«, die Arbeit für Demokratie, Frieden, Ökologie und Gerechtigkeit durch Zuschüsse und Beratung unterstützt, als Projekt für eine Basisförderung ausgewählt und bekommt somit in den nächsten drei Jahren 40.000 Euro, die gestaffelt ausgezahlt werden. Aufgrund dieser Anschubfinanzierung will LobbyControl eine eigene Finanzierungsbasis aufbauen, die größtenteils aus Kleinspenden und Fördermitgliedern bestehen soll.

Im Frühjahr 2007 soll der fliegende Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft, in der Fachsprache »revolving door« genannt, näher beleuchtet werden.

LobbyControl ist im Internet unter www.lobbycontrol.de zu finden.●

Anzeige

PETER HESS LEBT NICHT MEHR – SUMMER'S ALMOST GONE...

Summer of 69

Sommer 1971 hatten wir uns kennen gelernt. Ich kam an die WiSo Nürnberg und hatte zunächst nur ein möbliertes Zimmer in Unterasbach für 80 DM und das war 15 km außerhalb. Also nächtigte ich nur zu oft im Studentenheim auf Peters Bude. Aber jeder Sommer geht einmal vorbei... Peter hatte letzten Sommer nach einem Chinaaufenthalt eine grässliche Infektion, die ihn nach einer vorhandenen Grunderkrankung in ein monatelanges Koma zwang: am 1. Dezember war's dann aus – summer was gone – Peter starb.

Von Kurt Regenauer aus Portugal ● 1971 war der summer of 69 natürlich auch schon längst vorbei und die Studentenbewegung löste sich in zahllose Kleinstgrüppchen auf. So auch an der WiSo Nürnberg: Peter lernte ich kennen, als er mir die »Roten Skizzen« der damaligen Sozialistischen Hochschulgruppe (SHG) zur »großen proletarischen Kulturrevolution« verkaufte. Allein, an der SHG (der späteren MG=Marxistische Gruppe), so stellten wir gemeinsam in feuchtfröhlichen Fortsetzungen ihrer Versammlungen im »Bärleinhuter« nur zu bald fest, störte uns der »Seminarmarxismus«. »Kritik als Gewaffle kann die Waffe der Kritik nicht ersetzen«, so wandelten wir nach unseren Kapitalschulungen schwer spöttelnd ein Marx-Zitat ab...

Trotzdem trennten sich dann unsere politischen Wege. Peter warb für die »Spontis«, sprach von »Politik in der ersten Person« und orientierte sich am Revolutionären Kampf und der Frankfurter »Putztruppe« von Joschka Fischer. Ich trat ein für »Kampf – Kritik – Umgestaltung« und gründete mit diesem Programm der Drei Punkte mit anderen eine maoistische Rote Zelle. Wieder andere gingen zum MSB Spartakus und/oder der Gewerkschaftsjugend. Da saßen wir dann zusammen im bald abgeschafften AstA (der WiSo-Studentenvertretung) und gerieten uns einander in die Haare. Bei Großdemos gegen die Abschaffung der Asten durch das Bayerische Hochschulgesetz gab es Prügeleien nicht etwa mit der Bullerei, sondern zwischen Roten Zellen und Spartakisten.

Allein die militanten Studentenstreiks einten uns – nachfolgende Prozesse entzweiten uns dafür umso mehr. Die ersten »Pizza-Connections« waren eben überhaupt nicht die der 90er Jungdynamiker von Union und Grünen. Sie fanden bereits damals statt. Und Peter war bei jeder »Mauschelrunde« dabei. So kam es, dass ich als einziger Nürnberger Studentenvertreter im Prozess verknackt wurde und Peterle zu seiner »Mondfahrt« ansetzen konnte. Während mir der rechte WiSo-Fachbereich unter Verweis auf nach wie vor gültige Naziparagraphen als Vorbestraften die »Würde« solange absprach, zu promovieren (bis mein Doktorvater starb und mein Stipendium auslief), suhlte sich mein Freund Peter schon längst an den Trögen der Macht. Also wurde er Städtischer im Nürnberger Kommunikationszentrum KOMM und ich Windsurflehrer am Wöhrder See in Nürnberg.

Peter hatte in diesen Jahren, wie die »Szene« in Abwandlung des Werbespruchs eines bekannten Nürnberger Möbelhauses sich zuraunte, Hess hatte einfach »die Linie, die Sie suchen«. Bereits in den siebziger Jahren wurde linke Gegen- und Infrastruktur vorbereitet. Es war die Hess-Huber-Seilschaft aus der von der Obrigkeit argwöhnisch beäugten WG Rieterstraße, die aus der ehemaligen Verfassten Studentenschaft einen »Druckladen« rüberrettete, der im Verein mit bald aufsprießenden anderen Jungunternehmen als »Szenedruckereien« die Hausbesetzerära vorbereiten half. Wo gab es das sonst noch (außer vielleicht in der Alternativhochburg Berlin): in Nürnberg hatte sogar die schwule Szene ihre eigene Druckerei.

Und es war immer wieder das KOMM, welches als Labor für zahlreiche neue Gewächse diente: eine Medienwerkstatt entstand – die journalistische Logistik zur »tageszeitung« vorbereitet: »Nebenprodukt« war die fränkische Wochenbeilage FRAZ. Der, wie er liebevoll bespöttelt wurde, »einarmige Bandit« Peter Hess hatte Löffel, die durchaus lang genug waren, um mit dem Teufel um die Wette zu essen. Zumindest beherrschte er meisterhaft das Zusammenspiel zwischen dessen linken und rechten Arm und wo ihn eine durch Geburt bestehende Behinderung (der fehlende linke Arm) quälte, sprang sofort sein außerparlamentarischer Arm – damals in Gestalt von Arno Huber – in die Bresche.

So kam es, dass wir alten WiSo-Recken uns alsbald alle wiedertrafen: der Arno, der Peter und ich saßen mit vielen »Projekten« in einem »Netzwerk Selbsthilfe«. Gegenmacht war angesagt und wir nahmen jedes »Projekt« todernst, um mit Adorno zu sprechen, als ein »geronnenes Stück Hoffnung auf die Revolution«. Vor 25 Jahren blickten wir nur noch verächtlich nach Frankfurt, wo Joschka Fischers ehemalige »Putzgruppe« an jenem »nackten Samstag« dem Widerstand an der Startbahn West mit entblößtem Oberkörper die Spitze brach, nur um mit »Dachlatten-Börners« FDP-Innenminister zu verhandeln, während vor den Augen der entsetzten Demo im Hintergrund ungerührt an der Startbahn weitergebaut wurde. Hier wurde mit leisen Turnschuhsohlen nur an die Macht geschlichen – die »Putzgruppe« hieß fortan bei uns in Nürnberg nur noch »Hessen-Mafia«.

Jenes Jahr war ohnehin ein Jahr der Läuterung und Entscheidung. Für uns war die ohnmächtige Wut, die wir an diesem kalten Novembersamstag am Bauzaun in Walldorf-Moersfelden empfanden nurmehr das Tüpfelchen auf dem i einer Kette von Ereignissen, die alle schon im März desselben Jahres mit der Massenverhaftung von über 140 Demonstranten einer Hausbesetzerdemo per fotokopierten Haftbefehl ihren Ausgangspunkt nahmen – natürlich im Nürnberger KOMM. Ein Hausbesetzerfestival war in jenem wilden Sommer zu organisieren. Alsbald packte ich meinen ganzen Surfkrempel endgültig in meinen Surferbus: Beratungsstrukturen und eine Direktkreditvermittlung mussten her. Arno, ich und andere wurden Unternehmensberater für »die Szene«.

Gleichzeitig beschlossen Peter und ich nach einer turbulenten Mitgliederversammlung der Nürnberger Grünen zur Fahrpreiserhöhung, denen mal besser auf die Finger zu schauen. Dort saßen wir dann bald zusammen im Kreisvorstand und organisierten bayernweit einen »Trachtenverein Schwarz-Rot« zur nicht nur musikalischen Untermalung von grünen Landes- und Bundesparteitagen etwa zu Wackersdorf und der geplanten Wiederaufbereitungsanlage. Überhaupt hatten die Grünen den historischen »Sindelfinger Beschluss« gefasst, alle Parlamentsdiäten, die über einen Facharbeiterecklohn hinausgehen, an Projekte zu spenden. Wir sorgten dafür, dass sie das auch nicht vergaßen.

Lobbyarbeit stand an. Während die »Hessen-Mafia«, gespickt durch das Vermögen des ehemaligen KBW, eine Ökobank aus dem Nähkästchen zauberte, machten wir in Sachen Ökofonds. So wurden viele große und kleine linke Projekte bedient. Als die Ökobank endlich gegründet wurde war eine ihrer ersten Maßnahmen die Massenabokündigung der kritischen Zeitschrift CONTRASTE, die ehedem jedem Mitglied des Fördervereins der Bank zugestellt wurde. Nur eine konzertierte Werbekampagne aller bundesweiten Ökofonds und Netzwerke konnte das Monatsblatt retten.

Trotzdem zeigte sich auch hier wieder: eine Gegenöffentlichkeit darf sich nicht bestechen lassen. Als 1987 im KOMM eine von 4.000 PolizistInnen belagerte Anti-Atom-Konferenz stattfand, schaffte CONTRASTE es immerhin, als angebliche »KOMM-Hauszeitung« in der Tagesschau mit dem Spruch zitiert zu werden: »Auch das schönste grün wird einmal Heu!«. Aber noch war unser Intermezzo in der Parteipolitik noch nicht beendet.

Als Ende der achtziger Jahre der letzte Hungerstreik der Gefangenen von RAF und Widerstand zur Zusammenlegung anstand und allerortens grüne Parteibüros besetzt wurden, kam es allein in Nürnberg zu handfesten Ergebnissen. Hier konnte das Netzwerk moderne Informationslogistik bereitstellen und die Hungerstreikerklärung damals bereits ins Internet setzen. Hier erfolgte dann auch eine Legalisierung eines Informationsbüros zur Zusammenlegung – wo? Natürlich im KOMM.

Noch einmal brachte CONTRASTE es zu bundesweiten Schlagzeilen und wir rieben uns auf einer in Tarifa (Südspanien) abgehaltenen Redaktionskonferenz verwundert die Augen, als BILD auf der Titelseite berichtete, CONTRASTE orte die Ökobank irgendwo »zwischen Müsli und Jäger 90«. Damals entdeckte Peter auf einem Ausflug mit Arno sein Faible für Afrika, wo er noch oft genug hinsollte zu einer Zeit, wo wir alle zwar die Ökobank, nicht aber die Frankfurter, überlebt hatten.

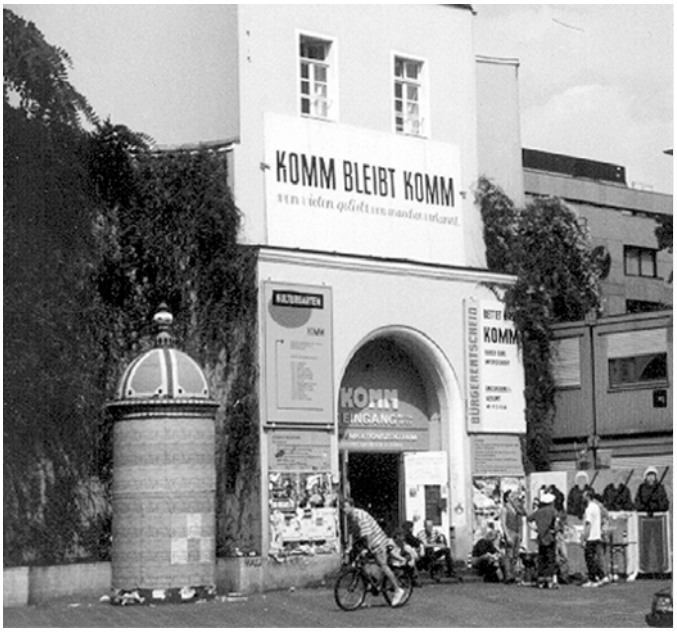
Später ging es um den Aufbau von Strukturen in den neuen Ländern. Zur Vorbereitung der letzten Volkskammerwahl wurde eine der Maschinen des alten Druckladens zur »Vereinigten Linken« nach Dresden geliefert. Gelaufen ist die zwar nie, aber bald folgten Ökofondsmittel für die ganzen sogenannten »Modrow-Zentren« (Häuser, die in der wilden Übergangszeit der Öko- und Alternativbewegung übereignet wurden). Die wurden mit modernster Technik und Computern ausgestattet. Auch das inzwischen jährlich stattfindende Szene-Event »Bunte Republik Neustadt« ist aus solchem Mist gewachsen und begann bereits eine Woche vor der Währungsunion mit einer eigenen Kiezwährung, die »Wessis« natürlich 2:1 tauschen mussten, während die DDR-Mark 1:1 brachte.

Bald rollten Flüchtlingskarawanen von Dresden bis zum Europaparlament in Straßburg. Halt machten sie für Veranstaltungen im Nürnberger KOMM und im Heidelberger Autonomen Zentrum...

Irgendwann jedoch versiegte das grüne Heu und wir hatten ohnehin die Nase voll vom Parteiengezänk. Inspiriert, eher von Thomas Ebermann und Rainer Trampert als von August dem Starken, verfassten wir eine gemeinsame Austrittserklärung an die Nürnberger Grünen, in der es sinngemäß hieß: »Macht doch Euren Dreck alleene...!«

Es wurde uns viel zu deutsch in Kaltland und Peter liebäugelte nicht mehr länger mit seiner ohnehin aussichtslosen Versetzung vom KOMM ins Jugendamt. Er beantragte Frühverrentung (bzw. Vorruhestand) und ging nach Kenia. Ich haute ab ins sonnige Portugal.

Dennoch: es war zwar nicht 69, aber ich denke immer noch gerne an jenen heißen Sommer der achtziger Jahre, als wir mit 2 jungen Bräuten in einer 3-Zimmerwohnung in Gostenhof wohnten und jeden Abend eine neue, noch bessere Idee hatten. Those were the best days of my life...●



Das Nürnberger KOMM im Oktober 2000 Foto: Archiv

KOMMUNE-INFO-TOUR 2007

Der Utopie dicht auf den Fersen?

Große Worte für kleine Schritte? Die Kommune-Info-Tour 2007 bietet Gelegenheit zur Debatte.
KommunardInnen u.a. aus der Kommune Feuerland in der Uckermark, der Kommune Waltershausen in Thüringen, der Kommune Buchhagen im Weserbergland, der Kommune Villa Lokomuna aus Kassel, der Kommune Karmitz aus dem Wendland sowie der Kommune Burg Lutter im Nordharz stellen ihre Erfahrungen vor und hoffen auf regen und kritischen Austausch. Es werden auch Informationen über Aufnahmemöglichkeiten in bestehende Gruppen und Hilfen bei der Gründung neuer Gemeinschaften gegeben.

Christine Marbs ● Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer, ökologische Katastrophen zerstören die Lebensgrundlage vieler Menschen. Millionen sind weltweit auf der Flucht oder werden Opfer von wirtschaftlich motivierten Kriegen der globalen Großmächte.

Es gibt aber auch immer mehr Menschen, die auf der Suche nach Alternativen zur herrschenden, neoliberalen Gesellschaftsentwicklung sind, die unzufrieden sind mit einem Wirtschaftssystem, das die Ausbeutung von Menschen und Umwelt zur Folge hat.

Eine Möglichkeit besteht darin, das Leben in Kommunen und Gemeinschaften zu organisieren, in denen unterschiedlichste Menschen altersgemischt zusammen leben und arbeiten. Die Bündelung von Energien und Ressourcen und der gemeinsame Besitz von Gebäuden und Produktionsmitteln eröffnet Alternativen in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Auf der Kommune-Info-Tour 2007 wollen Mitglieder verschiedener Kommunen und Wohnprojekte solche alternativen Lebensmodelle vorstellen und Raum zu Diskussionen bieten. Auf dem Programm der Veranstaltung stehen eine Ton-Bild-Show zum Thema, ein Sketch sowie Diskussionsrunden in kleinen Gruppen. Dabei werden sowohl allgemeine Fragen zum Kommune-Leben beantwortet wie auch Tipps zu Neugründungen gegeben oder Aufnahmemöglichkeiten in bestehende Gruppen vorgestellt.●

Bisheriger Tourplan im März 2007:

24. Februar, Regensburg, Danz, Danziger Freiheit 5, 19 Uhr
25. Februar, Passau, Hoffragner, Große Messergasse 8, 20 Uhr
26. Februar, Linz, Alte Welt, Hauptplatz 4, 19.30 Uhr
www.altewelt.at
27. Februar, Wien »TüWi«, Peter-Jordan-Str. 76, 19.30 Uhr, www.tuewi.action.at
1. März, Graz, »Spektral«, Landkai 45, 20 Uhr
www.lab.tt4.at
2. März, Salzburg, MARK.freizeit.kultur, Aignerstr. 57, 17.30 Uhr
www.marksalzburg.com
3.März, München, Rockerbox, Blutenburgstrasse 75, 19.30 Uhr

Kontakt: Christine Marbs, Telefon: (0 58 64) 2 88
chris79@macnews.de

AGRARKULTUR

Lebensform Landwirtschaft – Wie ein Phönix aus der Asche?

»Totgesagte leben länger« – dieses Bonmot trifft auch auf die bäuerliche Landwirtschaft zu. Längst abgeschrieben von der offiziellen Agrarpolitik und den großen Interessensverbänden gibt es in Ländern wie Österreich und Deutschland nach wie vor überraschend viele Klein- und Kleinstbetriebe: etwa ein Drittel bzw. ein Viertel der Betriebe wirtschaften auf weniger als fünf Hektar. Was sich ökonomisch kaum noch »lohnt«, lohnt sich für die Menschen offenbar dennoch.

von Elisabeth Loibl ● Wodurch zeichnet sich die bäuerliche Lebens- und Überlebensweise aus? Welche patriarchalischen und undemokratischen Züge tradierter Bäuerlichkeit gilt es zu überwinden? Was ist zu bewahren und zu kultivieren, damit Bäuerlichkeit eine Zukunft hat? Der Beitrag basiert auf Beobachtungen und Erfahrungen auf Biobetrieben in Österreich, Italien und Frankreich und beschreibt Erfolgsbedingungen für eine bäuerliche Wirtschafts- und Lebensweise in Zeiten zunehmender Globalisierung.

Bäuerliche Landwirtschaft ist eine Lebensform. Sie lässt sich nicht auf einen kalkulierbaren Wirtschaftszweig der Nahrungsmittelindustrie reduzieren. Allein schon deshalb nicht, weil sich ihre Produktionsgrundlage, der Boden, nicht im Sinne der ökonomischen Wachstumsideologie unbegrenzt ausbeuten lässt. Bäuerliches Wirtschaften ist vielmehr durch die Natur und dem ihr innewohnenden Trachten nach Beständigkeit im steten Wandel (»ökologische Nachhaltigkeit«) von anderen Gesetzen abhängig als dem rationalen Kalkül eines abstrakten Weltmarktes. Die Arbeiten auf einem Bauernhof sind sehr vielfältig, wenn die landwirtschaftlichen Produkte dem regionalen Umfeld angepasst sind und hier auch abgesetzt werden: nicht nur Getreideproduktion, sondern auch Brotbacken, Erzeugung von Nudelwaren und deren Verkauf, nicht nur Melken und Abholung der Milch durch die Molkerei, sondern auch Herstellung von Butter, Käse und anderen Milchprodukten, nicht nur Tierhaltung, sondern auch Hausschlachtung, Verkauf von Fleischpaketen, Wurst- und Speckerzeugung, nicht nur Weinbau, sondern auch Ausschank gehören zu den vielfältigen Tätigkeiten.

Auf einem Bauernhof werden mit dem Blick auf das Unerlässliche auch Arbeiten verrichtet, die nicht dem Gesetz der ökonomischen Effizienz folgen. Bauern nehmen Reparaturarbeiten an Traktor und Geräten wie auch Umbauarbeiten an Haus und Wirtschaftsgebäuden vor, und sie bauen kleine Gerätschaften zur Effizienzsteigerung. Die meisten dieser Arbeiten halten einer betriebswirtschaftlichen Effektivitätsrechnung nicht stand. Bäuerinnen bewirtschaften ihre Hausgärten, eine Arbeit die sich angesichts der niedrigen Preise im Supermarkt für Obst und Gemüse ebenfalls nicht rechnet. Darüber hinaus werden Kinder, kranke und alte Menschen betreut und in das Alltagsleben miteingebunden.

Im Gegensatz zu einer unselbständigen Erwerbsarbeit hält die Arbeit auf dem Bauernhof Freiräume offen, die für soziale Tätigkeiten genutzt werden. Damit und aus ihrem traditionellen Verständnis heraus tragen Bäuerinnen und Bauern zum kulturellen und sozialen Zusammenleben im Dorf bei, sei es in Vereinen, in der Kirche, in Bildungseinrichtungen oder in privaten Kreisen, beispielsweise durch Hoffeste. Der russische Dissident Alexander Tschajanow beschrieb bereits 1923 die bäuerliche Ökonomie – in Abgrenzung zur Industriewirtschaft – als eine eigenständige Art zu wirtschaften mit einer eigenen sozialen und kulturellen Logik.

Vom Bauern zum Unternehmer

Agrarpolitik und Interessensvertretung haben unterdessen den Bauern zum Unternehmer umfunktioniert, der ausschließlich betriebswirtschaftlich kalkulierend investieren soll – und damit die Ressourcen auf dem eigenen Hof mit der Zeit ignoriert. Auch die natürlichen Lebensgrundlagen werden dadurch zunehmend zerstört: Die agrarindustrielle Produktion reduziert die Humusdicke in äußerst fruchtbaren Böden drastisch, heimische Tierarten – vor allem Vogelarten – sind in ausgeräumten »Agrarsteppen« und durch den hohen Pestizideinsatz vom Aussterben bedroht. Darüber hinaus werden soziale Beziehungen zerstört, indem der Bauer seine Erzeugnisse an anonyme Händler verkauft. Die Bäuerin, in diesem Betriebsleitermodell auf die Rolle der mithelfenden Familienarbeitskraft, Hausfrau und Mutter reduziert, wird zu ehrenamtlichen Tätigkeiten angehalten. Sie hat Ideen für Einkommensalternativen, schreibt Konzepte und organisiert Veranstaltungen – unentgeltlich. Diese ehrenamtlichen Tätigkeiten tragen einen Teil zur Mehrfachbelastung der Bäuerinnen bei.

Auch unter den Bauern selbst wird diese Entwicklung durchaus kritisch gesehen – aber dennoch in der Regel verteidigt; sie gilt vielen als unabwendbar. Dies zeigen immer wieder Beobachtungen auf Bauernversammlungen.

Frauen in der Landwirtschaft

Nicht nur die Bäuerin wird »hausfrauisiert«, sondern die bäuerliche Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit leidet unter dem Prozess der »Hausfrauisierung«: »Weil Bauern und Frauen sich um die alltäglichen, unmittelbaren menschlichen Bedürfnisse kümmern, um Nahrung, das Wohnen und die Kinder, gelten sie nicht viel in einer Welt, in der die Überwindung des Reichs der Notwendigkeit vorgeblich Freiheit bringt.«

Ich bin davon überzeugt: Hätten Frauen, Bäuerinnen die Agrarpolitik der vergangenen vierzig bis fünfzig Jahre bestimmt, wäre die Versorgungsfunktion in der Landwirtschaft nicht derart an den Rand gedrängt worden. Außerdem wäre die Wettbewerbsfähigkeit für den globalen Weltmarkt nicht zum zentralen Kriterium erhoben worden. Bekanntlich sind es die Frauen, die die Welt ernähren, leider sind sie aber nicht diejenigen, die die Ernährungspolitik bestimmen. Die Diskussionen in jüngster Zeit um die Bedeutung der Ernährungssouveränität weisen darauf hin, dass Agrarpolitik nichts anderes ist als Ernährungspolitik.

Frauen haben keinen wirtschaftlich anerkannten produktiven Platz mehr in der globalisierten Landwirtschaft. In den Ländern des Südens müssen Frauen um Boden für die Eigenversorgung kämpfen, der immer mehr von der Weltmarktproduktion besetzt wird. In unseren Breiten hing früher das Wohlbefinden der Hausgemeinschaft vom Geschick der Bäuerin ab, von ihrem Fleiß und Können wie sie die Lebensmittelvorräte einteilte, haltbar machte und verwertete. Heutzutage hat in den meisten »Einfamilienhäusern mit angebautem Intensivmaststall« (Christa Müller) die Versorgung mit Lebensmitteln der Supermarkt übernommen. Die Gartenbewirtschaftung und Vorratstätigkeiten der Landfrauen werden angesichts der niedrigen Preise im Supermarkt häufig von der eigenen Familie mit einem Einkauf in der Apotheke verglichen und für ökonomisch unrentabel erklärt. Für die Bäuerin aber ist ihre Versorgungswirtschaft von großer Bedeutung, sie ist Ausdruck von Eigenmächtigkeit, von Ernährungssicherung wie auch von familiärem und örtlichem Eingebundensein. Dieser Sachverhalt findet in der Diskussion über die Ehelosigkeit viel zu vieler Bauern zu wenig Beachtung. Tatsächlich ist der Frauenmangel in unseren Breiten eines der größten Probleme für die Bauernhöfe. Wenn den Frauen wesentliche Eigenarten des Bäuerinseins, vor allem ihre wirtschaftliche Bedeutung vorenthalten werden, weil die landwirtschaftliche Produktion in den vergangenen Jahrzehnten eine derart männliche Prägung erfahren hat, warum sollten sie dann einen Bauern heiraten? Darüber hinaus haben die meisten jungen Frauen heutzutage einen Beruf erlernt, sie kennen ein eigenständiges Leben und sind daher umso weniger bereit, sich als »helfende Familienarbeitskraft« unterzuordnen. Denn für einen partnerschaftlichen Umgang zwischen Eheleuten ist die Bauernschaft nicht berühmt. In Einzelfällen mag dies ein unberechtigtes Vorurteil sein.

Auf dem Weg zu einer neuen Bäuerlichkeit

Bäuerliche Landwirtschaft wird nur überleben können, wenn sie ihre patriarchalischen und undemokratischen Züge hinter sich lässt, so meine These. Es stellt sich also die Frage, wie sowohl die Natur als auch ein partnerschaftliches Verhalten und ein demokratisches soziales Gefüge nachhaltig gestaltet werden können. Meinen Entwurf für die Überlebensfähigkeit bäuerlicher Wirtschafts- und Lebensweisen werde ich auf vier Eckpfeiler fokussieren:

- partnerschaftlicher Umgang
- Demokratisierungsprozess
- regionales Wirtschaften
- alternativer Lebensstil

Im Folgenden gebe ich einen Erfahrungsbericht wieder, der den Ansprüchen der herkömmlichen Wissenschaft vielleicht nicht gerecht wird, dafür mit dem alltäglichen Leben auf Biohöfen umso mehr zu tun hat. Von Mai 2003 bis November 2004 war ich als Wissenschaftlerin der österreichischen Bundesanstalt für Bergbauernfragen unbezahlt beurlaubt, um meine teilnehmenden Beobachtungen, wie ich sie für die Studie »Das Brot der Zuversicht« (1) begonnen hatte, fortzusetzen. In dieser Zeit habe ich als freiwillige Helferin auf zwei Biohöfen in Südtirol, zwei im Mühlviertel (Oberösterreich), je einem Hof in Frankreich, Niederösterreich und in der Steiermark gearbeitet und gelebt.

Foto: Archiv

Die Betriebe waren verhältnismäßig klein. Die beiden Obst- und Gemüsebaubetriebe sind acht Hektar (in Südtirol) respektive 15 Hektar (in Niederösterreich) groß, der Betrieb in Frankreich ist mit seinen 47 Hektar in der groß strukturierten Champagne ein kleiner Hof. Die Bauern und Bäuerinnen im Mühlviertel bewirtschaften 20 und 32 Hektar inklusive Wald, allerdings befinden sie sich in einer landwirtschaftlichen Ungunstlage mit wenig ertragreichen Böden. Die Bergbauernhöfe in Südtirol und in der Steiermark hatten weniger als fünf Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche.

Sich partnerschaftlich verhalten

Beinahe auf allen Biohöfen, die ich im Rahmen meiner Freiwilligentätigkeit besucht habe und auf denen eine Bäuerin lebt, herrscht ein partnerschaftlicher Umgang miteinander. Beim Frühstück werden die Arbeiten besprochen, wird sich gegenseitig erinnert, was nicht vergessen werden darf, und bei zeitlichen Überschneidungen oder in verzwickten Situationen wird gemeinsam überlegt, wie das Problem zu lösen ist. Die Arbeitsteilung sei sehr wichtig, meinte eine Bäuerin im Mühlviertel. Sie könne nicht unmittelbar mit ihrem Mann zusammenarbeiten (so wie viele Bäuerinnen letztlich nur Hilfsdienste leisten), daher habe sie die Produktion und den Verkauf von Butter und Nudelwaren aufgebaut. Bei der Direktvermarktung von Rindfleisch gibt es ebenfalls die bewährte Arbeitsteilung: Er schlachtet und zerlegt das Rind gemeinsam mit einem Fleischergesellen, sie organisiert die Vermarktung und bringt die Fleischpakete in die Stadt.

Einer Bäuerin sind die eigenverantwortlichen Arbeitsbereiche sehr wichtig. Sie braucht Arbeiten auf dem Hof, die ihr entsprechen und ihre Fähigkeiten zum Ausdruck bringen. In diesen Arbeitsbereichen werden kleinere Entscheidungen eigenständig, größere stets im Gespräch miteinander, vor allem auch mit der gesamten Familie getroffen. Man geht von gegenseitiger Unterstützung aus, auch in der Kinderbetreuung. Die Bauernehepaare im Mühlviertel und in Südtirol, die ich bei meiner Arbeit kennen gelernt habe, sind gut aufeinander eingespielt. Bei den alleine lebenden Bauern in Frankreich und Südtirol hatte ich hingegen den Eindruck, dass es für sie kein Leichtes ist, Arbeitsverantwortung zu delegieren oder gemeinsam mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen Entscheidungen darüber zu treffen, was zu tun ist.

Mehr Demokratie wagen

Dem egalitären Miteinander in der Partnerschaft entspricht die Demokratisierung auf der politischen Ebene. Der Demokratisierungsprozess innerhalb des Agrarsektors ist eine unumgängliche Voraussetzung für das Überleben bäuerlicher Lebens- und Wirtschaftsweisen. Um diesen Prozess voranzutreiben, bedarf es der Austragung der Konflikte zwischen der Bauernschaft und ihrer Interessensvertretung.

Derzeit verhält es sich wie folgt: Das bloße Ansprechen eines Konfliktes, wie zum Beispiel die ungerechte Verteilung der Förderungen oder die ruinöse Ausrichtung der Agrarpolitik auf den globalen Weltmarkt, wird als ein Angriff auf den Bauernstand und auf seine Interessensvertretung gedeutet. Konflikte werden als schädlich erachtet. Wer Konflikte anspricht, gilt als »Bauernspalter«. Dies zeigen die Erfahrungen von Franz Rohrmoser, dem Mitgründer und langjährigen Geschäftsführer der Österreichischen Bergbauernbewegung (heute ÖBV – Via Campesina Austria). Rohrmoser beschäftigt sich seit geraumer Zeit intensiv mit Konfliktbearbeitungen in bäuerlichen Strukturen (2). Seinen Beobachtungen zufolge wird mit der Behauptung der Bauernspaltung die inhaltliche Diskussion »abgewürgt«. Wer unangenehme Wahrheiten anspricht, wird vor den anderen verbal »niedergemacht«, damit das Thema unterm Teppich bleibt. Mit dieser Haltung tragen die Bauern selbst dazu bei, dass an ihnen weiterhin Geld verdient werden kann.

Bevormundung hat es in der Agrargeschichte immer gegeben. Jahrhunderte lang wurde »gelernt«, sich nicht einzumischen, nicht selbst mitzudenken und die Entscheidungen »nach oben« – an die Interessensvertretung, an die Regierung, an die EU – zu delegieren. Wenn der eigene Standesvertreter darüber spricht, dass zwei Drittel der Betriebe in den kommenden zehn Jahren aufgegeben werden müssen, dann wird dies stillschweigend hingenommen. Wie ist es möglich, dass Bauern und Bäuerinnen eine Standesvertretung wählen, die ihren Untergang beschlossen hat? Warum treten sie nicht entschieden gegen diese Untergangsbestimmung auf?

Wenn eine andere politische Gruppierung über das Bauernsterben spricht, ist die Gefahr groß, dass der Unmut darüber auf sie abgewälzt wird. Rohrmoser erschrak immer wieder »über die Art der Feindbildung sowie über die Arroganz und den Realitätsverlust, mit der jegliche Verantwortung zur Lösung der Probleme von der Politik erwartet wird, bei gleichzeitig spürbarer Verachtung eben dieser Politik. Eine eigene Anstrengung in Richtung Alternativen zu diskutieren wurde als lächerlich hingestellt. « (...) Ich »verstand nun diese Feindbildung als Angst und Abwehr, sich mit der eigenen Beteiligung an dem schädlichen Agrarsystem zu befassen.« Rohrmoser konfrontierte des Weiteren die Bauern direkt: »Ihr seid wegen eurem jahrelangen Einverständnis mit der eigenen Standesvertretung mitverantwortlich, dass durch öffentliche Förderung der Wachstumsbetriebe nun ihr selber als bäuerliche Produzenten in Gefahr seid.«

Der Leitsatz der ÖBV aus dem Jahr 1975 ist nach wie vor aktuell: »Nicht warten auf Lösungen, schicksalhaftes Erdulden oder Jammern, sondern selbst die Situation studieren und die Initiative ergreifen. Nicht unnötig investieren und rackern, sondern organisieren und zusammenarbeiten. Nicht von den Ereignissen überrumpelt werden, sondern das regionale Geschehen mitbestimmen.« Wie Bäuerinnen und Bauern lernen müssen, persönlich Verantwortung zu übernehmen (durch politisches Engagement in Bäuerinnen- und Bauernorganisationen, durch eigenständiges wirtschaftliches Handeln beispielsweise in Direktvermarktungsinitiativen und durch den Aufbau anderer Einkommensalternativen auf ihren Höfen), so müssen auch Agrarpolitiker/-innen Verantwortung gegenüber jenen Personen übernehmen, die von ihren Entscheidungen betroffen sind. Anlass dazu geben nicht zuletzt die steigenden psychischen Probleme unter der Bauernschaft. Vor allem eine Hofaufgabe – meist unmittelbare Folge der Agrarpolitik – wird von vielen als ein persönliches Versagen erlebt, Menschen leiden unter Schuldgefühlen, Existenzängsten, innerfamiliären Vorwürfen und innerdörflichen Konflikten. Es fehlt an niedrigschwelligen sozialpsychologischen Einrichtungen auf dem Land, die den Menschen die Angst vor der sozialen Kontrolle und die Scheu nehmen, sich Hilfe zu suchen.

Bei den Gedanken an das bäuerliche Leben auf dem Land geistern bei vielen Assoziationen von sozialer Kontrolle, Patriarchat, Tabus, Missgunst und Tratsch durch ihre Köpfe. Ohne den Eindruck erwecken zu wollen, vergangenen Zeiten nachzutrauern (die so erfreulich nicht waren, wie sie gerne dargestellt werden), zeigen die beiden folgenden Unterpunkte, dass bäuerliche Vernetzung auch noch heutzutage Vorteile mit sich bringen kann.

Fortsetzung auf Seite 11

Altenleben in Twin Oaks

Alte in Gemeinschaft

Hängematten knüpfen, Bücher schreiben, Tanzen

In der Großkommune Twin Oaks in Virginia, USA, leben und arbeiten besonders viele über 50jährige »Cos« (Ersatzwort für »sie« oder »er«, das in Twin Oaks als genderpolitisch korrektes im Gebrauch ist – siehe CONTRASTE im September 2006). Mitglied Valerie hat sich für CONTRASTE umgehört, wie es den Alten dort geht.

Von Valerie Livingwater, Twin Oaks ● Cameron, 72, macht sich eben startklar für eine größere Reise. Er will seinen Ferienmonat an der kanadischen Ostküste verbringen und dort Kajak fahren. Voriges Jahr hat er sich ein Boot gebaut. Er wird mit einer Gruppe von Kajak-Fans zusammensein, die er im Internet aufgespürt hat. Die 83jährige Piper verbringt regelmäßig fünf Tage die Woche mit ihrem Programm »Reading Window« (»Lese-Fenster«). In ihrem Büro unterrichtet sie nach der Schule Kinder mit Leseproblemen. Die Ex-Lehrerin hat eine ganz besondere Methode entwickelt und dafür von einer lokalen Bank einen Kredit bekommen. Jetzt will sie ein Buch über diese Methode herausbringen, damit auch andere sie nutzen können.

Sind Cameron und Piper typisch für ältere Menschen in Twin Oaks? Jedenfalls haben sie genügend Mit-Alte. In

Piper, 83 Jahre Foto: Twin Oaks

unserer Gemeinschaft von 85 Erwachsenen und 15 Kindern sind 30 Mitglieder über 50 Jahre alt, und alle leben so aktiv und engagiert, wie das in unserem Ökodorf die Regel ist.

Ein Gleichgewicht schaffen zwischen Eigenaktivität und Um-Hilfe-Bitten

Jedes Mitglied arbeitet hier 44 Stunden in der Woche – sowohl in den Gemeinschaftsbetrieben (Hängematten-Produktion, Tofu-Herstellung und Indexierung von Büchern) als auch im Selbstversorgungs-Bereich wie Gärtnern, Kochen, Büroarbeit, Saubermachen, Reparaturen etc. So unterstützen wir die Gemeinschaft und halten sie am Leben. Sozusagen im Austausch für diese Arbeit sorgt die Gemeinschaft für unsere Grundbedürfnisse: Wohnen, Essen, Gesundheitsfürsorge, Kleidung usw. Sobald jemand die 50 erreicht, arbeitet dieser Mensch jährlich eine Stunde weniger pro Woche. So können die Älteren aktiv und engagiert bleiben, was der körperlichen und seelischen Gesundheit zugute kommt. Indessen können sie es lockerer angehen und, falls notwendig, auch weniger arbeiten. Ein älteres Mitglied berichtet, dass co am liebsten zusammen mit unserem Collie-Schäferhund (wir nennen ihn »Kuhhund«) unsere Milchkühe hütet. Ein anderes älteres Gemeinschaftsmitglied organisiert das Wäschewaschen. Das hält sie körperlich fit. Dazu gehört außerdem auch einige Verwaltungsarbeit, was »verschiedene Probleme mit sich bringt, so dass ich meinen Kopf benutzen muss, um sie zu lösen«.

Im großen und ganzen finden unsere Alten, dass sie hier ziemlich ausgefüllt sind und die meisten ihrer Erwartungen an das Leben im Alter erfüllt werden. Obgleich einige mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen haben, sind Twin-Oaks-Mitglieder aufgrund des Lebensstils hier tendenziell fitter als ihre Altersgenossen im Mainstream. Im allgemeinen sind unsere älteren Mitglieder relativ gesund. Eine betagtere Person, die krankheitsbedingt eine sehr natriumarme Nahrung braucht, klagt, dass unsere Kommune-KöchInnen nicht immer daran denken, wenn sie die Gruppen-Mahlzeiten zubereiten. Für dieses Mitglied haben wir eine Fürsorge-Gruppe gebildet. Eine ihrer Aufgaben ist es, für die Berücksichtigung solcher und ähnlicher Bedürfnisse je nach ihrer Befindlichkeit zu sorgen.. Unser ältestes Mitglied hat eine große Sorge: sie will kein langwieriges Siechen und Sterben durchmachen müssen. Sie findet es schade, dass sie hier keine AltersgenossInnen hat, mit denen sie dies Problem erörtern kann. Aber jetzt hat sie zusammen mit dem Rechtssekretär von Twin Oaks eine Willenserklärung verfasst, die klar darlegt, dass sie »unnötige lebensverlängernde Maßnahmen durch künstliche Mittel« ablehnt. Zuweilen ist das Allerschwierigste, um Hilfe zu bitten. Unsere Älteste erklärt: »Es kann besonders unangenehm sein, wenn eine Bitte abgelehnt wird – aber selbst wenn jemand sie erfüllt, muss ich immer abwägen, wie viel ich verlangen kann. Ich versuche gut vorzubeugen, so dass ich so lange wie möglich so selbständig wie möglich bleibe. Das bedeutet, mich nicht zu überfordern und eine Balance zwischen eigener Aktivität und Inanspruchnahme von Hilfe hinzukriegen.« In Twin Oaks hat man den Vorteil, dass im Unterschied zu vielen alleinlebenden Alten hier immer jemand da ist, den man fragen kann.

Mittendrin und angenommen

Wie fällt nun im großen und ganzen der Vergleich aus, wenn man das Leben von SeniorInnen in unserer Gemeinschaft mit dem vergleicht, wie es wäre, wenn sie sich für ein konventionelleres Leben entschieden hätten? Was meinen sie, wie sie im Verhältnis zu ihren AltersgenossInnen in der Mehrheitsgesellschaft abschneiden? Die meisten unserer Mitglieder finden, dass es ihnen in der Gemeinschaft besser geht. So wie Piper: »Es ist ganz entschieden besser hier. Immer kann man, wenn man will, an etwas teilnehmen. Für mich ist es außerdem wichtig, etwas politisch Sinnvolles zu tun – und das ist hier einfacher als im Mainstream.« Piper tanzt gern und weiß, dass sie es in dieser Hinsicht gut hat in Twin Oaks: hier gibt es häufig Parties, wo eine Rock and Roll tanzende 80jährige nichts Besonderes ist. Ihre Bilanz: »Ich bin hier sicherlich besser dran als da draußen. Ich weiß, dass ich auch im Mainstream zurechtkommen könnte – aber ich habe mich bewusst dafür entschieden, lieber hier zu leben.«

Cameron sieht das ähnlich. Er bemerkt, dass ältere Menschen in Twin Oaks viel besser integriert sind und dass ihr Alter sie weit weniger ausschließt als in der Mehrheitsgesellschaft. Er findet, dass er hier nicht so sozial isoliert lebt wie er es vielleicht andernorts wäre. Er weiß, dass er als ehemaliger Professor für Anthropologie hier weniger Geld hat als seine Ex-Kollegen (in Twin Oaks gehen die Renten in die Gemeinschaftskasse), aber dafür gibt es andere Vorteile – unter anderem, dass er sich nicht um Gesundheitskosten kümmern muss (in den USA existiert keine allgemeine Krankenversicherung), weil die Gemeinschaft für solche Ausgaben aufkommt.

Wenn man enger mit Menschen aller Altersstufen zusammenlebt, stellt sich auch die Frage nach eventuellen Nachteilen und der Möglichkeit verstärkter Generationenkonflikte. Die Antworten sind zumindest teilweise davon abhängig, wen man fragt. Marione, 75, meint, sie sehe generell keinen Konflikt, aber sie spürt schon eine starke Differenz zu jüngeren Leuten. Sie sagt: »Die Jüngeren haben ein anderes Energielevel. Ich versuche verbal mit ihnen in Kontakt zu kommen, um eine engere Verbindung zu ihnen zu knüpfen.« Ein anderes Mitglied bemerkt, es sei manchmal schwierig, an Unterhaltungen mit Jüngeren teilzunehmen: »Ich spreche in ganzen Sätzen, die Jüngeren in »sound bites.« Manchmal fehlt jüngeren Gemeinschaftsmitgliedern offenbar die Geduld, einem älteren Co zuzuhören. Piper geht so damit um: Sie sagt sich, dass »alle alten Menschen hier die Erfahrung gemacht haben, jünger zu sein, aber niemand von den Jungen kennt die Erfahrung, alt zu sein.« Das hilft ihr, sich einzufühlen, wenn mangelndes Verständnis zutage tritt – zum Beispiel, als ein junger Mensch sich darüber ärgerte, dass die Gemeinschaft Elektrokarren für die Älteren, die nicht mehr so gut zwischen den Gebäuden hin- und herlaufen können, zur Verfügung gestellt hat.

Debby und Cameron Foto: Twin Oaks

»Nur durch eine militante Revolution des eigenen Alterns gewinnt diese Gesellschaft die Chance, sich wieder zu verjüngen.«

Frank Schirrmacher, »Das Methusalem-Komplott«

Cameron, 72 Jahre, bei der Hängemattenproduktion Foto: Twin Oaks

Aus der Perspektive Jüngerer werden die Unterschiede differenziert gesehen. Die 30jährige Aubee berichtet: »Für mich ist das eine persönliche Geschichte. Einige Ältere sind mir sympathisch, andere meide ich lieber – genauso wie bei allen anderen hier auch. Ich sehe ältere Gemeinschaftsmitglieder nicht als demographische Einheit, die ein besonderes Verhalten aufweist.« Andere jüngere Mitglieder hingegen sehen kulturelle Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Sie nehmen eine gewisse Trennung dadurch wahr, aber keinen Konflikt. Aubee fügt hinzu, es sei schon manchmal schwierig, von den Alten respektiert zu werden, wenn man in Sachen Gemeinschaftsarbeit nicht »seine Pflicht abgeleistet« habe. Sie nimmt wahr, dass man im allgemeinen von der Vergänglichkeit der Jugend ausgeht, was zum Teil schon zutreffe, aber andererseits auch ein Stereotyp darstelle, in das sie persönlich nicht einsortiert werden möchte. Der 40jährige Tom weist darauf hin, dass je nach dem eigenen Alter, »alt sein« mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen verbunden wird.

Würdig und gelassen altern

Solche Wahrnehmungsunterschiede haben eine Rolle gespielt, als die Kommune vor einigen Jahren Schwierigkeiten hatte, neue Mitglieder in der Altersgruppe der 20jährigen anzuziehen und andererseits ein Übermaß über 50jähriger da war. Damals haben wir uns nach langwierigen Diskussionen für einen zeitweiligen Aufnahmestop für über 55jährige entschieden, bis unser Durchschnittsalter wieder gesunken wäre. Das war eine sehr schwierige Entscheidung und in der Gemeinschaft sehr umstritten. Die Herausforderung bestand darin, einerseits eine nicht-altersrassistische Politik beizubehalten und andererseits Sorgen beispielsweise wegen der Gesundheitskosten für eine bereits beträchtliche ältere Einwohnerschaft ernst zu nehmen. Wir wollen eine gemischte Kultur von Jüngeren und Älteren beibehalten und keine »Rentnergemeinschaft« werden und dabei genug physisch starke Kräfte haben, die die beträchtliche körperliche Arbeit tun können, die für die Gemeinschaft notwendig ist. Zugleich war uns klar, dass jede Gemeinschaft Beschränkungen kennt – seien es ökonomische, religiöse, verhaltensbedingte oder geografische. Zum Glück ist unser Altersdurchschnitt gesunken, wir konnten diese Politik wieder aufgeben und haben entschieden, sie nicht wieder einzuführen. Das war eine große Erleichterung für diejenigen Mitglieder, die befürchtet hatten, wir hätten unsere Werthaltung der Nichtdiskriminierung aufgegeben.

»Dieses Buch will anhand neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse zu einem Komplott gegen den biologischen und sozialen Terror der Altersangst überreden.«

Klappentext zu Frank Schirrmacher, »Das Methusalem-Komplott«

Und was bedeutet das für unsere Alten? Viele freuen sich, wenn AltersgenossInnen hinzukommen. Piper hat eine weitere Perspektive. Sie befürwortet eine Kontaktaufnahme der »Oldies« in verschiedenen Gemeinschaften – vielleicht auch per e-mail. Marione übt Zurückhaltung und beobachtet kontemplativ, wie Twin Oaks sich den Bedürfnissen älterer Mitglieder anpasst, während diese Altersgruppe wächst. »Dieser Prozess schreitet voran, und Twin Oaks tut sein Bestes, um unseren individuellen Bedürfnissen gerecht zu werden, wenn wir altern und uns verändern.« Das gilt auch für die Gemeinschaft selbst, die dieses Jahr, wenn wir im Juni 2007 unser vierzigstes feiern, in ein mittleres Alter kommt. Vielleicht kann das Kollektiv ein Stück Weisheit von ihren Individuen übernehmen und selbst lernen, elegant und würdig und gelassen zu altern.●

(Twin Oaks lädt Menschen jeden Alters ein, uns zu besuchen. Nähere Informationen: www.twinoaks.org)

Beispiele aus den USA

Alte in Gemeinschaft

Alten-Hausgemeinschaften

– eine Idee, deren Zeit gekommen ist?

Hausgemeinschaften speziell für alte Menschen erfreuen sich zunehmender Beliebtheit nicht nur in den USA. Die Trendsetter kommen aus Dänemark. »Die neuen Alten wollen keine Uniformität, sie wollen Vielfalt – und sie sind WG-erprobt«, stellt Margrethe Kähler von der Altenberatung DaneAge Association Kopenhagen fest. Im Jahr 1987 wurde in Dänemark die erste Hausgemeinschaft von Senioren (Co-House) gegründet, heute gibt es mittlerweile 230. Heime seien out, so Kähler.
Die hier geschilderten Beispiele sind einer Sondernummer der US-amerikanischen Zeitschrift »Communities« entnommen.

von Nesha Abraham und Kate deLaGrange ● 1996 hatten Dene Peterson und ein paar ihrer FreundInnen eine Idee: Könnte man nicht die grundlegenden Prinzipien von Hausgemeinschaften auch auf Gemeinschaften von Menschen ab 50 anwenden? Die Gruppe – einige davon waren früher Nonnen – wünschte sich ein Zuhause, wo sie die Spiritualität des Alters miteinander leben könnten, meditieren, sich sozial engagieren und die Entwicklung ihres Alterns gemeinsam genießen könnten. Dann lernte Dene Chuck Durrett kennen, der gerade von einer Recherche-Reise zum Thema Alten-Hausgemeinschaften aus Dänemark zurückgekehrt war. Dort waren 20 von den 25 jüngsten Hausgemeinschafts-Projekten für Altengruppen vorgesehen. Und: »Seit meiner Zeit in den College-Schlafräumen habe ich nicht mehr erlebt, dass Menschen so viel Spaß miteinander hatten wie in den Senioren-Hausgemeinschaften dort.« Im Januar 2006 hat Durrett einen »Train the Trainers«-workshop veranstaltet, der auf dem dänischen Drei-Stufen-Modell basiert, nach dem ältere Menschen dort entscheiden, ob eine Alten-Hausgemeinschaft das Richtige für sie ist.

Die Peterson-Gruppe gründete daraufhin ein gemeinnütziges Entwicklungs- und Bau-Unternehmen und sammelte 1,5 Millionen Dollar für erschwinglichen Wohnraum, sowohl zur Miete als in Eigentum. Sie bauten die »Elder Spirit Community« in Abingdon in Virginia mit 29 Wohneinheiten. Obgleich das Gemeinschaftshaus und der Gebetsraum noch nicht fertig waren, zogen sie Ende Januar 2006 dort ein. Die Mitglieder trafen sich zunächst reihum in ihren Wohnungen zu improvisierten gemeinsamen Mahlzeiten und Gruppensitzungen. Sie teilen miteinander, »was mich diese Woche bereichert oder niedergedrückt hat« und hören einander einfach nur zu.

Gründungsboom zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Gleichfalls im Januar 2006 startete die Glacier Circle Rentner-Hausgemeinschaft, eine Gruppe von acht Haushalten in Davis in Kalifornien. Ihr erstes Treffen hatte im März 2002 stattgefunden. Daran hatten zwei Dutzend Personen und Paare teilgenommen, die sich größtenteils seit 40 Jahren als Mitglieder der Unitarischen Kirchengemeinde kannten. Sieben der acht Gründungsmitglieder ihrer Alten-Hausgemeinschaft sind daraus hervorgegangen. Doris Datel, 80, ist eine von ihnen. Sie sagt: »Das Schönste an diesem Gemeinschaftsleben ist: es erinnert mich an die Kleinstadt, in der ich großgeworden bin. Alle kennen sich, es ist intim, ich kann mich zugehörig fühlen.« Die Gemeinschaft hat einen Koch in Ausbildung gefunden, der sie dreimal wöchentlich bewirtet. Er erprobt so seine Kochkünste in der Praxis, und im Austausch für ihre Funktion als Kochkritiker bekommt die Glacier Circle Gruppe köstliche Mahlzeiten. Die Bewohner zahlen ihm einen Stundenlohn fürs Einkaufen und Kochen und erledigen die Vor- und Nacharbeiten.

Sowohl Elder Spirit als auch Glacier Circle sind voll besetzt, und Elder Spirit hat eine so lange Warteliste, dass Peterson versucht, eine zweite Gemeinschaft in Abingdon auf die Beine zu bringen. Eine dritte Gemeinschaft für aktive Alte, Silver Sage Village in Boulder, Colorado, hatte im August 2006 die Grundsteinlegung. Der 16-Haushalte-Gemeinschaft gehören Menschen in ihren 60er und 70er Jahren an.

Mindestens 25 weitere Alters-Hausgemeinschaften sind in den USA im Planungsstadium, und ständig melden sich weitere InteressentInnen. Was macht dieses altersbetonte Wohnmodell so attraktiv?

Grundsätze und Wertvorstellungen

Zusätzlich zu den sechs gängigen Merkmalen einer Hausgemeinschaft – Gemeinschaftlichkeit, spezielle Gemeinschafts-Architektur, gemeinsame Nutzung von Einrichtungen, Selbstverwaltung, gemeinsame Entscheidungsfindung, keine gemeinsame Ökonomie (das Einkommen wird nicht vergemeinschaftet) – gibt es für die Alten-Hausgemeinschaften noch vier weitere Prinzipien: eine gemeinsame Vision und gemeinsame Werte, eine Architektur, die Altwerden vor Ort ermöglicht, »spirituelles Altern« und Umweltbewusstsein.

Die gemeinsamen Werte und Visionen werden von der Gruppe künftiger BewohnerInnen formuliert. Diese grundsätzlichen Vereinbarungen leiten die Gemeinschaftsmitglieder durch den Entwicklungsprozess und bilden die Grundlage des Zusammenlebens. Gewöhnlich beinhalten diese Werte einen gesundheitsbewussten Lebensstil und Respekt für die Umwelt. Es gibt auch Gruppen, die sich aufgrund gemeinsamer Interessen für Kunst, für die Spiritualität des Alters, für lebenslanges Lernen und persönliches Wachstum oder durch ihre Religion zusammenfinden. Jede Hausgemeinschaft ist einzigartig und durch die jeweils individuelle Lage, die BewohnerInnen-Gruppe und ihr Architektur- und Design-Team geprägt.

Dene Peterson

Besondere Einrichtungen

Gestaltung für ein Altwerden vor Ort – das bedeutet, die Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen sind rollstuhlgerecht und ermöglichen es den BewohnerInnen, zuhause zu bleiben, auch wenn die motorischen Fähigkeiten nachlassen. Nähe zu medizinischen Einrichtungen und/oder das Teilen der Kosten für ambulante Pflege und eine Krankenpflege im Haus können Gesundheitsdienste zugänglicher und erschwinglicher machen. Behandlungsräume werden heute beim Entwurf eines Gemeinschaftshauses regulär eingeplant. Einige Gemeinschaften sorgen auch dafür, dass eine Wohneinheit im Gemeinschaftshaus eingerichtet wird, in der ein alter Mensch leben kann, wenn intensivere Pflege notwendig wird, mit einem angrenzenden Schlafraum für ein Familienmitglied oder eine Pflegekraft für die Zeit der Intensivpflege oder auch, wenn er oder sie im Sterben liegt.

Ein neues Verständnis vom Alter und dem Umgang mit Ressourcen

»Spirituelles Altern« ist ein Begriff, der den Prozess bewussten Altwerdens bezeichnet, der von älteren Menschen praktiziert wird, die in großer Nähe zueinander in einem selbstverwalteten und bestärkenden Umfeld leben. Dieses Arrangement ist förderlich für Kontemplation, Arbeit an der eigenen Persönlichkeit, bürgerschaftliches Engagement, soziale Betätigung, Beratung von Kindern und Erwachsenen und dafür, den eigenen spirituellen Weg zu verfolgen – bereichert und unterstützt durch die Begleitung anderer. Die Elder Spirit Gemeinschaft wurde von zwei Büchern beeinflusst: »Age-Ing to Sage-Ing« von Rabbi Zalman Schacter-Shalomi und »Spirituelle Passagen« von Drew Leder.

Umweltbewusstsein geht häufig Hand in Hand mit einer größeren sozialen Nachhaltigkeit des Lebens in Hausgemeinschaften. Leben im Gemeinschaftshaus – das ist die Rückkehr zu einem nachhaltigen Lebensstil, wo Nachbarn in der Regel zusammenwirken beim Wiederverwerten, Kompostieren, beim Teilen und Verbrauchen von weniger Ressourcen, beim Pflanzen und Essen von Bio-Erzeugnissen, beim Wohnen in energieeffizienten kleineren, aneinandergebauten Häusern, Ausweisen für und Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, beim Wasser- und Stromsparen, gemeinsamen Körperübungen und Genießen der Wirkung von Gruppenpraktiken wie Yoga, Tai Chi, Chigong usw. im Gemeinschaftshaus.

Warum sind Alten-Hausgemeinschaften so populär?

Im letzten Jahrzehnt ist ein stiller Graswurzel-Impuls entstanden, die üblichen Optionen für die Unterbringung alter Menschen abzulehnen. Die Generation der Baby-Boomer, die 2006 zum ersten Mal die 60 erreicht hat, will nicht auf dieselbe Art alt werden und in denselben Alteneinrichtungen verschwinden, in die sie ihre eigenen Eltern geschickt hat. Und, den Nachfragen von 60- bis 90jährigen beim Elder Cohousing Network nach zu urteilen, sind auch die älteren Geschwister und Eltern der Boomer nicht begeistert von den institutionalisierten Pflegeeinrichtungen. Stattdessen zieht es die Menschen zu Modellen einer altmodischen egalitären Nachbarschaft, wo man sich gegenseitig bei den kleinen Herausforderungen des Alltagslebens hilft und sich bei den größeren unter die Arme greift.

Älteren Erwachsenen gefällt die Vorstellung vom »aktiv Leben« besser, wenn darunter ein Leben verstanden wird, das sich auf eine größere Gemeinschaft bezieht, in der diese Älteren noch Wurzeln und ihre Geschichte haben. Im Gegensatz zum Eindruck mancher Menschen, Alten-orientierte Hausgemeinschaften seien »Senioren-Ghettos«, empfinden diese Alten ein nahes Zusammenleben mit anderen derselben Altersklasse und mit ähnlichen Wertvorstellungen als lebensbereichernde Wahlmöglichkeit, und zwar als eine, die sozialem Engagement und intensiver persönlicher und spiritueller Selbstentfaltung entgegenkommt. Ihnen gefällt der Gedanke, auch im späteren Leben noch menschlich zu reifen, eine Spiritualität zu leben, die ihre Erfahrung auf ein höheres Niveau hebt, und einen Raum zu haben, um innere Prozesse in Gesellschaft Gleichgesinnter zu erfahren.

Was wünschen sich Senioren?

Die meisten Menschen, die sich von Alten-Hausgemeinschaften angesprochen fühlen, sind keine langjährigen Mitglieder von Mehr-Generationen-Gemeinschaftshäusern. Dennoch gibt es bei einigen Hausgemeinschafts-BewohnerInnen Diskussionen über den Ankauf eines Anwesens gleich neben ihrer Gemeinschaft, um dort ein Gruppenhaus oder eine Alten-orientierte Hausgemeinschaft zu errichten.

Viele potentielle BewohnerInnen von Alten-Gemeinschaftshäusern sind Anhänger der Gemeinschaftshaus-Idee und können sich nun, da ihre Kinder ausgeflogen sind, keinen besseren Rahmen vorstellen, in dem sie »in Gemeinschaft altern« könnten. Ihr Interesse zeigt den Wunsch nach Freundschaft und gutnachbarschaftlicher Fürsorge: wissen, dass es jemand merken wird, wenn man die Zeitung nicht hereinholt oder die Vorhänge nach zehn Uhr noch geschlossen bleiben und dass jemand die Blumen gießen und ein Haustier versorgen wird, wenn man weggefahren ist oder das eine Zeitlang nicht machen kann. Und immer wieder sind Leute, die das Elder Cohousing Netzwerk kontaktieren, begeistert, wenn sie nicht allein kochen oder essen müssen – vielmehr bevorzugen sie häufige gemeinsame Mahlzeiten im Gemeinschaftshaus.

Glacier Circle Group Foto: Julie M. Haney

Alten-Gemeinschaftshäuser in Nachbarschaft zu Mehr-Generationen-Häusern

Das Silver Sage Gemeinschaftshaus-Projekt in Boulder kombiniert ein Alten-orientiertes Hausgemeinschafts-

Fortsetzung nächste Seite

Zwei Mitglieder von Silver Sage stellen sich im Internet vor:

Margaret Porter

Ich war Anwältin und leitende Angestellte bei der Bundesregierung. Vor kurzem bin ich in Rente gegangen. Wenn jemand erfuhr, dass ich aus Colorado bin, wurde ich oft gefragt: »Warum sind Sie dann in Washington D.C.?« und meine Antwort war: »Um mein Glück zu machen und berühmt zu werden!« Jetzt liegt dieser Abschnitt meines Lebens hinter mir, und ich habe Sehnsucht nach der schönen Bergwelt. Außerdem möchte ich näher bei meinem Vater und meinen Geschwistern sein, die in Colorado geblieben sind. Für mich verbindet Boulder den Zugang zu den Naturschönheiten Colorados mit intellektuellen und kulturellen Angeboten, die ich mittlerweile so sehr schätze. Weitere Ruhestandsinteressen von mir sind Wandern, Musik hören, Kochen, Gärtnern, Spanisch Lernen, Schreiben, Stricken, Reisen und meine spirituelle Entwicklung.

Margaret und Dan Porter

Dan ist mein Lebensgefährte seit beinah 25 Jahren. Wir haben gemeinsam Fliegen gelernt, uns gegenseitig in unserer Karriere unterstützt, seine Kinder und unsere wundervollen Enkel begleitet und Abenteuerreisen in aller Welt unternommen. Jetzt möchten wir von den Verantwortlichkeiten für unser großes Haus und den Garten herunterkommen. Wir haben auch keine Lust mehr auf das isolierte Vorstadtleben, wo unsere Freunde und Interessen in weitem Umkreis verstreut sind, was lange Fahrten auf verstopften Autobahnen nötig macht. Silver Sage bietet ein schönes privates Plätzchen in der Nähe der Berge und eine Gemeinschaft Gleichgesinnter, mit denen wir viele Interessen teilen und mit denen gemeinsam wir kreativ altern können. Ich freue mich auf die Gelegenheit zu sozialen Diensten, die mich in Silver Sage erwarten. Ich habe immer die Herausforderung gesucht – einschließlich der, Aspekte meines Lebens zu entfalten, die ich bis dahin eher vernachlässigt hatte. Ich bin dankbar für diese Möglichkeit, auf neue Art zu wachsen, und zwar in einer neuen solidarischen Gemeinschaft.

Dan Knifong

Ich bin 30 Jahre lang Universitätsprofessor gewesen und habe Mathematiklehrer ausgebildet. Vor rund zehn Jahren bekam ich Parkinson und wurde im Frühjahr 2003 pensioniert. Bislang konnte ich mit Hilfe von Medikamenten normal funktionieren. Doch während ich älter werde und die Krankheit sich allmählich verstärkt, spüre ich die Vorstadt-typische Isoliertheit deutlicher. Als Margaret dann voriges Jahr in Rente ging, machten wir uns auf die Suche nach einer Alten-Gemeinschaft. Silver Sage verspricht das ideale Gleichgewicht von Gemeinschaft und Privatheit – und wir mögen die Menschen, die dabei sind.

Dan Knifong

In den letzten Jahren habe ich angefangen Kurzgeschichten über mein Leben und meine Familie zu schreiben – meist spielen sie in meiner Kindheit in Missouri –, und ich will eine Schreibwerkstatt in Boulder auftun, um diese Tätigkeit weiter zu entwickeln. Außerdem bin ich ein erfahrener Hobby-Handwerker und -Installateur und freue mich darauf, in der Gemeinschafts-Werkstatt aktiv zu werden.●

aus der webpage www.silversagevillage.com

Kommune Niederkaufungen

Alte in Gemeinschaft

Junges Blut und Altes Eisen

Simone de Beauvoir hat sich mal die Frage gestellt: »Wie müsste eine Gesellschaft beschaffen sein, damit ein Mensch auch im Alter ein Mensch bleiben kann?« Sie lieferte die Antwort gleich mit, welche lautete: »Die Antwort ist einfach. Er muss schon immer als Mensch behandelt worden sein.«

von Jona Königes, Kommune Niederkaufungen ● Wenn wir uns heute den Umgang mit alten Menschen anschauen, dann sehen wir viel Not und Elend. Sicherlich gibt es eine Gruppe von Menschen, denen der Pflegenotstand herzlich egal ist, weil sie ausreichend Geldmittel haben, um sich die beste Pflege leisten zu können. Von denen rede ich hier jedoch nicht.

Der Großteil der Pflegebedürftigen sieht sich einem wahren Streichkonzert von Pflegeleistungen ausgesetzt, die ihnen oftmals kein menschenwürdiges Leben mehr ermöglichen. Der Umgang mit alten und pflegebedürftigen Menschen ist sicherlich kein Sonderfall in der Bundesrepublik, sondern ein Spiegel einer sich immer klarer abzeichnenden gesellschaftlichen Entwicklung: wer hat, dem wird gegeben und wer nichts hat, muss mit den Brotkrumen der Gesellschaft auskommen.

Ob dies nun die BezieherInnen des Arbeitslosengeld II sind, oder die ArbeitnehmerInnen, die massiven Lohnkürzungen oder dem Wegfall von sozialen Leistungen ausgesetzt sind: wer nicht 24 Stunden am Tag zeitlich und räumlich 100% flexibel und hochmotiviert ist, hat keine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Und wer erst die 40 Jahre überschritten hat, gehört schon zum alten Eisen.

Eine Gesellschaft, die immer schon so mit ihren Mitgliedern umgegangen ist, wird es meiner Meinung nach nicht ermöglichen, dass – um mit Simone de Beauvoir zu sprechen – »der Mensch auch im Alter ein Mensch bleiben kann.«

Das Alter aus einer anderen Perspektive betrachten

Dem wollen wir in Kaufungen etwas entgegensetzen! Wir wollen, dass die alten KaufungerInnen hier in ihrer häuslichen Umgebung weiter wohnen bleiben können und ein Heimaufenthalt so weit wie möglich hinausgeschoben werden kann. Im April 2006 haben wir die »Tagespflege Lossetal« eröffnet. Eine Einrichtung für ausschließlich dementiell erkrankte Menschen. Die Tagespflege liegt mitten im Ortskern von Niederkaufungen mit dem Flüsschen Losse, mit Glockenläuten und Hundebellen, Traktoren und Kinderwagen, einem alten Backhaus, Menschen auf der Straße, Geruch vom Misthaufen, Brennholzstapel... eben alles, was ein Dorf heute so ausmacht. Unser Motto lautet »Menschen in Gesellschaft bringen!« und unser Ziel ist es die Generationen nicht weiter auseinander driften zu lassen, sondern wieder zusammen zu bringen, so dass sie Spaß mit- und aneinander haben.

Sicherlich kann die Kommune Niederkaufungen nicht gleich den Kapitalismus abschaffen und das Paradies ausrufen. Aber wir wollen ein wenig dazu beitragen, das Alter aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Wir wollen herausfinden, wo und wie sich jung und alt wieder gegenseitig etwas geben und voneinander lernen können.

Auf zum Ausflug Foto: Kommune Niederkaufungen

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Sprengel für über 55jährige auf der gegenüberliegenden Straßenseite eines Mehrgenerationen-Häuser-Agglomerats – Wild Sage Cohousing, eine 34 Haushalte umfassende Gemeinschaft, die vor zwei Jahren fertig wurde. Entwickler Jim Leach sagt, die erfolgreichsten Hausgemeinschafts-Siedlungen in Dänemark seien Kombinationen eines Mehrgenerationen- und eines Alten-Hausgemeinschafts-Projekts nah beieinander wegen der leichten Interaktion zwischen den Generationen.

»In Dänemark existiert eine natürliche komplementäre Beziehung zwischen den beiden Gemeinschaften: die jüngeren Leute helfen den Senioren bei stärker fordernden Arbeiten, und im Austausch dienen die Älteren als Babysitter und Berater für die jüngeren Erwachsenen und deren Kinder«, bemerkt Chuck Durrett, der Silver Sage entworfen hat. »Die Kinder erleben das Altern als einen reichen, aktiven und funktionellen Teil des Lebens. Interessant ist allerdings, dass es weniger häufig Kontakte gibt als zunächst erwartet. Zwar führen die berufstätigen Erwachsenen ein sehr geschäftiges Leben, doch noch hervorstechender ist die vermehrte Aktivität der Senioren, die sie sich selbst im Gemeinschaftsleben schaffen. Sie sind weit weniger abhängig von den anderen Bewohnern als man sich gemeinhin vorstellt.«●

Abdruck mit freundlicher Genehmigung aus »Communities magazine« (Ausgabe Herbst 2006), erscheint vierteljährlich in den USA zu selbstorganisierten Gemeinschaften und kooperativen Lebensformen in Nordamerika.

Info:
www.culturechangenow.com
www.eldercohousing.org

Ganz konkret kann dies hier passieren, wenn Kita-Kinder und alte Menschen gemeinsame Stunden verbringen, durch einen Besuch auf dem Bauernhof, oder wenn die Gäste der Tagespflege in die Schreinerei, die Schlosserei oder den Hofladen der Kommune reinschnuppern. Gerade am nahen Steinertsee. Der Ausflug zum Bauernhof der Kommune bietet unmittelbares Engagement in verschiedenster Form: »Lass mich mal am Heu riechen! Das Kälbchen hat doch Hunger! Hier müsste mal gesenst werden! Was habe ich früher viel Mist geschoben! Soll ich dir mal zeigen, wie man melkt??«

Der Hofladen Foto: Kommune Niederkaufungen

de altersverwirrten Menschen helfen bekannte Gerüche, Geräusche und der Umgang mit Kindern und Tieren, um sich an besondere Ereignisse in ihrem Leben zu erinnern. Das gibt ihnen Halt und Sicherheit, die sie immer seltener in ihren Verwirrtheitszuständen erfahren.

Praxis der Tagespflege Lossetal

Mit dem Kleinbus, mit dem wir unsere Gäste holen und bringen, unternehmen wir gelegentlich Ausflüge in die nähere Umgebung. Wir besuchen das Regionalmuseum, die schöne, alte Kaufunger Stiftskirche, die Freizeitanla-

Das Tagespflegekollektiv Foto: Kommune Niederkaufungen

Die »zu Fuß«- Ausflüge sind durch das hohe Alter unserer Gäste natürlich in ihrem Radius begrenzt. Das schöne ist aber, dass es in unmittelbarer Nähe die Betriebe der Kommune Niederkaufungen gibt. Im Hofladen kaufen wir Obst für das Mittagessen, auf dem Weg sehen wir über den Zaun die Kinder der Kindertagesstätte herumtoben. Ein gemeinsames Konzept mit der Kita für gegenseitige Besuche, mit Angeboten, auf die junge und alte Menschen Lust haben, wo sie sich erleben und ergänzen, ist in Arbeit. In der Schreinerei fühlt der ehemalige Schreinermeister prüfend über die Buchenholzbretter und riecht daran. In der Schlosserei sehen wir, wie ein Fahrradständer entsteht oder der Traktor repariert wird.

In unserem Garten haben wir zwei Hochbeete, errichtet aus alten Natursteinen. In passender Arbeitshöhe werden Blumen ausgesät, gegossen und gepflegt, werden Gemüse und Kräuter in kleinen Mengen gepflanzt, betreut, schließlich geerntet und in der Küche zubereitet. Diese Tätigkeiten werden von unseren Gästen sehr wichtig genommen, sind häufig persönlich zugeordnet und schaffen eine sehr häusliche und familiäre Atmosphäre. »Dass ich das noch erleben darf, ich dachte, mein Leben wäre vorbei – und nun diese schöne Gemeinschaft hier!«. Solche und ähnliche Sätze äußern unsere Gäste, wenn sie sich in der Tagespflege eingelebt haben.

Während der Klausurtage im Herbst 2003 hat sich die Kommune Niederkaufungen mit der Vision »Altwerden in der Kommune Niederkaufungen« beschäftigt. Eine Kleingruppe hat u.a. folgendes Ziel benannt, welches sie gerne in 20 Jahren umgesetzt haben möchte:

»Junge und Alte leben gemeinsam in der Gemeinschaft und fühlen sich füreinander verantwortlich. Wir entwickeln eine neue Kultur, durch die ein neues Zusammenleben der Generationen möglich wird. Die jüngere Generation respektiert die Aufbauleistung der älteren und die ältere Generation nimmt sich zurück bei Entscheidungen, die sie nicht betreffen, und akzeptiert den Wandel, den die Gruppe mit neuen KommunardInnengenerationen vollzieht.«

Wie gehen wir mit der Überalterung um?

In diesem Jahr werden unsere ältesten KommunardInnen 60 Jahre alt und auch wir bereiten uns auf unseren eigenen Generationenkonflikt vor. Was machen wir mit uns, wenn wir mal alt werden und nicht mehr leistungsfähig sind? Wie wollen wir leben, wie uns organisieren? Die Eröffnung der Tagespflege Lossetal im April 2006 war ein erster Schritt, sich darüber Gedanken zu machen.

Die nächsten Schritte werden die Wachstumsfrage und die Wohnformen in der Kommune sein. Schon heute gibt es eine Reihe von Menschen, die gerne mal (wieder) alleine oder in einer Zweierbeziehung in einem Appartement oder einer abgeschlossenen Wohnung leben möchten. Ältere KommunardInnen, die schon erwachsene Kinder haben, möchten etwas Abstand zu den »nachgeborenen« Kommunekleinkindern haben und wünschen sich einen Ruhe-Essraum. Behindertengerechter Wohnraum mit der Möglichkeit, ein Pflegebett oder einen Badewannenlifter zum Einsatz zu bringen, ist auch nur sehr eingeschränkt vorhanden. Wie wollen wir das Leben und Arbeiten der Mehrgenerationengruppe organisieren?

In den ersten 20 Jahren der Kommune Niederkaufungen gab es so gut wie keine »Generationenkonflikte«. Beim Einzug in Kaufungen war der älteste Kommunarde

Die Hofpumpe Foto: Kommune Niederkaufungen

39 Jahre alt. In der Gruppe lebte nie eine Eltern- oder Großelterngeneration der KommunardInnen. Das ist heute anders. Diejenigen, die heute einsteigen, könnten schon die Kinder der Gründergeneration sein. Da brechen Konflikte auf, die vielleicht zuhause nie bearbeitet wurden. Wie schaffen wir es in 20 Jahren, die Interessen der »Pensionäre«, der »Verantwortungstragenden« und der »jungen Elterngeneration« unter einen Hut zu bekommen (wobei diese Gruppen immer gemeinsame Schnittmengen haben!)? Wie wird dann ein Konsens aussehen?

Wie wird es hier sein, wenn es einige pflegebedürftige Menschen gibt, die wir gerne in der Gemeinschaft versorgen wollen? Wer hat dafür Kapazitäten? Wer führt die Arbeitsbereiche dann weiter? Wie viele Menschen müssen hier leben, um alle diese Wünsche, Utopien und Ansprüche, die wir (an uns selbst) haben, erfüllen zu können? Wann kippt bei Einstiegsinteressierten Menschen die Freude über das »Antikapitalistische Reservat Kommune Niederkaufungen« um in die Angst, hier nur noch viele alte Menschen um sich zu haben und diese versorgen zu müssen? Wie auch in der bundesdeutschen Gesellschaft stellt sich das Problem genauso in der Kommune: Wie gehen wir mit der Überalterung um?

Und so wie wir in der Tagespflege Lossetal versuchen, alte Menschen wieder in die Mitte der Gesellschaft zu holen, werden wir in der Kommune darüber nachdenken müssen, wie wir im Alter leben wollen, um der Utopie, dass »der Mensch auch im Alter ein Mensch bleiben kann«, näher zu kommen.●

Der Autor lebt seit 10 Jahren in der Kommune Niederkaufungen und arbeitet im Tagespflegekollektiv Lossetal. In dessen gemeinnützigem Trägerverein sind alle Kommunardinnen Mitglied. Entscheidungen fällt die Gruppe im Konsens.

Wechselzeit auf dem Olgashof

Alte in Gemeinschaft

»Für die Alten will ich eine Lanze brechen«

Wir leben in einer abschiedlichen Welt. Dieses ist der letzte Aufsatz, den ich zu diesem Thema schreiben werde. Über das Altwerden kann ich nicht mehr schreiben. Das Alter kommt von selbst. Dass das Altwerden in der Kommune, in der links politisch egalitären Kommune ohnehin der Hit ist, werden meine LeserInnen ja wissen.

Foto: Olgashof

von Uwe Kurzbein, Olgashof ● Als ich fünfundvierzig wurde, ist mir der Gedanke durch den Kopf gegangen: Wenn ich in der Kommune alt werden will, dann muss ich selbst dafür Sorge tragen, dass das möglich ist. Damals lebte ich in der anarchistischen Kommune Lutter. Der erste Schritt in diese Richtung war die Suche nach ebenfalls Älteren, mit denen ich zusammen auf der Burg das Altsein – was immer auch darunter zu verstehen sei – einrichten könnte. Die Folge meines Aufrufes waren etwa 40 interessierte Zuschriften und ein Treffen mit immerhin 16 Menschen, die sich unter diesem Thema Ähnliches vorstellen konnten. Damals schrieben wir das Jahr 1985.

Ich habe durch diese Aktion einige Freundinnen und Freunde gefunden, nur zu dem Zusammenleben hat sich niemand, aus welchen Gründen auch immer, getraut. Mit einer Ausnahme: Unabhängig von dieser Aktion zogen Maria und Willi, beide schon an die achtzig in die Kommune Lutter ein. Was ich nicht für möglich gehalten hatte war, dass gerade meine jüngeren Verbündeten sich sehr angestrengt haben, um ihnen ein angenehmes Leben möglich zu machen. Leider blieben die beiden nur etwa ein halbes Jahr. Aus diesen Erfahrungen hat sich für mich zweierlei gezeigt: Ich kann Vertrauen darin haben, dass meine Verbündeten mich als Alten in der Kommune achten werden und was weniger erfreulich ist: Wir Alten haben in ausgeprägtem Maße unsere Neurosen kultiviert und störrische Verhaltensweisen entwickelt, die ein Leben in der Gemeinschaft sehr schwer machen, wenn nicht gar unmöglich.

Auf dem Olgashof ist mir diese Einsicht leider immer wieder bestätigt worden. Je älter die Menschen sind, desto schwieriger wird es für sie als Neue sein, hereinzutreten und für uns, sie aufzunehmen.

Mittlerweile ist das Leben von Alten in Gemeinschaften ja kein aufregendes Thema mehr. Es gibt diverse Wohngemeinschaften, betreute und nicht betreute. Die betreuten Wohnungen sollen auch gut funktionieren und auch die Altenheime sind nicht mehr das fürchterliche Abschiebegleis wie sie es früher einmal waren. Also alles nicht so aufregend.

In der Kommune sterben?

Für die Alten will ich eine Lanze brechen, auch weil ich diese Wechselzeit selbst gerade erlebe: Die größten Veränderungen im Leben passieren bei der Geburt und im Alter, in dem der Alte abgeben muss, verabschieden muss, sich verabschieden. Der Alte macht die Erfahrung, dass jede Tätigkeit, auch die körperliche Liebe irgendwann einmal zu Ende ist bis zum letzten Atemzuge, mit dem er diese Erde wieder verlässt und im Nirwana der kosmischen Einheit verschwindet. Das kann für manche Faszination sein, für mache aber auch Horror und blankes Entsetzen. Die einen haben die christliche Kirche zur Seite, die anderen die moderne Spiritualität, tröstend, weil in einem anderen Leben, was sich ja immer mehr herumspricht, das verflossene noch einmal versucht werden kann. Wie es auch sein mag: Ewiges Gericht, Reinkarnation oder die Faszination des Endlichen, wir Alten werden das erleben und sollten für den Weg dorthin eine innere Haltung entwickeln.

Die Jungen sollten wissen, dass wir Alten vor enormen inneren Herausforderungen stehen, denen auch sie sich in nicht allzuferner Zeit ausgesetzt sehen werden. Wo kann ich diesen Prozess, wenn nicht in meiner geliebten Kommune, besser durchleben? Nirgends.

Deswegen habe ich mich schon vor langer Zeit entschlossen, in der Kommune alt zu werden und hier auch zu sterben. Wenn, ja wenn mich nicht als emsiger Alter doch noch der Hafer sticht und ich etwas anderes ausprobiere.

Neue Bedürfnisse, neue Aufgaben

Aufgrund der beschriebenen Veränderungen, das stelle ich immer deutlicher fest, habe ich auch andere Bedürfnisse. Mich zieht es nicht mehr in die Mitte aller Entscheidungsprozesse, ich kann etwas von meiner dogmatischen Haltung lassen. Ich will mich nicht mehr um Kindererziehung kümmern und habe auch keine Lust, mich mit ihnen ständig auseinanderzusetzen. Dennoch will ich auf die Kinder nicht verzichten. Eher möchte ich an die Eltern appellieren über die Erziehung in Kommunen mehr nachzudenken. Ich kann gut Opa sein und Ratgeber, aber wenn sie dann wieder gehen, bin ich auch sehr froh darüber. Ich will gar nicht mehr alle Entscheidungen mit beeinflussen und eigentlich auch nicht immer zum Plenum gehen. Ich brauche mehr Ruhe und einen entsprechenden Platz dafür. Ich habe eine andere Aufgabe in der Kommune. Nicht mehr die anstoßende und vorwärts gehende, sondern lay back, besinnend und besichtigend.

Ich will auch nicht mehr alle Erfahrungen, die ich in meiner Kommunezeit leidend durchlebt habe, nun zum wiederholten Male immer wieder bei anderen erleben. Und ich will die ständigen Gespräche um immer die gleichen Themen mit immer neuen Leuten nicht mehr führen.

Mein Traum geht also in die Richtung, in der Kommune, aber am Rande, mit meiner Geliebten zu leben und mich im Grünen endlich meinen anderen Berufungen hinzugeben. Und das sind einige.

In meiner Idealkommune leben also meine jetzigen Freunde, mit denen ich schon zusammen lebe und einige andere Alte, aber auch – und das ist mir ganz wichtig, auch Jüngere und Jugendliche und Kinder.

Der Wille zur Veränderung

In den letzten Jahren passierte folgendes: Alte Genossen, deren politische Karriere bis 68 zurückreicht, besuchten mich, um mit mir die Frage des Altwerdens in Gemeinschaft zu erörtern. Das Thema wird immer spannender und aktueller. Die einsamen Wölfe, alt geworden und abgearbeitet an den Widerständen dieser Gesellschaft erinnern sich an die Kraft gemeinschaftlicher Aktionen. Das politische Café, mit politischem Philosophenzimmer im Clubraum und Wohngemeinschaft im Obergeschoß rückt als politische Vision nun endlich in greifbare Nähe. Hier in Wismar wäre das alles leicht zu realisieren. Wenn. Ja wenn.. Wenn die Traute da wäre, sich aus alten Bezügen zu lösen und an anderer Stelle weiterzumachen.

Auch heute noch ist für mich die treibende Kraft, in der Gemeinschaft zu leben, der Wille an der Veränderung dieser Gesellschaft mitzuwirken. Sicherlich weiß ich, dass die Wirksamkeit unserer Kommunen relativ gering ist und wir letztlich auch mehr krebsen als vorzeigbare Projekte zu leben. Nicht alle in meinen erlebten Gemeinschaften sind aus ähnlichem Grunde dabei. Viele haben ganz andere Motive. So gesehen lässt sich sicherlich fragen, wenn »Nicht-Alleinsein-wollen« das Motiv ist, ob nicht noch andere Gemeinschaftsformen zu finden sind. Und in der Tat – es gibt haufenweise Wege, um solidarisch etwas näher zu rücken. Und diese Projekte, die nicht meinen dogmatischen Ansatz leben, sondern das Hier und Jetzt in annehmbarer und heiterer Atmosphäre gestalten wollen, geht es von außen besehen jedenfalls wesentlich besser.

Wie gesagt, ich kenne einige Projekte, in denen so gelebt wird und sehe auch, wie es in diesen Projekten boomt. Glücklicherweise kann sich also jeder Alte und jede Alte das Projekt aussuchen, das ihm auf den Leib geschneidert scheint.

Wenn ich mithelfen konnte, dass sich in den letzten Jahren solch ein buntes Bild von Gemeinschaften entwickelt hat, dann kann ich eigentlich nur zufrieden die Hände reiben und mich über diese Entwicklung freuen. Es ist die Richtung, in die ich auch möchte.

Mittlerweile kommt das Ende meines beruflichen Engagements langsam in Sicht. Noch einige Jahre und dann, ja dann. In den letzten Jahren hatte ich immer öfter für meine Architekturarbeit keine Lust mehr. Dennoch habe ich mir noch einige Projekte vorgenommen, für die ich mir solidarische Hilfe holen muss, denn wenn die Kräfte schwinden, werden immer mehr dicke Balken für mich zu schwer. Unser Tagungshaus muss fertig werden, weil hier eine sinnvolle Ökonomie für alle entsteht. Das Altenteil, im ehemaligen Schulhaus muss realisiert werden. Daneben muss die Tischlerei erweitert werden.

Uwe Kurzbein bei einer Segelregatta

Wieder viel zu viel und kaum alleine zu schaffen. Irgendwann werde ich mich auch hiervon verabschieden müssen. Das Thema »Alt und Kommune« ist bei meinen Freunden auf Interesse gestoßen. Ich habe einen meiner Verbündeten gefragt, ob er etwas zu diesem Thema sagen will. Im Folgenden also ein kleines

Gespräch:

Detlef (47 Jahre alt): Ich finde, dass ich mich mit dem Thema »Alt werden« oder »Alt sein« nicht erst beschäftigen sollte, wenn die Angst vor dem Alleinsein kommt oder ich dringend auf die Hilfe anderer angewiesen bin. Deshalb muss ich nicht erst 60 oder 70 Jahre werden, um nach Wegen zu suchen. 47 ist für mich da nicht verfrüht. Ich wünsche mir auch im Alter sozial aufgehoben zu sein, zu geben was mir möglich ist und mit einem guten Gefühl Hilfe annehmen zu können. Dieses scheint mir in einer Gemeinschaft, sprich Wahlverwandtschaft, möglicher zu sein als in der traditionellen Kleinfamilienstruktur.

Uwe: Hast Du Dir Gedanken gemacht, hier alt zu werden?

Detlef: Für mich ist der Olgashof noch nicht der Ort. Ich hoffe, wir schaffen es recht bald eine zahlenmäßig große Wahlverwandtschaft zu werden. Ich wünsche mir, dass das Leben hier leichter und bunter wird, Dogmen überdacht und aufgelöst und Energien zum Fließen gebracht werden.

Uwe: Ich bin auf dem Olgashof der erste und einzige Alte, Barbara kommt dazu. Kannst Du Dir vorstellen, dass ich hier alt werde?

Detlef: Ich kann meine Antwort nicht vom o.g. trennen. Wahlverwandtschaft mit allen »Opas«, »Omas« wünsche ich mir schon als eine gute Mischung mehrerer Generationen. Mit z. Zt. vier fest auf dem Olgashof lebenden Menschen sind wir weit davon entfernt.

Die Vorstellung, dass die einsamen Wölfe sich z. B. nach Wismar in die »Alten WG« zurückziehen, stimmt mich schon traurig. Dies hat wenig mit meiner und ich glaube auch mit Deiner Vision zu tun.

Uwe: Aber Du kannst Dir vorstellen, dass Alte in die Kommune hineingehen.

Detlef: Ja. Wenn sie es allerdings »nur« tun, weil jetzt ihr bisheriges Lebensmodell einen Knacks bekommen hat (z. B. einsam sein, gebrechlich sein) ist es für mich vielleicht eher eine soziale Herausforderung als eine Wahlverwandtschaft.

Uwe: Kannst Du Dir vorstellen, dass die Bedürfnisse sich im Alter ändern?

Detlef: Das ist nur natürlich, unsere Bedürfnisse ändern sich seit unserer Geburt. Wie sie bei mir mit 60, 70 und 80 aussehen, werde ich dann erleben.

Uwe: Kannst Du Dir vorstellen, dass wir Alten eine Aufgabe in der Gemeinschaft hätten?

Detlef: Ich glaube, dass es in einer gesunden Wahlverwandtschaft sehr wohl wichtige Aufgaben für die Alten geben wird. Sei es z.B. die gepflegte Rosenstaude oder das Erzählen von »Geschichten«. Jeder wird seinen Platz in der Gemeinschaft haben.●

FRAGWÜRDIGE GESELLEN – REGIOGELD IN DÜSSELDORF

Goldglänzende Verstrahlung

In rund neunzig Fachgeschäften und Kneipen von Düsseldorf kann nun mit »Rheingold« bezahlt werden. Die VerteilerInnen dieser selbst gedruckten, nach einer Wagner-Oper benannten Geldscheine treibt ein messianischer Ehrgeiz zur Erlösung der Welt vom Fluch des Zinswesens an – ein Monopoly-Spielchen für Verklärte mit fragwürdigen politischen Verflechtungen...

Infantile Gelddruckerei

»Rheingold im Umlauf«, so hieß es in der Lokalpresse der Landeshauptstadt. Dies sei ein Gutscheinsystem im Verhältnis 2:1 zum Euro, so der Initiator Jost Reinert. Geht man auf die Homepage des hinter der Initiative stehenden Vereines, so trifft man auf eine ominöse Organisation namens »Initiative Rheingold e.V. (i.G.)« mit Postadresse eines Rechtsanwaltes in Düsseldorf. Ein noch zu gründender Verein, bei dem ich meine Euros gegen selbst gebastelte Scheinchen eintauschen kann? Eine Möglichkeit zum Bezug dieses Spielgeldes wird auf der Homepage nicht angeboten. Seine Euros kann der Interessierte in den Läden gegen »Rheingold« eintauschen, die eine solche Währung als Äquivalenzzahlungsmittel annehmen, was auf einen offensichtlich geringen Verteilungsgrad hinweist. Doch die InitiatorInnen des »Regionalgeldes« scheint dies nicht zu entmutigen, denn sie sehen sich als Teil eines viel größeren Ganzen, einer Bewegung von Gläubigen gegen die unheilvolle Macht des Zinses. Mit Tauschscheinen will diese Bewegung ihren Kreuzzug gegen die Zinswirtschaft zum Wohle einer besseren Wirtschaftsordnung beschreiten.

Der Verein

Als eine Art Dachverband operiert ein gewisser Regiogeld e.V., der im Februar 2006 gegründet wurde. Auf dessen Homepage heißt es: »Zweck des Vereins ist die Erforschung von regionalen Komplementärwährungen sowie die Entwicklung und Verbreitung von wissenschaftlich gesicherten Verfahren, Methoden und Ergebnissen mit dem Ziel, nachhaltige Regionalentwicklungsprozesse zu initiieren und zu unterstützen.« Soso – doch was ganz wissenschaftlich klingt, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ziemlicher Hokuspokus. Nach dem Motto »think global – act local« werden in den Kommunen Initiativen zur Verbreitung von so genannten Tauschscheinen und Tauschringen initiiert. So gibt es nicht nur in Düsseldorf das »Rheingold«, sondern auch in Bielefeld den »Teutotaler«, in Hagen den »Volmetaler« oder in Berlin das »Knochengeld«. Der Name für das jeweilige selbst kreierte Zahlungsmittel spiegelt die Vorstellungswelt seiner Erzeuger: Der schnöde Euro wird in jenen Glaubenskreisen ersetzt durch wohlklingende »Sterntaler« oder »Urstromtaler« – je nach gefühlsmäßiger Neigung zum Bezahlen stehen den Gläubigen auch »Havelblüten« oder »Kirschblüten« als Äquivalenzwährung zur Verfügung. Ein Spiel mit Blüten ohne Grenzen, so scheint es.

Doch die Bundesbank belächelt die neuen Regiotaler, von denen im Jahr 2005 43 Regionalwährungen im Wert von 200.000 Euro im Umlauf gewesen seien. Als einen »Marketing-Gag« bezeichnet Ralf Zimmermann von der Deutschen Bundesbank in NRW diese Initiativen. Angelika Wösthoff von der Verbraucherzentrale NRW bestreitet ebenfalls den Nutzen dieser Aktion für die VerbraucherInnen: »Man muss immer gucken, wann der Geldschein ungültig ist, und im Zweifelsfall auch noch 5 Prozent Umtauschgebühr zahlen.«

Die Kundschaft

Doch es scheint gerade die offensichtliche esoterische Verklärung des kapitalistischen Geldwesens zu sein, die diese Spielchen mit gebastelten Zahlscheinchen für die Mitwirkenden so anziehend macht. So finden die Regiogeld-Initiativen Resonanz in Bioläden und Reformhäusern, in so genannten Alternativwerkstätten und Alternativkneipen sowie in Ökokreisen und Leuten aus sozialen Bewegungen, die »irgendwie« ein ungutes Gefühl zu Begriffen wie Globalisierung oder Finanzkapital haben. Es ist der naive Wunsch nach einem überschaubaren und harmonischen Wirtschaften im Einklang mit sich und der Umwelt, der hier ziemlich infantil durch Kaufmannsladenspielchen befriedigt werden soll, indem den GläubigerInnen vorgegaukelt wird, mit »Rheingold« oder sonstigen Blüten das kapitalistische Geldsystem außer Kraft setzen zu können nach dem Motto: »Nun kauf ich mit meinem guten Hokuspokus-Taler gute Milch beim guten Müslimann und – schwupp! – ist das Übel vom bösen Mammon Geld verschwunden!«

Geschäft mit Blüten?

Die in alternativen Kreisen beliebte »taz« berichtet in ihrem NRW-Teil, dass in Düsseldorf bereits 94 Geschäfte die selbst gedruckte Währung akzeptieren und lässt den Initiator des »Rheingoldes« Werbung machen: »Es ist sehr fälschungssicher – auf geheimen Spezialpapier gedruckt, mit Silberstreifen und Seriennummer«, so Reinert, der der taz erklärt, dass »Rheingold als Kunstprojekt« zu verstehen sei, da auf der Rückseite der Scheine Comedians, Bands und Verlage Werbung machen. »So findet Kunst in allen Geldbörsen statt«, sagt Reinert. Seine politischen und künstlerischen Ambitionen scheint Reinert ganz der Auseinandersetzung mit dem unheilvollen Mammon »Geld« zu widmen. Als »ehrenamtlich tätiger Kurator« des »Kunstfonds Artfond« wird er auf dessen Homepage ausgewiesen. Und auch da geht's – na? – ums Geld: »Der Kunstfond wird nicht gewinnbringend, sondern nutzbringend anlegen.« Wie löblich! Doch so ganz übel scheint der Euro doch nicht zu sein, denn wir lesen dort weiter: »Der Leser ist deswegen herzlich eingeladen, sich mit einem kleinen Obulus am Kunstfond zu beteiligen, denn Anteilsnoten werden bereits ab einer Investition von 1.000 Euro abgegeben.«

Fragwürdige Gesellen

Was soll's, so könnte man diese Bestrebungen belächeln, wäre da nicht noch die Verquickung von spinnertem politischen Bekehrungseifer und unumstößlichen Glauben an die Wahrheit der eigenen Lehre. Denn schnell verfestigt sich beim Lesen der Texte dieser alternativmonetären Glaubensgemeinde der Eindruck, dass es sich dabei um die Anhänger einer Sekte handelt. Die Linkverweise auf den Internetseiten erhärten diese Vermutung und führen die Leserschaft in den verschworenen Kreis der Anhänger des Begründers der so genannten Freiwirtschaftslehre, Silvio Gesell. Dessen krude Theorien über das Übel des Zinses und ein zinsfreies Wirtschaften mit »rostendem Geld ohne Wucher« sind von seinen JüngerInnen zur unhinterfragbaren Weltverbesserungslehre auserkoren worden. In der TERZ ist über das wirre Wirken dieser Sekte der Gesellianer schon ausführlich berichtet worden (nachzulesen unter www.terz.org – 1/1999). Der Bekehrungseifer dieser Sekte zieht weite Kreise und versichert sich prominenter Unterstützung, die nähere Aufmerksamkeit verdient.

Es handelt sich um den Schlagersänger Christian Anders, bekannt durch den Hit »Es geht ein Zug nach Nirgendwo« aus dem Jahre 1972. Nach seinem Karriereknick schreitet er als Verkünder von Gesells Lehre durch die Welt, wie es sein offenes Schreiben an den früheren Bundeskanzler Schröder exemplarisch verdeutlicht: *»Herr Bundeskanzler, ich kann Sie nur BITTEN, die-*

Der 50-er Schein mit Clara Schumann

sen Brief und das Buch zu lesen und dem von mir in meinem Buch DER RUBEL MUSS ROLLEN vorgeschlagenen neuen Währungssystem Z.U.G. eine Chance zu geben. Z.U.G. bedeutet Zinsfreies Umlaufgesichertes Geld. Der Zins ist der Krebs einer jeden Wirtschaftsform.«

Tja, hätte der Schröder das damals gelesen, hätten wir heute wohl keine große Koalition... Unter dem Pseudonym »Lanoo« veröffentlichte Anders mehrere Bücher zu esoterischen Themen und Verschwörungstheorien. Leider lässt er auch das Singen nicht sein und rutscht in seinen Liedern mit seiner Aversion gegen Zinsen in klassisch antisemitische Topoi: »Sieben Familien haben das Geld. Ob Rothschild, Cohn oder Donati, man nennt uns auch Illuminati. Mit Aids verseuchen wir die Welt«, heißt es in einem Liedtext, der Stellen aus der gefälschten antisemitischen Hetzschrift »Protokolle der Weisen von Zion« aufgreift.

Brauner Dunstkreis

Spätestens beim unverhohlenen Antisemitismus hört der Spaß auf. Es sind jedoch beileibe nicht nur solche Sonderlinge wie der wiedergeborene »Lanoo«, die aus diesen Kreisen auf einen solchen Trip kommen. Die Parolen gegen das Übel des Zinses und deren Personifizierung in den »Schwindlern« und »Betrügern«, gegen die der Mythos vom »gerechten Wirtschaften« mit selbst gebastelten »Urstromtalern« und dergleichen gesetzt wird, ist anschlussfähig an faschistisches Gedankengut.

Neonazistische Parteien wie die NPD greifen deshalb diese Lehren auf und tummeln sich mit in dieser kruden Schar der alternativmonetären Glaubensgemeinden. So beispielsweise Matthias Paul aus Dresden, NPD-Mitglied des Sächsischen Landtags. Auf seiner Homepage kommuniziert er mit Interessierten und antwortet auf folgende Frage einer NPD-Sympathisantin: *»Was halten Sie davon, bundesweit zinsfreies, umlaufgesichertes Geld einzuführen, so wie es im Buch »DER RUBEL MUSS ROLLEN« von Lanoo (Christian Anders) vorgestellt und in Sachsen-Anhalt vorreitermäßig schon eingesetzt wird (siehe: www.urstromtaler.de)?«*

»Wir Nationaldemokraten setzen uns schon lange mit Regionalwäbrungen auseinander, unter anderem mit dem Ziel, rechtliche Hürden aus dem Weg zu räumen. Da wir für eine raumorientierte nationale (und regionale) Volkswirtschaft eintreten, ist uns der Gedanke der Nachfragebindung an die Region grundsätzlich sympathisch. In der wirtschafts- und währungspolitischen Diskussion sind uns die Konzepte der »Natürlichen Wirtschaftsordnung« (Silvio Gesell) ebenfalls gut bekannt. Der heutige monetaristische Kapitalismus mit seinen neoliberalen Exzessen zeigt in der Tat besonders deutlich, dass das Währungssystem reformiert werden muß, insbesondere im Hinblick auf den Zinsmechanismus.«

Im Parteiorgan der NPD, der »Deutschen Stimme«, wird sich gar ausführlich mit Gesells Lehre und mit dem »Regionalgeld« auseinandergesetzt. Unter dem Titel »Regionales Geld für ein Europa der Regionen. Regionalwährungen könnten vor den negativen Globalisierungsfolgen schützen und die regionale Wirtschaft stärken« wird Propaganda für die Regionalgeldbewegung gemacht. Das Übel ist auch hier – wie könnte es anders sein – der Zins: »Die weniger Begüterten sind direkt abhängig von den Vermögenden, weil sie von diesen Geld leihen müssen. Hinzu kommt die noch viel schlimmere indirekte Abhängigkeit, die durch den Zins diktiert wird.« Nicht der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit im Kapitalismus wird hier aufgezeigt, sondern lediglich der »Wucher« angeprangert mit dem Ziel, dagegen eine die Klassen übergreifende »Volksgemeinschaft« zu setzen und die personifizierten »Wucherer« auszumerzen. Wie das funktioniert, steht in den Geschichtsbüchern. Nicht ohne Grund sucht die NPD hierzu Anknüpfungspunkte bei den Regionalgeld-Initiativen. Denn nicht nur ideologisch gibt es Schnittmengen, sondern auch ganz praktisch, wie in dem Artikel des NPD-Blattes zu lesen: »Angefangen damit hat bereits vor geraumer Zeit in Norddeutschland der selbständige Unternehmer, ehemalige Olympiasieger im Rudern und NPD-Bundestagskandidat von 1969, Dr. Frank Schepke, in Kiel, Lübeck und Neumünster mit seinem Regiogeld »Kann Was«.

Kann »Rheingold« auch was?

Nun bedeuten derartige Verbindungen der Regionalgeld-Initiativen mit dem braunen Sumpf beileibe nicht, dass jeder Mitwirkende an diesem Spielchen mit selbst gebastelten Zahlungsscheinchen derartige Positionen teilt. Der größte Teil der Interessierten an derartigen Regionalgeld-Initiativen und erst recht die diversen LadeninhaberInnen, die solche »Währungen« angenommen haben, stehen faschistischem Gedankengut fern. Im Gegenteil ist vielmehr die Vorstellung ausschlaggebend für die Mitwirkung, dadurch einer scheinbar originellen Idee mit einem »irgendwie« humanwirtschaftlichen Hintergrund zur Umsetzung zu verhelfen. Daher kann die Auseinandersetzung mit »Rheingold« durchaus was: Den Blick dafür schärfen, für was man sein Geld und seine ideelle Unterstützung hergeben will und wovon man besser Abstand halten sollte!●

Aus: terz – autonome Stattzeitung für Politik und Kultur in Düsseldorf und Umgebung, Nr. 11/2006
www.terz.org

FORTSETZUNG VON SEITE 6

Lokal und regional wirtschaften

Während meiner Tätigkeit als freiwillige Helferin habe ich die bewährte Form des lokalen bzw. regionalen Wirtschaftens miterleben können. Die Bäuerinnen und Bauern verkaufen ihre eigenen Produkte in einem bekannten Umfeld vor Ort oder in der Region. Was nicht selbst hergestellt oder geleistet wird, wird von anderen Bauernhöfen, Firmen oder Handwerker(inne)n der Umgebung bezogen. Unter dem Leitgedanken »Produkte sind die Trägerstoffe für unsere sozialen Beziehungen« besteht zu diesen Produzent(inn)en respektive Anbieter(inn)en von Dienstleistungen ein soziales Geflecht. Wettbewerb – zentrales Anliegen der Agrarpolitik – wird hintangestellt.

Bäuerinnen haben sich gegenseitig ihre Erzeugnisse auf dem Markt zum Verkauf mitgenommen, der Direktvermarkter mit Verkaufsbus kauft Produkte von bäuerlichen Betrieben im regionalen Umfeld ein, um sie in der Stadt zu verkaufen. Die einen tauschen Wein gegen Käse, die anderen Brot gegen Butter, die dritten Hilfe bei einer Arbeit gegen Speck, Schnaps oder Obst. Eine Mühlviertler Bäuerin verkauft die bestellten Produkte im Hof der Stadtwohnung ihrer Schwester. Die Bäuerin in Niederösterreich hat sich eine große Klientel in Wien aufgebaut, die aufgrund ihrer persönlichen Beziehung zu ihr regelmäßig auf den Bauernmarkt kommt. Leute in der Umgebung von Meran kaufen aus denselben Gründen eigens beim Obst- und Gemüsebauern ein, der keinerlei Spritzmittel verwendet, auch die im biologischen Landbau zugelassenen nicht. Ein Teil der Produkte wird an Bioläden und Biohändler verkauft. Hierbei besteht lediglich ein direkter Kontakt zu den Betreibern und Betreiberinnen der Bioläden wie auch zu den Händlern und Händlerinnen, nicht jedoch unmittelbar zur Kundschaft. In dieser Form des Handelns und Tauschens kommt das Prinzip der Gegenseitigkeit noch immer zum Tragen. Im Gegensatz zur Anonymität des Weltmarktes behalten die in der Landwirtschaft Tätigen dabei die Füße auf dem Boden. Sie wirtschaften mit den Gegebenheiten vor Ort und verkaufen an jene oder tauschen mit denen, die sie kennen, und sei es über fünf Ecken.

Alternativ leben

Dass Landwirtschaft als Lebensform auch für nicht bäuerlich sozialisierte Personen nach wie vor attraktiv ist, zeigt sich an den jungen Neueinsteigern und Neueinsteigerinnen. Menschen, die von der Stadt auf einen Hof auf dem Land ziehen, sind meist motiviert durch eine starke Beziehung zur Natur und den Wunsch nach Selbstbestimmtheit. Diese Eigenständigkeit, die in einem bäuerlichen Leben grundsätzlich möglich ist oder wäre, wurde vom Herrschaftssystem seit Menschengedenken unterminiert.

Waren es früher feudale Strukturen, die ihnen die Überschüsse in Form des »Zehnten« abgepresst haben, so ist es heute die zu geringe Bezahlung der bäuerlichen Produkte, die das Auskommen der Bauern und Bäuerinnen erschwert und wesentlich zum Bauernsterben beiträgt. Der hohe administrative Aufwand, Kontrollen und behördliche Bevormundungen können als Auswüchse des seinerzeitigen Frondienstes gesehen werden. Heute müssen Bäuerinnen und Bauern für ihre Herren nicht mehr unbezahlte Arbeit leisten (abgesehen von den oben angesprochenen ehrenamtlichen Tätigkeiten), sondern sich mit diffizilen Anträgen, Kontrollen und Hemmnissen in der Direktvermarktung herumschlagen, die ihnen die Freude an der Landwirtschaft verderben.

Ohne die eingangs beschriebenen sozialen und ökologischen Qualitäten der bäuerlichen Lebens- und Wirtschaftsform würden weit mehr Menschen als bisher ihre Betriebe aufgeben und das Land verlassen – und ohne diese Qualitäten wäre nicht erklärbar, warum sich vor allem junge Menschen überhaupt noch für die Landwirtschaft entscheiden.

Ausblick

Die von mir besuchten Betriebe wirtschaften – allen Behauptungen und Bestrebungen der Agrarpolitik zum Trotz – nach wie vor nach bäuerlichen Grundsätzen. Sie sind der lebendige Beweis dafür, dass es auch »anders geht«, dass das Argument, nicht jede/jeder könne »Nischenprodukte« herstellen, obsolet wird, wenn die Agrarpolitik ihre Ziele stärker an der Ernährungssouveränität ausrichtet und individuelle Lösungen in Nischen oder in Form von Erwerbskombinationen zulässt.

Darüber hinaus wird es für die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft wichtig sein, dass Bäuerinnen und Bauern ihr gesellschaftliches Ansehen wieder zurückgewinnen, fernab von Romantisierungen, politischem Missbrauch und dem Klischee von einem armen, kargen und rückständigen Leben. Dies wird auch davon abhängen, inwieweit es gelingt, egalitäre Verhältnisse zu schaffen: innerhalb des Hofes zwischen Bauer und Bäuerin, am regionalen Markt zwischen Produzent(inn)en und Konsument(inn)en und in der Agrarpolitik zwischen Interessensvertretung und bäuerlicher Bevölkerung.●

Anmerkungen

1) Vgl. Elisabeth Loibl: Das Brot der Zuversicht – Über die Zusammenhänge von Esskultur und bäuerlicher Landwirtschaft. Forschungsbericht der Bundesanstalt für Bergbauernfragen Wien 2003.
2) Vgl. www.bauernkonflikte.at

Autorin
Elisabeth Loibl; Dipl. Ing., wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien und aktiv im Frauenarbeitskreis wie auch im erweiterten Vorstand der ÖBV – Via Campesina Austria.
E-Mail: elisabeth.loibl@berggebiete.at,
www.berggebiete.at

Redaktionell gekürzter Nachdruck aus *Der kritische Agrarbericht 2007*, Rheda-Wiedenbrück 2007
www.kritischer-agrarbericht.de

SCHANZE EG, HAMBURG

»Aufbruch, es anders zu machen«

– Vorreiterin einer autonomen Wohnprojektestruktur

Im Gründungsjahr 1987 hat niemand sich vorstellen können, dass die Wohnungsbaugenossenschaft Schanze eG, in Kurzform Schanze, in knapp 20 Jahren ein kleines Wohnungsunternehmen sein würde. Heute hat die Schanze 295 Wohnungen in ihrem Bestand auf rund 21.900 Quadratmeter Wohnfläche in 25 Gebäuden und Gebäudeensembles. 17 der Gebäude davon sind autonom selbstverwaltete Projekthäuser. Weitere Projekte werden hinzukommen. Die Mitgliederzahl beträgt rund 390, davon sind rund 65 Fördermitglieder, also Mitglieder, die keinen Wohnraum beanspruchen, mit rund 68.500,00 Euro eingezahltem Kapital. Das Gesamtkapital beträgt rund 1,4 Million Euro. Der Pflichtanteil beträgt vier Anteile a 51,13 Euro. Das Eintrittsgeld ist gering und beträgt 25,56 Euro.

Rosemarie Oltmann, Red. Genossenschaften ● Missstände in der Stadtpolitik, Wohnungsleerstand und die Antwort der Hausbesetzer darauf, waren Grundstein der Gründung der Schanze vor knapp 20 Jahren. Damals lag es nahe, eine Genossenschaft (demokratische Struktur) zu gründen, um Hausprojekten ein Dach zu geben und die gewollten autonomen Strukturen zu erhalten und zu unterstützen. Waren es am Anfang die Hausbesetzer, die für ihre Häuser einen neuen Eigentümer suchten, so waren es im Verlauf der weiteren Jahre die Projekte, die im Wohnungsneubau neue genossenschaftliche Wege gehen wollten. Beiden Projekttypen ist gemeinsam, dass sie eine Struktur suchen, die ihnen ermöglicht ihre Vorstellungen vom autonomen Leben umzusetzen. Die Schanze war und ist ihnen ein willkommener Partner.

Die Schanze hat einen Vorstand und einen Aufsichtsrat und die Mitgliedervollversammlung. Der Vorstand besteht aus fünf und der Aufsichtsrat aus sechs Personen. Es wurde von Beginn an Wert darauf gelegt, dass projektferne ebenso wie projektnahe Personen die formalen Gremien bekleiden. So sind zwei Personen aus dem Vorstand und eine Person aus dem Aufsichtsrat projektfremd, um z.B. im Falle eines Konfliktes distanzierter agieren zu können. Die übrigen Personen des Vorstands und des Aufsichtsrats sind VertreterInnen der Projekte. Wer aus welchem Projekt in den Vorstand und in den Aufsichtsrat gewählt werden möchte, wird in der Mitgliederversammlung entschieden. Das elfköpfige Team lenkt und leitet die Schanze in gemeinsamen Sitzungen. Eine angestellte Mitarbeiterin kümmert sich um die Wohnungsverwaltung.

Richtfest in der Max-Brauer-Allee Foto: R. Oltmann

Wege unters Dach

Der Weg unters Dach der Schanze vollzieht sich in zwei Phasen. Die erste Phase ist die Planungsphase, also Vorphase zur Umsetzung des Hausprojektes. Diese Phase betreibt das Projekt auf eigene Kosten und auf eigenes Risiko. Der Gesamtnutzungsvertrag wird zu einem Zeitpunkt geschlossen, zu dem klar ist, dass die Schanze das geeignete Dach für das Projekt ist. Die Mitglieder des Hausprojektes werden Mitglied der Schanze. Mit der Unterschrift unter den Kaufvertrag (Erbaurechtsvertrag) wird die Schanze Eigentümerin (oder Erbaurechtsnehmerin) des Grundstücks (gegebenenfalls mit Gebäude) und übernimmt sämtliche eingegangenen Verpflichtungen des Projektes. Der geldliche Übergang erfolgt durch Verrechnung der Eigengeldeinzahlungen mit den verauslagten Kosten. Zum Zeitpunkt der Kaufvertragsunterzeichnung hat das Projekt das notwendige Eigenkapital komplett eingezahlt.

Die zweite Phase beginnt mit dem Kauf des Grundstücks bzw. Übernahme des Erbbaurechts und setzt sich fort in die Bauphase bis zum Bezug des Hauses. Während beider Phasen betreut ein Baubetreuer das Vorhaben in allen wirtschaftlichen Belangen und übergibt der Schanze mit Schlussabrechnung das Projekt in die Verwaltung.

Gesamtnutzungsvertrag

Das »Geheimnis« heißt Gesamtnutzungsvertrag. Grundlage ist ein dreistufiges System: Die Schanze vermietet an das Projekt (organisiert als Verein oder Gesellschaft bürgerlichen Rechts); das Projekt (als Rechtsform) vermietet an seine Mitglieder; die Mitglieder sind Mieter des Projekts. Die Grundstruktur des Gesamtnutzungsvertrages ist so aufgebaut, dass einerseits die Bedürfnisse der Hausprojekte nach einer autonomen und selbständigen Verwaltung gegeben ist und andererseits die Genossenschaft die wirtschaftlichen Grundlagen für jedes einzelne Hausprojekt gewährleistet sieht.

Die Schanze ist grundsätzlich offen für neue Projekte. Die Bedingungen sind die Durchfinanzierung eines jedes einzelnen Projektes und die Verwirklichung und Umsetzung des Bauprojektes mit Hilfe eines Baubetreuers, da die Schanze dafür keine Personaldecke zur Verfügung hat. Zurzeit ist (im Rahmen der Hamburger Wohnungsbauförderung) etwa ein Eigengeld von 250 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche erforderlich, um ein Projekt zu realisieren.

Bewährtes System

Die einzelnen Projekte agieren eigenständig und sind qua ihrer Rechtsformen kleine eigenständige Einheiten (auch steuerlich betrachtet) mit Aufgaben gegenüber ihren Mitgliedern (z.B. Abrechnung der Betriebskosten) und gegenüber der Schanze (Verpflichtungen aus dem Nutzungsvertrag). Die Schanze hält den Grundbesitz (wirtschaftliches Eigentum), die Projekte erhalten über den Gesamtnutzungsvertrag die wirtschaftliche Verfügung. Die Erfahrungen zeigen, dass die Projekte eine hohe Sorgfaltpflicht gegenüber »ihren« Häusern leben. Die jährlichen Zustandberichtsberichte über die Gebäude werden der Schanze (Verpflichtung aus dem Nutzungsvertrag) zur Verfügung gestellt. Sollte es an irgendeiner Stelle irgendwann einmal kneifen, steht die Schanze hilfreich zur Verfügung. Es liegt im Interesse der Schanze einen gepflegten (Projekte)Bestand zu halten.

Im Moment gibt es keinen Grund zu überlegen, etwas anders zu machen. Die Voraussetzung für das Gelingen des ganzen Systems sind die Projekte selbst. Solange die Projekte ihre eigene Struktur und die Verantwortung für ihre Häuser leben, solange wird die Schanze keine Probleme mit ihren Projekten bekommen. Wenn es denn irgendwann einmal anders sein sollte, wird man überlegen müssen, wie damit umzugehen ist.●

Kontakt: Wohnungsbaugenossenschaft Schanze eG, Neuer Kamp 25, D-20359 Hamburg, (0 40) 439 20 28 oder (0 40) 43 29 42 27
E-Mail: post@stattbau-hamburg.de
Web: www.stattbau-hamburg.de

PRO ... EG, STUTTGART

»Vom Luftschloss zum Traumhaus«

– Unterstützung von Wohnprojekten für Jung und Alt

Gemeinschaftliches Wohnen liegt voll im Trend. Ob Jung oder Alt, für immer mehr Menschen bedeutet »wohnen« mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Dazu gehört die gemeinsame Planung des Hauses und der eigenen Wohnung ebenso wie ein nachbarschaftliches Netzwerk, das eine gegenseitige Hilfe der Bewohner ermöglicht. Deutschlandweit gibt es immer mehr Gruppen, die gemeinschaftliche Wohnprojekte auf die Beine stellen. Da die Initiativen Planung, Ausführung und Finanzierung der Projekte meist nicht aus eigener Kraft realisieren können, sind kompetente Partner gefragt. Zum Beispiel die Stuttgarter Wohngenossenschaft pro... gemeinsam bauen und leben eG. Die Genossenschaft als Selbsthilfeorganisation erleichtert durch das wirtschaftliche Potenzial die Verwirklichung gemeinschaftlicher Wohnprojekte.

Tina Block, Red. Genossenschaften ● Ziel von pro... eG ist die Gewinnung von möglichst vielen Mitgliedern, die sich für soziales, Generationen übergreifendes und ökologisches Bauen und Leben einsetzen wollen. An die Genossenschaft wenden sich Gruppen ab ca. 10 Personen, die gemeinschaftliche Wohnprojekte verwirklichen und sich dabei ein hohes Maß an Selbstständigkeit erhalten möchten. Pro... eG unterstützt diese Initiativen durch Beratung in Fragen des Bauens und der Finanzierung, durch Begleitung bei der Entwicklung der Konzeption und des Gruppenprozesses sowie bei der Realisierung des Baus. Durch das Genossenschaftsprinzip hat jedes Mitglied unabhängig von der Höhe des eingelegten Kapitals das gleiche Stimmrecht. Daneben tragen die Mitglieder auch die gleiche Verantwortung.

Entscheidungsstrukturen

Die Genossenschaft setzt sich zusammen aus dem dreiköpfigen Vorstand (Martin Link, Dimo Haith und Waltraud Trukses), der die Organisation leitet, die Geschäfte führt und dem Aufsichtsrat berichtet. Unterstützt wird er von einem Büro-Team, das aus vier Teilzeitkräften besteht. Der so genannte erweiterte Vorstand setzt sich zusammen aus den drei Vorständen sowie Vertretern aller von der Genossenschaft geplanten und realisierten Projekte. Sie vertreten die Belange der Projektmitglieder gegenüber dem Vorstand und sind mit Teilaufgaben des jeweiligen Projekts vertraut. Der Aufsichtsrat, der aus fünf Personen besteht, überwacht die Vorstandsarbeit. Die Mitgliederversammlung kommt einmal pro Jahr zusammen. Sie wählt und entlastet Vorstand und Aufsichtsrat und ändert die Satzung.

Entstanden ist die Genossenschaft im Jahr 1999 aus der Stuttgarter Wabe e.V. heraus. Der gemeinnützige Verein, der seit 1991 besteht, hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinschaftliche Lebens- und Wohnformen zu fördern. Über viele Jahre hatte der Verein vergeblich versucht, traditionelle Bauträger zu finden, die bereit waren, gemeinschaftliche Wohnprojekte mit der Planungsbeteiligung der künftigen BewohnerInnen zu verwirklichen. So entstand die Idee, eine Genossenschaft zu gründen, die in der Lage ist, für Initiativgruppen Projekte zu bauen. Mittlerweile hat die Genossenschaft über 200 Mitglieder.

Wabe-Bewohnerin Doris Kunkel ist Wahloma für drei Mädchen aus dem Wabe-Haus

Eigentum und Miete

In Stuttgart sind zwei Wohnprojekte bezogen. Das Wabe-Haus ist seit 2001 bewohnt, das Haus Mobile seit 2005. In diesem Jahr soll mit dem Bau des dritten gemeinschaftlichen Wohnprojekts, dem Haus MOSAIK, begonnen werden. Nach dessen Fertigstellung sind auf dem Burgholzhof insgesamt 65 Wohneinheiten entstanden. Auch in Tübingen wurde bereits ein Projekt realisiert. Das Haus solidarité besteht aus 15 Wohneinheiten sowie Gewerbeflächen. In Schorndorf entsteht derzeit ein Projekt, mit 30 Wohneinheiten. Weitere Projekte, z.B. in Heidelberg und Bietigheim-Bissingen sind in Planung. Alle Häuser werden in Niedrigenergiebauweise und mit umweltfreundlichen Baustoffen erstellt.

Alle Wohnanlagen bestehen sowohl aus Eigentums- als auch aus Mietwohnungen. Letztere gehören meist der Genossenschaft. Finanziert werden sie mit zinsbegünstigten Darlehen aus dem Landeswohnraum-Förderungsprogramm. Häufig beteiligen sich auch die Städte mit einem Mietzuschuss. Dann benötigen Mieter einen Wohnberechtigungsschein. MieterInnen engagieren sich finanziell, indem sie zusätzlich zum Pflichtanteil (500 Euro) zusätzliche Genossenschaftsanteile erwerben. Die Anzahl hängt von der Größe der Wohnung ab. Zum Beispiel erwerben MieterInnen einer Wohnung mit 60qm Anteile in Höhe von 9.000 Euro. Zusätzlich erbringen sie Eigenleistungen auf der Baustelle in Form von Arbeit und Material in Höhe von 2.500 Euro. Diese Einlagen erhält das Mitglied zurück, falls es aus der Wohnung ausziehen sollte.

Bunte Bewohnermischung

Das finanzielle Engagement der Mieter ist für die Realisierung des Projekts wichtig. So schaffen die GenossInnen einen Wert, für dessen Erhalt sie auch gemeinsam Sorge tragen. Gleichzeitig erhalten sie ein genossenschaftliches Wohnrecht, das sie vor einer Eigenbedarfkündigung bewahrt. Nach Ablauf des Förderungszeitraums ist der Kauf der Wohnung möglich. Die Miete selbst ist in den städtisch geförderten Wohnungen einkommensabhängig und beträgt zwischen 5,10 Euro und 7,50 Euro. EigentümerInnen haben für die Finanzierung ihrer Wohnung selbst Sorge zu tragen, sie sind Teil der Eigentümergemeinschaft.

Anders als bei herkömmlichen Baugemeinschaften trägt die Mischung von Eigentums- und Mietwohnungen zu einer ganz unterschiedlichen Zusammensetzung der Hausgemeinschaft bei, was Einkommen und Lebensstil anbelangt. Die Projekte sind Generationen übergreifend angelegt. Somit fördern sie die Generationensolidarität im Alltag. Oft werden benachteiligte Gruppen wie behinderte Menschen, Migrantenfamilien, Alleinerziehende und Großfamilien integriert. So kann langfristig ein positives und konstruktives Miteinander entstehen. Gefördert wird der Austausch innerhalb der Hausgemeinschaft durch Gemeinschaftsräume. Hier besteht die Möglichkeit zu gemeinsamen Treffen oder Feiern.

Netzwerkkontakte gefragt

Das Zusammenleben wird von den BewohnerInnen selbst organisiert. Im Laufe der Projektentwicklungsphase erstellt die Gruppe eine Präambel, die das zukünftige Zusammenleben beschreibt. Eine Hausverwaltung im klassischen Sinne (Abrechnung der Nebenkosten, Mieteinkünfte etc.) kann von der Gruppe selbst nicht geleistet werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass auch die Verwaltung der Genossenschaft dies nicht leisten kann. Es empfiehlt sich daher, eine externe Hausverwaltung zu beauftragen.

Bei der Einbindung neuer Projekte ist es wichtig, dass es sich um eine bereits bestehende, homogene Initiativgruppe mit mindestens 10 Personen handelt. Im Idealfall sollte die Gruppe über gute Netzwerk-Kontakte verfügen, um neue Interessenten akquirieren zu können. Insgesamt sollten die Gruppenmitglieder über ein großes Maß an Kompromissbereitschaft verfügen. Soziales Engagement, Toleranz und Interesse für andere Menschen sind weitere persönliche Eigenschaften, die den Weg vom Luftschloss zum Traumschloss erleichtern können.●

Kontakt: Wohngenossenschaft pro... gemeinsam bauen und leben eG, Haußmannstraße 6, D-70188 Stuttgart, Tel. (07 11) 234 81 62, Fax: 470 48 82

SELBSTBAU EG, BERLIN

»Hitzige Diskussionen«

– Gruppennutzen und Solidarität zum Ausgleich bringen

Im Frühjahr 1993 wurde auf Betreiben der dortigen Bewohner das Haus Oderberger Straße 50 von der SelbstBau eG gekauft. Dies war ein Wendepunkt für die Genossenschaft. Im Gegensatz zu anderen Einhaus- oder Kleinstgenossenschaften beschlossen die GenossInnen damit eine Erweiterung der Genossenschaft, um weiteren Hausprojekten eine Plattform zu geben. Seitdem versucht die SelbstBau eG Wohnhäuser zu kaufen oder zu pachten, wenn eine aktive Bewohnerschaft vorhanden ist, die sich mit Eigenleistungen oder Eigenmitteln am Projekt beteiligt. Momentan verfügt die Genossenschaft über 16 Objekte mit 327 Wohn- und Gewerbeeinheiten und hat 339 GenossInnen.

Peter Weber, Red. Genossenschaften ● Die SelbstBau eG wurde 1990 von den BewohnerInnen der Häuser Rykestraße 13/14 in Berlin – Prenzlauer Berg gegründet. In den zwei nebeneinander stehenden Häusern wohnten mehrere Aktivisten einer Bürgerinitiative, die den geplanten Abriss der Altbauten rund um die Rykestraße zu DDR-Zeiten verhinderten. Durch das Entscheidungsvakuum der Nachwendezeit wurde immer deutlicher, dass ein Beginn der so dringend notwendigen Modernisierungsmaßnahmen wieder in weite Ferne rückt. Deshalb beschlossen die BewohnerInnen beider Häuser, durch die Gründung der Mietergenossenschaft SelbstBau eG eine beispielgebende ökologische und sozialverträgliche Sanierung der Häuser zu realisieren. 1993 konnte das Bauvorhaben in der Rykestraße 13/14 abgeschlossen werden.

Veränderte Förderstrukturen

In den Anfangsjahren war die Umsetzung der Projekte der Genossenschaft nur möglich, weil das Land Berlin bis zum Jahre 2002 Selbsthilfegruppen mit einem Baukostenzuschuss und Zinszuschüssen unterstützt hat. Im Jahr 2005 realisierte die Genossenschaft das erste Wohnprojekt auch ohne eine öffentliche Förderung, da sie im Berliner Bezirk Lichtenberg ein Haus zu einem vergleichsweise niedrigen Preis erwerben konnten.

Aktuelles Projekt ist der Umbau einer über 100 Jahre alten Gemeindeschule. Dieses Vorhaben wird vom Land Berlin als Modellprojekt zum Generationswohnen mit einem Baukostenzuschuss und von der Stiftung trias als Grundstückseigentümer unterstützt. Die Mehrzahl der Wohnungen wird alters- und rollstuhlgerecht ausgebaut. Ziel des Projektes ist es, dass Jung und Alt miteinander unter einem Dach leben und dass behinderte und pflegebedürftige Menschen Platz in dieser Gemeinschaft finden.

Hausbezogene Kostenmieten

Vorraussetzung für die bisherige Erweiterung der Genossenschaft ist, dass sich die Situation der BewohnerInnen in den bestehenden Häusern nicht durch neue Projekte verschlechtern darf. Somit müssen in jedem einzelnen Projekt die Mieteinnahmen die Kosten des Hauses decken. Die Kosten setzen sich dabei zusammen aus dem Kapitaldienst für die notwendigen Kredite für den Ankauf und die Sanierung, einem Anteil für die Gesamtverwaltungskosten der Genossenschaft und einer Instandhaltungsrücklage. Außerplanmäßige Kosten wie z. B. Mietausfälle oder Kosten für Rechtsstreitigkeiten, belasten ebenfalls das jeweilige Hauskonto. Durch diese konsequente Kostenstellenrechnung gibt es in jedem Haus eine andere Kostenmiete. Dies widerspricht zwar in Teilen dem genossenschaftlichen Solidaritätsgedanken, da die Voraussetzungen für jedes Projekt unterschiedlich sind (Kaufpreis, Sanierungskosten, Höhe der Bauförderung). Gleichzeitig erhöht sich dadurch aber die Eigenverantwortung der Hausgruppen, im Besonderen während der Bauzeit. Die Qualität der Eigenleistung der GenossInnen und der von Ihnen gewünschte Standard haben einen direkten Einfluss auf die spätere Miethöhe.

Aber auch nach der Bauzeit können die Bewohner durch eigene Arbeit Einfluss auf ihre Miethöhe nehmen. Beispielsweise werden Betriebskosten für Hausreinigung, Gartenpflege und Hauswart eingespart, wenn Bewohner für einen Mietnachlass bestimmte Aufgaben übernehmen. Durch die Beteiligung an Renovierungsarbeiten können zudem die Instandhaltungskosten gesenkt werden.

Lebendige Genossenschaftskultur

Die Genossenschaft versteht sich als Dienstleister für Hausprojekte, in denen die BewohnerInnen Verantwortung für das Haus und ihr Zusammenleben übernehmen möchten. Vorteile für die Gruppen liegen in der langjährigen Erfahrung und in der Zugehörigkeit zu einer größeren Gemeinschaft. In dieser können auch einmal finanzielle Engpässe einzelner Projekte aus den Rücklagen der anderen Häuser zwischenfinanziert werden.

Jedes Haus kann ein Mitglied in den Aufsichtsrat entsenden, um dort direkten Einfluss auf die Politik der Genossenschaft zu nehmen. Momentan hat unser Aufsichtsrat 14 Mitglieder, die sich zusammen mit dem Vorstand alle zwei Monate beraten. Ebenfalls alle zwei Monate werden alle interessierten GenossInnen zu einer Ideenkonferenz mit unterschiedlichen Themen eingeladen. Dort diskutieren die Beteiligten beispielsweise über Maßnahmen zur Einsparung von Betriebskosten und Energie, ein genossenschaftliches Ferienhaus, einen Tauschring und über den Kulturfonds der Genossenschaft.

Über formale Selbstverwaltungsverträge der Häuser mit der Genossenschaft, in der die jeweiligen Kompetenzen geregelt werden sollten, wurde viele Jahre diskutiert. Das Interesse an einer solchen Regelung nahm jedoch mit der Dauer der Zugehörigkeit zur Genossenschaft und dem jeweiligen Ende der Bauzeit merklich ab. Ergebnisse aus diesen Diskussionen waren die Richtlinien zur Erbringung von Eigenleistungen und zur Wohnungsvergabe in der Genossenschaft.

Weiterentwickeln der Solidarität

Die meisten GenossInnen sehen in ihrer Genossenschaftswohnung eine gute und sichere Basis für ihre private und berufliche Lebensgestaltung, nicht mehr aber auch nicht weniger. Nach der anstrengenden und oft langwierigen Bauzeit, sind verständlicherweise viele froh darüber, sich jetzt wieder anderen Dingen zuwenden zu können. Andererseits verfolgen die GenossInnen die Entwicklung ihrer Genossenschaft sehr aufmerksam und nicht unkritisch, wie die Diskussionen in den Versammlungen und in persönlichen Gesprächen zeigen. Die GenossInnen sind stolz auf das von ihnen erreichte und auf ihre Genossenschaft. Die Genossenschaft konnte unter bisher günstigen wohnungspolitischen Rahmenbedingungen wachsen, die jetzt nicht mehr gegeben sind. Aktuelle Aufgabe ist es deshalb, nunmehr neue Modelle zu entwickeln, da der Bedarf an preisgünstigem und selbstbestimmtem Wohnen auch angesichts der zunehmenden Konzentration von Wohneigentum bei großen Fondsgesellschaften weiterhin sehr groß bleibt.

In Berlin hat sich vor einem halbem Jahr eine Gruppe aus VertreterInnen verschiedener Initiativen, kleinen Genossenschaften und Parteien zusammengefunden, um die Möglichkeiten zur Solidarität mit neuen Wohnprojekten und deren politischen Unterstützung zu diskutieren. Die Genossenschaft beteiligt sich aktiv an dieser Arbeitsgruppe. Auch innerhalb der Genossenschaft stellt sich die Frage der Solidarität der bestehenden mit den zukünftigen Projekten, um eine Alternative zur nunmehr fehlenden finanziellen Unterstützung durch den Staat zu schaffen: Wenn es um den eigenen Geldbeutel geht, wird dies mit Sicherheit hitzig diskutiert werden.●

Kontakt: Mietergenossenschaft SelbstBau eG
E-Mail: peter.weber@selbstbau-genossenschaft.de
Web: www.selbstbau-genossenschaft.de

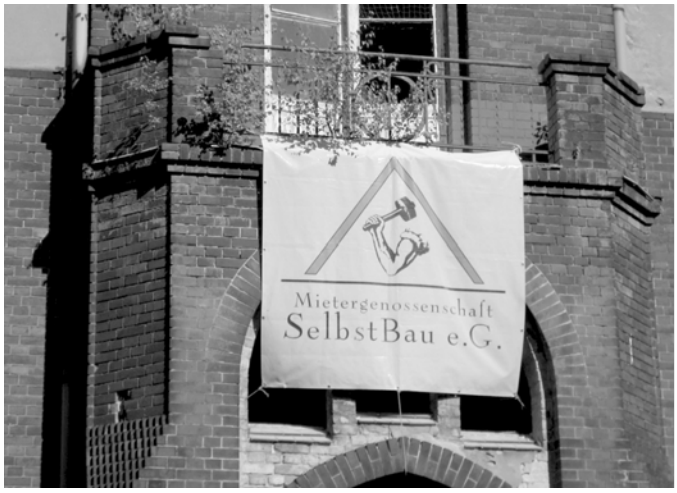


Foto: Selbstbau eG

MULTIPLIKATORENFORTBILDUNG

Zweiter Lehrgang zum genossenschaftlichen Projektentwickler startet

Die innova eG benötigt engagierte Partner vor Ort, die die Entwicklung von neuen Genossenschaftsprojekten vor Ort betreuen wollen und können. Zu diesem Zweck stellt sie ihr Wissen in einer Qualifizierung für so genannte Intermediäre zur Verfügung. BeraterInnen und ProjektentwicklerInnen, die bereits Erfahrungen mit sozialarbeiterischen Projekten und Unternehmensgründungen gesammelt haben, sind dabei besonders angesprochen. Der nunmehr zweite Lehrgang zur/zum genossenschaftlichen ProjektentwicklerIn startet vom 06.-09. März 2007 in Magdeburg.

Sonja Menzel, H.-G. Nottenbohm, Red. Genossenschaften ● Projektentwicklungen, die auf eine modellhafte Genossenschaftsgründung zur Lösung arbeitsmarktlicher oder anderer sozialer Probleme zielen, sind eine komplexe Aufgabe. In diese fließen methodisch neben der Weiterbildung von Akteuren auch Analysen der Rahmenbedingungen, Marktuntersuchungen, Beratung von beteiligten Unternehmen, Coaching von Gruppen, Moderation von Prozessen, Unternehmensfinanzierung, Organisations- und Personalentwicklung zusammen. Nur eine einzige unzureichend bearbeitete Teilaufgabe kann bereits den ganzen Projektentwicklungsprozess scheitern lassen. Er sollte deshalb kompetent begleitet werden können.

Phasenmodell als Grundlage

Die neue Weiterbildung, eine Multiplikatorenfortbildung konzentriert sich auf den Bereich Qualifizierung von BeraterInnen bzw. ProjektentwicklerInnen zur Betreuung teamorientierter Unternehmensgründungen von Menschen, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Der Schwerpunkt der Qualifizierung liegt im Bereich der Gründung von Sozial- und Selbsthilfegenossenschaften. Stadtteilgenossenschaftsgründungen, Entwicklungen von Wohnungsbaugenossenschafen sowie fast alle anderen Formen genossenschaftlicher Zusammenschlüsse können mit der Ausbildung ebenfalls qualifiziert betreut werden. Auch wenn der Rechtsform der Genossenschaft ein wichtiger Stellenwert zugedacht wird, sind genossenschaftliche Strukturen in anderen Rechtsformen Teil dieser Qualifizierung und damit generell Gruppengründungen.

Grundlage für den Aufbau der Qualifizierung ist das von der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft innova entwickelte Phasenmodell der genossenschaftlichen Unternehmensgründung, untergliedert in Orientierungsphase, Planungsphase (auch Konzeptphase), Gründungsphase und Stabilisierungsphase. Inhaltlich stehen die Module Geschäftsideenausarbeitung, Finanzierung, Wirtschaftsplan, Gruppenentwicklung, Marketing, sowie Rechtsformengestaltung im Vordergrund.

Hochgesteckte Erwartungen

Über eine gezielte Qualifizierung von BeraterInnen und ProjektentwicklerInnen (train the trainer) in Richtung Gruppenunternehmensgründung mit Schwerpunkt Genossenschaftsgründung lässt sich erreichen, dass

● Genossenschafts-Know-how bei denen zur Verfügung steht, die aufgrund ihrer Profession regelmäßig mit GründerInnen zu tun haben. Sie können so eine sehr wichtige Ergänzungsfunktion zu den genossenschaftlichen Verbänden einnehmen, indem am Arbeitsmarkt Benachteiligten bundesweit ein Netz von Know-how-Trägern für ihre speziellen Probleme zur Verfügung steht.

● wichtige VermittlerInnen eine Wissensbereicherung in Richtung Genossenschaften erfahren und gleichzeitig selbst auch von diesem Lösungsansatz überzeugt sind. Sie können die Funktion der früher vorhandenen Genossenschaftspioniere bzw. -promotoren einnehmen, so dass sie selbst in der Lage sind, Überzeugungsarbeit für genossenschaftliche Problemlösungen zu leisten.

● der genossenschaftlichen Selbsthilfe nach entsprechender Qualifizierung mehr Ansprechpartner als bisher zur Verfügung stehen. Dies wird durch die Ausbildung von BeraterInnen und ProjektentwicklerInnen dort der Fall sein, wo Selbsthilfe verankert werden sollte, beispielsweise in prekären Stadtteilen und benachteiligten Wohnvierteln. Eine stärkere Aktivierung von Potenzialen vor Ort wird so wahrscheinlich.

Parallele Projektentwicklung

Maximal 20 ProjektentwicklerInnen sollen in diesem zweiten Lehrgang geschult werden. Im Rahmen der Entwicklungspartnerschaften NASE und NAVEX können jeweils 10 TeilnehmerInnen durch EQUAL gefördert werden. Mit Hilfe des skizzierten Weiterbildungsangebots sollen erneut konkrete Genossenschaftsgründungen angestoßen werden. Ziel ist, dass während der Qualifizierung jede/r TeilnehmerIn mindestens ein genossenschaftliches Gründungsprojekt vor Ort begleitet. innova stellt durch Support das erforderliche Wissen zur Verfügung, damit dies kompetent erfolgt.●

Organisatorisches zur Multiplikatorenfortbildung

Aufbau der Weiterbildung
Die Weiterbildung umfasst sechs viertägige Präsenzzeiten im Jahr, in denen die inhaltlichen Bausteine entsprechend der Phasen genossenschaftlicher Projektentwicklung vermittelt werden. Sie ist eng verknüpft mit einem laufenden begleitenden Support für die Betreuung der parallel verlaufenden Projektentwicklung jedes/r Teilnehmenden in Form der Vorbereitung und Gründung einer Selbsthilfegenossenschaft.

Veranstaltungsort
Die Präsenzphasen finden viermal in Bildungshaus Ottersleben in Magdeburg und zweimal im Tagungshaus Einschlingen in Bielefeld statt.

Information und Anmeldung
innova eG, Projektbüro Dortmund, Huckarder Str. 10-12, D-44147 Dortmund, Tel.: 0231-162041, Fax: 0231-162798, Email: hans-gerd.nottenbohm@innova-eg.de oder Geschäftsstelle Leipzig, Konstantinstrasse 12, D-04315 Leipzig, Tel.: 0341-6810985, Fax: 0341-6811786, Email: sonja.menzel@innova-eg.de. Anmeldungen werden laufend entgegen genommen. Weitere Informationen siehe auch unter QuaGeno bei www.innova-eg.de

Förderung und Kosten
Die Kosten der Qualifizierung für die TeilnehmerInnen werden im Rahmen der EQUAL-Entwicklungspartnerschaften NAVEX und NASE ein letztes Mal bezuschusst. Deshalb kann die Teilnahmegebühr auf Antrag reduziert oder ganz erlassen werden. Voraussetzung ist, dass die bzw. der TeilnehmerIn keine anderen Förderungen durch ESF-Mittel erhält und überwiegend in sozialen Bereich tätig ist, so dass die Ergebnisse am Arbeitsmarkt Benachteiligten zugute kommen. Die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Fahrtkosten werden mit 300 Euro pro Ausbildungsmodul berechnet, belaufen sich also für sechs Einheiten auf 1.800 Euro.

Verratene Liebe – Falsche Götter

Wieso unterwerfen sich Menschen autoritären, gnadenlosen FührerInnen und ziehen für diese in den Krieg? Arno Grün versucht dieser Frage mittels der Psychoanalyse auf den Grund zu gehen. Eindringlich schildert er die Rolle der ersten Kindheitserfahrungen für die Herausbildung eines autoritätsorientierten Charakters. Zentrales Moment dabei ist für ihn die Erfahrung, nicht geliebt zu werden bzw. eine »falsche« Liebe als Belohung für konformes Verhalten. Weil der Mangel an Liebe nicht eingestanden werden kann, würde er doch am idealisierten Bild der Eltern rütteln, entstehen folgenreiche Verkehrungen. Diese würden, so der Psychoanalytiker, das Fundament für die Bereitschaft schaffen, sich autoritären Regimes und ihren Führungsfiguren zu zuwenden.

Grün schließt damit an die radikale Erziehungskritik von Alice Miller an und ergründet die oft ausgeblendete psychologische Dimension, auf die Herrschaftsstrukturen aufbauen. Dabei macht er auch deutlich, dass viele ernsthafte oder vorgebliche Befreiungsversuche zum Scheitern verurteilt waren, weil sie an diesen Logiken nicht rütteln wollten. Immer wieder würden Herrschaftsstrukturen neu entstehen, weil Revolten und auch Revolutionen die autoritären, tief verinnerlichten Grundmuster beibehalten hätten. So wären beispielsweise im sogenannten Sozialismus ähnlich korrupte und machtbesessene Personen »angehimmelt« und als Führung aktiv anerkannt worden. Dieser Aspekt sollte auch als Aufruf zu einer selbstkritischen Reflexion in sich »herrschaftsfrei« definierenden Bewegungen oder Gruppen verstanden werden. Nach Grün kann Befreiung kein oberflächlicher oder kurzfristig angelegter Prozess sein; das Projekt umfassender Emanzipation dürfte also ganz schön anstrengend werden.

Leider passen einige der praktischen Vorschläge, die der Autor entwickelt, so gar nicht zu dem, was er sehr feinfühlig auf den Seiten zuvor heraus arbeitet: So fordert Grün zum Beispiel ein hartes staatliches Durchgreifen gegen Hass und Gewalt und blendet dabei aus, dass damit die Strukturen gestärkt werden, welche Rassismus und gewaltförmiges Verhalten ganz wesentlich mit produzieren. Dennoch bleibt als Fazit, dass es sich um ein sehr spannendes Werk für herrschaftskritische Debatten handelt.●

Espi

Arno Grün: Verratene Liebe – Falsche Götter. 2006, dtv in München, 222 S., 9,50 EUR

Fördertopfbroschüre 2007 erschienen!

Die Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen sind ein praxisorientiertes Nachschlagewerk für alle Gruppen und Initiativen, die nach neuen Finanzierungswegen zur Verwirklichung ihrer Projektideen suchen. Die Broschüre portraitiert mehr als 150 Stiftungen und Förderquellen und bietet umfangreiche Tipps zu Fördermöglichkeiten in den Bereichen Bildung, Jugend, Arbeit, Soziales, Migration, Entwicklungspolitik, Antifaschismus, Integration, Wohnen, Kultur, Frauen, Globalisierungskritik und Umwelt. Darüber hinaus werden Beratungseinrichtungen und Informationen zur Existenzgründungs- und Betriebsberatung für Vereine und kleine Betriebe vorgestellt. Die Tipps und Hinweise machen die Broschüre zu einem kompetenten Wegweiser durch den Förderdschungel.●

diego

Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen Herausgegeben von Netzwerk Selbsthilfe e.V.. 9. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage 2007, 168 Seiten, 15 EUR plus 1 EUR Porto + Verpackung. Zu bestellen per Rechnung unter:
www.netzwerk-selbsthilfe.de/online/bestellen

Stadtpolitische Bewegungen in Zürich

Zürich ist eine der *global cities*, aber auch schon seit Anfang der 1970er Jahre durchgängig ein Ort von Konflikten um Wohnraum gewesen. Der öffentlich sichtbarste Höhepunkt war die sog. Zürcher Jugendbewegung und der Konflikt um ein Autonomes Jugendzentrum 1980 und 1981. Thomas Stahel hat seine 2004 eingereichte Dissertation nun zu einem Buch umgearbeitet, das sich ausdrücklich nicht an ein akademisches Publikum, sondern an alle StadtbewohnerInnen richtet, speziell an solche, die an einer Geschichtsschreibung des (anti-) urbanen Aktivismus interessiert sind. Im Zentrum, so der Autor, stehe »die Analyse der Lebensformen, Hintergründe und Strategien der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen«.

Zu Beginn seines Buches stellt Stahel die Leitbilder des Wohnens und der Stadtentwicklung vor um dann nach einem kurzen Exkurs in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Schweiz die Schweizer bzw. speziell die Züricher Stadt(entwicklungs-)politik zu charakterisieren: getreu dem Prinzip der funktionalen Trennung und der gleichzeitig wachsenden Bedeutung der Kleinstfamilie wanderten immer mehr Familien ins Umland ab. Die Straßen werden statt zu Verbindungen zwischen den Städten zu Einfallstoren für die PendlerInnen aus den Agglomerationen. Zürich als boomender Finanzplatz und die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors führen dazu, dass die City sich in die angrenzenden Quartiere hinein ausdehnt und die alteingesessenen BewohnerInnen verdrängt. Interessanterweise gibt es bis Ende der 1960er Jahre auf gesamtschweizerischer Ebene de facto keine (gemeinsame) Raumordnungspolitik, obwohl sich von 1952 bis 1972 die überbaute Fläche verdoppelt und die Zahl der Autos um 700 Prozent zunimmt.

Der zweite Teil widmet sich den alternativen Wohnformen, also Wohngemeinschaften, Hausbesetzungen, den realisierten und geplanten Großwohnprojekten und den mit ihnen verbundenen Vorstellungen von Autonomie, Freiräumen, Geschlechtergerechtigkeit und Kollektivität. Im dritten und umfangreichsten Teil der Arbeit diskutiert und analysiert Stahel die Strategien der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen zum Erhalt von (günstigem) Wohnraum und seiner emanzipatorischen Nutzung und zur Bekämpfung der seit den 1950er Jahren chronischen Wohnungsknappheit in Zürich. Neben den für nichtschweizer LeserInnen ungewohnten Möglichkeiten der Direkten Demokratie sind dies wie anderswo auch Mieterkampf und Stadtteilarbeit, Hausbesetzungen, Hauskauf und -bau und nicht zuletzt Demonstrationen und militante Anschläge. Je vielfältiger das benutzte Repertoire der AktivistInnen und die damit verbundenen politischen Bündnisse waren, umso größer wurden die Erfolgschancen.

In seiner Bewertung schließt sich Stahel der Sichtweise an, die eine abnehmende Bedeutung von Politik und eine steigende Bedeutung von Kultur und von »Freiraum-Ideologien« für das Selbstverständnis oppositionellen Handelns annimmt. Diese Lesart ist weit verbreitet, und klingt in diesem Fall so: Kämpften die Bewegungen der 1968er und der 1970er noch um die ganze Gesellschaft, reduzieren sie sich in den 1980ern schon auf die Stadt, um dann in die kulturellen Insellösungen und die Bekämpfung von individueller Not und die Umsetzungen individueller Wohnansprüche überzugehen. Sicher verbleiben die wohnpolitischen Kämpfe mit ihrer Orientierung an Freiräumen letztlich defensiv und klagt die militante »Bewegig« der beginnenden 80er Jahre im Rückblick betrachtet, vorrangig weniger die Revolution als vielmehr die mangelnde Vielfalt urbaner Lebensformen ein. Aber gleichzeitig hat die Anzahl und die Dauer von Hausbesetzungen in Zürich stetig zu – und nicht etwa abgenommen. Seit 1989 gibt es durchgehend ein besetztes Haus in Zürich.

Es ist auch schon für andere Städte dokumentiert, dass die alternative und kulturelle Linke die Aufwertung bestimmter Stadtquartiere zumindest verbal bekämpft, sie aber allein durch ihre längere Anwesenheit schon macht und mitverursacht. So tragen die stadtpolitischen Bewegungen zu der postfordistischen Reurbanisierung bei, die heute so gerne im Standortwettbewerb als Vorteil kommuniziert wird und nicht zuletzt zur Verdrängung ärmerer Schichten führt. Stahel nennt diese zentrale Widersprüchlichkeit der stadtpolitischen Bewegungen zwar, untersucht sie aber nicht weitergehend, was an der ursprünglich akademischen Form der Arbeit, oder auch an politischen Schwierigkeiten liegen mag. Wenn man in diese Richtung weiterdenken würde, könnte auch geklärt werden, inwiefern es einen Zusammenhang zwischen den oben beschriebenen Veränderungen des stadtpolitischen Handelns »hin zur Kultur« und dem Phänomen gibt, dass die in Zürich relativ linke Sozialdemokratische Partei, die noch 1981 »Quartiersarbeit als zentrales Element politischen Engagements« angesehen hatte, seit 1993 keine wohn- und mieterpolitischen Initiativen mehr unternimmt. Auf der positiven Seite verbucht Stahel die erreichten Wohn- und Hausprojekte und die vielfältigen, kleinteiligen und individuellen Erfahrungen, die Menschen während ihres politischen Engagements oder »alternativen Wohnens« gesammelt haben und die sie geprägt haben.

Die politischen Schwächen des Buches wiegen angesichts der Detailfülle, der thematischen Breite und der sehr sorgfältigen und ansprechenden Gestaltung des Buches – das ja sowohl ein Bilderbuch wie auch durch seine vielen Anhänge ein Nachschlagewerk ist – gering. Beiträge von solcher Qualität zur Geschichte anderer neuer sozialer Bewegungen in anderen Städten oder Regionen wären wünschenswert, werden aber weiterhin Einzelstücke bleiben.●

Bernd Hüttner

Thomas Stahel: Wo-Wo-Wonige! Stadt- und wohnpolitische Bewegungen in Zürich nach 1968; Paranoia City Verlag, Zürich 2006, 456 Seiten, 265 Bilder, vierfarbig, www.wonige.ch

Gratulation: 20 Ausgaben grundrisse

Es ist gar nicht so selbstverständlich, dass sich Neugründungen im kleiner werdenden Markt von linken und linksradikalen Zeitschriften durchsetzen. Es darf also gratuliert werden, denn die Anfang 2002 gegründete und in Wien produzierte Zeitschrift »*grundrisse*« hat zum Jahreswechsel ihre zwanzigste Ausgabe präsentiert.

In dieser Zeit hat sich die Redaktion wie die Zeitschrift gewandelt: Von einer rein männlich zusammengesetzten Theorieproduktionsrunde hin zu einem geschlechtermäßig gemischten, jüngeren und politischeren Zusammenhang. Die dreizehn Redaktionsmitglieder sind in verschiedensten politischen Zusammenhängen aktiv (Euromayday, Arbeitslosenselbstorganisation, Antirassismus, feministische Zusammenhänge, Runder Tisch Grundeinkommen, www.chefduzen.at, etc.); diese Erfahrungen und auch die quantitative Vergrößerung stimmen die Redaktion für die Zukunft grundsätzlich optimistisch. Die Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus und der staatskritische Zugang zu Fragen von politischer Organisation und Aktion sind ebenso geteilte Eckpunkte wie die Uneinheitlichkeit der methodischen und thematischen Zugänge. Die *grundrisse* sind keine Strömungszeitschrift und das ist gut so. Neuere Wege gehen die *grundrisse* auch in der verstärkten Arbeit an der Bildpolitik und in der Bestrebung, über den deutschsprachigen Raum hinaus internationale theoretische Diskussionen, aber auch politische Bewegungen zu reflektieren und einzubeziehen.

Dies alles ist auch in der Jubiläumsnummer sichtbar, die den Schwerpunkt Lateinamerika hat. Den Auftakt macht ein Gespräch zwischen dem »Colectivo Situaciones« aus Buenos Aires und dem postoperaistischen Aktivisten und Autor Paolo Virno aus Italien. Das Colectivo Situaciones versteht sich als Kollektiv militanter ForscherInnen, bekannt vor allem für seine Analysen der argentinischen Aufstände vom Dezember 2001. Neben der Philosophie von Alain Badiou arbeitet das Colectivo mit Theorien von John Holloway und Antonio Negri. Das vorliegende Gespräch ermöglicht einen Blick über die in der »Grammatik der Multitude« behandelten Themen hinaus auf andere, noch nicht ins Deutsche übersetzte Teile von Virnos Denken.

Der Text »Modifizierte Stärke« von Jens Kastner gibt einen Überblick über die sozialen Bewegungen in Lateinamerika in jüngster Vergangenheit. Komplettiert wird der Überblick durch den manifestartigen und selbstreflexiven Text der Gruppe: »Öffentlichkeiten der Mujeres Creando«, in dem die Autorinnen über Praxis, Selbstverständnis und Organisationsformen einer feministischen Gruppe schreiben. Die »traurige Ratlosigkeit« mancher linker KritikerInnen des garantierten Grundeinkommens bemerkt *grundrisse*-Redakteur Karl Reitter. Traurig, weil die Vergesellschaftung über die Lohnarbeit einen bestimmten Horizont von sich als links verstehenden Menschen nicht verlässt, ratlos, weil die alternativen Vorschläge möglicher systemüberwindender Politiken so altbekannt wie unwirksam daherkommen.

Altbekannt ist auch die Debatte um »sexuelle Befreiung«, diskutiert wurde sie hingegen in den letzten Jahren kaum. Erst die Auseinandersetzungen um und mit dem Begriff »queer« scheinen daran etwas zu ändern. Paul Pop zeichnet in seinem Artikel die Theorien der sexuellen Befreiung von der Russischen Revolution bis in etwa 1968 nach, die Fortsetzung zu den Debatten seitdem folgt in der Nummer 21. *grundrisse* hat eine umfangreiche website, auf der alle Texte zugänglich sind.●

Bernd Hüttner

grundrisse Nr. 20, 68 Seiten, 4,80 EUR,
www.grundrisse.net

B. Traven und Mexiko

Mexiko rückte wieder in den Fokus linker Öffentlichkeit, als am 1.1.1994, dem Tag als das Freihandelsabkommen NAFTA in Kraft trat, bewaffnete Aufständische mehrere Bezirkshauptstädte unter ihre Kontrolle brachten und der Regierung den Krieg erklärten. Aus der elf Jahre zuvor gegründeten marxistisch-orientierten EZLN, die mit ihrem charismatischen Sprecher, dem Subcommandante Marcos, diesen Coup gegen die mexikanische Regierung führte, entwickelte sich ein neuer Typ von Guerillakampf, der selbst AnarchistInnen in der ersten Welt zu Begeisterungsstürmen hinriss (und oft in unkritischer Weise bis heute auch bewaffnete »Helden« wie Che Guevara zum Vorbild werden lässt).Aber mit Zapata und den heute durch Jung-Autonome »wiederentdeckten« Ricardo Flores Magón besitzt Mexiko eine hinreichende und bewegte Revolutionsgeschichte. Und die Literatur dazu häuft sich langsam in den Bücherregalen.

Ein etwas anderes Buch richtet sich vornehmlich an jene, die sich bisher noch nicht so intensiv mit der mexikanischen Geschichte und einem seiner bedeutendsten Schriftstellern B. Traven, beschäftigt haben. Traven, einer der wohl schillerndsten Figuren der Literaturgeschichte, der als Ret Marut an der Bayerischen Räterepublik 1919 beteiligt war, und später in seinem mexikanischen Exil durch Abenteuerromane, die seit Mitte der 1920er Jahre auch in Deutschland erschienen sind, zum National-Schriftsteller Mexikos avancierte.Der Autor Rolf Raasch, selbst begeisterter Mexiko-Reisender, versucht in seinem Buch eine politisch-literarische Reise zu dokumentieren, die jenseits der Badestrände und Tequila- und Corona-Saufgelage liegen.

Die Geschichte Mexikos spiegelt sich in den Romane B. Travens wieder, und vermittelten nicht nur im deutschsprachigen Raum ein realistisches Bild von unterdrückten UreinwohnerInnen und habgierigen Weißen, die bereit waren, rücksichtslos das Land zu plündern.

Neben einer kurzen und verständlichen Geschichte Mexikos bekommen wir eine Übersicht über Traven und sein Werk. Sicherlich, die SpezialistInnen werden hier nichts neues entdecken können. Es gibt keine Enthüllungen, keine neuen Erkenntnisse über Traven, und jene die nun auf Traven neugierig geworden sind, denen ist neben dem Traven-Werk selber die Standart-Biographie von Karl S. Guthke mit 840 Seiten von 1987 zu empfehlen. Seither gibt es nichts neues in der Traven-Forschung.

Es war aber auch nicht das Ziel von Rolf Raasch, wie er bereits im Prolog ausführt ein Fachpublikum zu überraschen, sondern es war ihm eine Herzensangelegenheit Land und Menschen, sowie die Literatur Travens einem interessierten Publikum näher zu bringen. Und dies ist ihm gelungen. Ohne politischen Zeigefinger, ohne akademisch-verquaste Literaturkritik wird uns der politische Kampf, die sozialen Probleme im »Land des Frühlings« näher gebracht. Es macht Lust darauf (wieder) einen Traven-Roman zu lesen. Also für alle, die zukünftig mal nach Mexiko reisen möchten, sei das Buch empfohlen. Und jene, die schon mal dort waren, werden hier bestimmt auch noch das Eine oder Andere zu entdecken haben.

Ferner könnte ich mir vorstellen, dass diese Art von politisch-literarischen Reisebuch durchaus ein Vorbild sein könnte für ein engagiertes Publikum mit weiteren Zielen. Mal sehen, welcher Verlag hier demnächst diesem Projekt nacheifern wird.

Für mich, als jemand, der sich weder in der Geschichte Mexikos, noch besonders im Werk B. Travens auskennt (außer einigen Taschenbüchern, die ich wohl vor ca. 20-30 Jahren mal gelesen habe), war das Buch sehr aufschlussreich. Somit ist diesem kleinen Verlag und dem Buch ein Erfolg gegönnt.●

Jochen Knoblauch

Rolf Raasch: B. Traven und Mexiko – Ein Anarchist im Land des Frühlings: Eine politisch-literarische Reise. Oppo-Verlag Berlin 2006 / Abb. / 164 S. / 20 EUR

»Ferien bei den Hottentotten«

Spießige Eltern im Westberlin der 70er Jahre: Da helfen nur noch Ferien in der Landkommune! Monika verbringt ihre Teeniezeit zwischen Schrankwand und Aussteiger-WG, zwischen Erdnussflips und Körnerbrot, zwischen wertkonservativen Eltern und freier Liebe. Denn ihr großer Bruder ist nach Westdeutschland gezogen, zu den »Hottentotten« wie ihr Vater sagt. Durch die Sommerferien, die Monika dort verbringen darf, ändert sich ihr Leben schlagartig...

»Ferien bei den Hottentotten« ist ein teilbiografischer Roman von Manuela Golz, in dem die Ich-Erzählerin Monika von den typischen Problemen des Erwachsenwerdens erzählt und die Land-WG ihres großen Bruders als Kristallisationspunkt für ihre Jugendrebellion gegen ihre wertkonservativen Eltern und die oberflächlichen Mitschüler entdeckt. Nach dem Rückschlag des ersten Liebeskummers, scheint sich auch noch alles zum Guten zu wenden, als sie auf einer Demo in Berlin dem größten Mädchenschwarm ihrer Schule nahe kommt. Als sie jedoch erfährt, dass Frank schwul ist, bricht ihre Welt zusammen, Schluss mit Rebellion, denn was sie wirklich sucht, das ist die große Liebe...

Na ja, der Schluss ist zugegebenermaßen etwas arg einfach gestrickt. Trotzdem ist das Buch nicht nur für Jugendliche nett zu lesen und gibt ein durchaus treffendes Abbild der 70er Jahre aus Sicht eines Teenagers wieder.●

Uwe Ciesla

Manuela Golz: Ferien bei den Hottentotten, Ullstein Tb, broschiert, 9 EUR, ISBN: 3-548-26416-6

»Ich höre Stimmen«

Der Antipsychiatrieverlag hat ein neues Buch veröffentlicht. Das Werk heißt »Meine Stimmen – Quälgeister und Schutzengel«. Es dokumentiert das Leben der 2005 verstorbenen Hannelore Klafki. Die Philosophie des Verlages ist es, Psychiatriebetroffene – »die Wert auf Selbstbestimmung legen« – zu fördern. Klafki engagierte sich außerordentlich für die psychiatriekritische Arbeit. Leidenschaftlich hielt sie Vorträge und begeisterte dabei mit ihrem trockenem Humor. Außerdem zählt sie zu den Gründungsmitgliedern des Netzwerks Stimmenhören e. V.

Das Buch erklärt ihr Wirken, mittels biographischer Erinnerungen, durch Auszüge von Vorträgen sowie mit Fotos ihrer Plastiken. Der Erstverkauftag war der 14. September. Das ist der »Welttag Stimmenhören«. Peter Lehmann ist der Gründer des Antipsychiatrieverlages und kannte Klafki persönlich gut. Er schreibt über sie: »Es gibt wenige Psychiatriebetroffene, die wie Hannelore derart umfassend, beharrlich, im Ton moderat und in der Sache klar tätig sind. Mit ihr haben viele einen wunderbaren Menschen verloren. Dieses Buch soll die Erinnerung an sie wach halten.«●

Julian Thiel

Hannelore Klafki: »Meine Stimmen – Quälgeister und Schutzengel«, kartoniert, 192 S., ISBN 3-925931-42-2, 13,90 EUR;
Direkt vom Verlag bestellen, Tel.: (0 30) 85 96 37 06
www.antipsychiatrieverlag.de

Eigentum ist nicht tabu

Ihr Vorhaben ist nicht kleinlaut: Umfassende Alternativen zur neoliberalen Globalisierung will Vandana Shiva den LeserInnen ihres neuen Buches vorschlagen. Unter dem programmatischen Titel »Erd-Demokratie« fasst sie ihre langjährigen Forschungsarbeiten zu ökologischen, gesellschaftlichen und politischen Themen zu einer Leitidee zusammen. Es geht ihr nicht um eine Demokratisierung weltweiter Organisationen, sondern um eine lokal und regional verankerte Demokratie, in der die Menschen über ihre ureigensten Bedürfnissen, nämlich die natürlichen Grundlagen des Lebens, selbst entscheiden können. Statt Wasser, Saatgut und Menschen als ausbeutbares Rohmaterial zu betrachten, wie es die Wirtschaftsglobalisierer immer rigider praktizieren, plädiert Shiva für reale Teilhabe aller Menschen an den Schätzen der Natur. Statt Privateigentum für den Profit einiger weniger fordert die alternative Nobelpreisträgerin eine Wiederbelebung jahrhundertealter Regelungen des Gemeinbesitzes. Stichwort ist die Allmende, unter der sie nicht nur den nutzbaren Boden sondern auch die Wasserquellen, reichhaltiges Saatgut und auch die traditionellen Kulturen des Zusammenlebens versteht. Sie zitiert Gandhi, der sagte, dass »Freiheit nur erlangt werden kann, wenn wir die Zusammenarbeit mit ungerechten und unmoralischen Gesetzen verweigern.«

Die Stärke dieses Buches ist die glaubwürdige Verknüpfung von ausformulierten, weltumspannenden Leitideen mit verschiedenen praktischen Erfahrungen aus Widerstandsgruppen, vor allem zum Thema Wasser in Indien. Sehr anregende und leicht lesbare Lektüre!●

Peter Streiff

Shiva, Vandana: Erd-Demokratie – Alternativen zur neoliberalen Globalisierung. Rotpunkt-Verlag, Zürich 2006, 260 S., 19,80 EUR

PROJEKTE

Die **Finkenburg**, ein **selbstverwaltetes Wohnprojekt** im Landkreis Verden (z.Zt. 3W, 3M, 1K) hat Platz für neue MitbewohnerInnen. Unser Hof liegt in Alleinlage mitten im Grünen in der Wesermarsch, 20 km nach Bremen, Fahrradentfernung (5 km) zum Bahnhof Achim (3 Züge/Std. nach Bremen, 1 Zug/Std. nach Hannover). Miete: 190,- Euro warm, gemeinsame Haushaltskasse, wöchentliches Plenum, Schafe, Ponies + Katzen, Biokiste, taz- & Contraste-Abo, Telefon- und Internet-Flat u.v.m. Alles Weitere erfahrt Ihr am Telefon:
☎ (0 42 04) 14 97 oder 689 80 03.

6er wg (24-28 jahre) in zukünftigem linken wohnprojekt (einzug okt.2007) in hamburg an der elbe sucht mitbewohner_in, undogmatisch dogmatisch, vegane küche, 16qm.
☎ (0 40) 85 40 99 12
E-Mail: wohnprojekt@vegmail.de

Aufgrund meiner Existenzgründung als privater Jobvermittler in Berlin, bin ich zur Zeit auf der Suche nach Personen, die mich ggf. dabei unterstützen wollen, ein Sozialprojekt innerhalb Deutschlands zu realisieren. Ich fände es daher sehr wünschenswert, wenn sich neben interessierten Einzelpersonen auch Gruppen von anderen Einzelprojekten bei mir melden würden, um darüber nachzudenken, evt. deren Ideen mit meiner Zukunftsversion zu verbinden.
Mein Bestreben ist es, hauptsächlich langzeitarbeitslose Personen über mein Pilotprojekt »Kibbutz – Das Dorf« wieder in einer beruflichen Existenz zu unterstützen. Hierbei sind weitere Angebote geplant, die u.a. die Finanzierung des Projekts sichern sollen.
Machen Sie sich doch ein eigenes Bild über mein Projekt unter www.kibbutz-neuezukunft.de und melden sich dann möglichst bald. Ich würde mich über jede Unterstützung sehr freuen!

AG SPAK Bücher

NEU NEU NEU NEU

Das Bildnis eines behinderten Mannes
Ausstellungskatalog und Wörterbuch
ISBN 978-3-930830-81-7, 98 S., 9,80 €

&

AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

solidarität macht stark

ROTE HILFE E.V.
www.rote-hilfe.de

ESPERO
Forum für eine libertäre Gesellschaft
John Henry Mackay
Der Freiheitsucher
132 Seiten, DIN A 4 , 25,-- €uro
Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 5,-- €uro
Uwe Timm
Was ist eigentlich Faschismus?
61 Seiten, 5,-- €uro
www.utespero.de
www.alibro.de
Oder jede gute Buchhandlung

DER RABE RALF
Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin
Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen
Kostenlos an vielen Auslagenorten wie Bibliotheken, Naturwaren- und Umweltläden oder für halbjährlich 10 € per Unterstützungsabo ins Haus.
Kostenlose Probenummer bei: DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ 030/443391-47

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko
CAFÉ LIBERTAD KOOPERATIVE GBR
22765 Hamburg * Tel. 040 - 2090 68 93
www.cafe-libertad.de / cafe-libertad@gmx.de

lesen und lesen lassen
Zwischen Informationsflut und Infotainment:
Knappe Infos – kritische Analysen – best-practice-Beispiele.
Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen in unserer Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik". Wenn Sie uns noch nicht kennen: Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft. Oder schauen Sie im Internet in's Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:
▶ www.akp-redaktion.de
Alternative Kommunalpolitik · Luisenstraße 40 · 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17 · Fax 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de · internet: www.akp-redaktion.de
AKP

Seit 35 Jahren graswurzel revolution
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
„... langlebigste und einflussreichste anarchistische Zeitschrift ... Hauptorgan basisdemokratischer Akteure." (Wikipedia)
Jahresabo: 30 Euro (10 Ausg.)
Schnupperabo*: 5 Euro (3 Ausg.)
* ... verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net
GWR Nr. 315, Januar 2007, Inhalt: 30 Jahre Autonome Frauenhäuser; Wie die Bürener Abschiebehaft die Justizministerin retten soll; Die neue „Anti-Terror-Datei"; Wasserstoff für nukleare Träume; Rätesozialismus in Venezuela?; Emma Goldman. Anarchistin und Pädagogin; Alfred Schobert. Nachrufe, u.v.m.

SONDERANGEBOT:
3 Hefte 5 Euro
1999 kündigte die rot-grüne Bundesregierung ein Zuwanderungsgesetz an, das endlich die Realität des Einwanderungslandes anerkennen sollte. Doch es kam anders:
Terroranschläge von New York 2001 und die (teils bewusst geschürte) Angst vor dem Islam führten zu einem Abschottungsgesetz, Erschwerung von Einbürgerungen und der Stationierung von Bundeswehr in Afghanistan. Die drei Broschüren erläutern die Hintergründe des Paradigmenwechsels.
Drei Hefte im Sonderangebot (bis 28.02.2007, je 48 Seiten):
Afghanistan – Islam in Deutschland – Zuwanderungsgesetz
einzeln 2 Euro zzgl. Versand, zusammen nur 5 Euro inkl. Versand
Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, Fax: 0431 / 570 98 82
bestellung@gegenwind.info - ONLINE kaufen: www.brd-dritte-welt.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT
Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
Tel. (069) 67 99 84
In akt. Ausgabe (12/06) u.a.:
- Werner Sauerborn: »Perspektive politischer Streik«, Protest zur Verhinderung d. Rente mit 67
- Harald Rein: »Außer Spesen nichts gewesen?«, über den Versuch eines Resümees und den neuen »Frankfurter Appell«
- AG links-netz: »Soziale Infrastruktur im Gesundheitsbereich«, Überlegungen zu einer »Reform«, die ihren Namen verdient
- Ulrich Maaz: »Zauberformel PPP«, über Privatisierung durch Partnerschaft im Bildungsbereich
- »Einheitsware Öffentlichkeit«, Gespräch mit Rainer-Maria Kalitzky und Lothar Birzer über Krise im Blätterwald und den Arbeitskampf bei der FR
- KH: »Company Rules: Companies Rule«, EU- und US-Wirtschaftslobby gegen Reform des chinesischen Arbeitsrechts
- Sarah Bormann: »Think Different – pressure Apple«, über den wenig belastbaren Apple-Verhaltenskodex
Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 16% **Mehrwertsteuer**
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

DEN HAMMER SCHMIEDEN
junge Welt
Prekärer Aufschwung
60x60 Abos für die junge Welt

Ja, ich abonniere die Tageszeitung junge Welt für mindestens ein halbes Jahr
☐ Frau ☐ Herr
Name/Vorname
Telefon
Straße/Nr.
PLZ/Ort
E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)
Das Abo geht nicht an mich, sondern an folgende Adresse
Name/Vorname
Telefon
Straße/Nr.
PLZ/Ort

Ich bestelle das
☐ Normalabo (mtl. 27,90 €),
☐ Solidaritätsabo (mtl. 35,90 €),
☐ Sozialabo (mtl. 20,90 €).
Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.
Ich bezahle das Abo
☐ monatlich (nur mit Bankeinzug),
☐ vierteljährlich (3 % Rabatt),
☐ halbjährlich (4 % Rabatt),
☐ jährlich (5 % Rabatt).
per ☐ Einzugsermächtigung ☐ Rechnungslegung
Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:
Kontoinhaber
Geldinstitut
Bankleitzahl
Kontonummer
Datum/Unterschrift

Als Dankeschön wähle ich eine der folgenden Prämien:
☐ Christoph Twickel Hugo Chávez. Eine Biografie Edition Nautilus, 2006, 352 S
☐ Franz Josef Degenhardt Dämmerung CD, Koch Universal Music
Dazu gibt es als Hammerprämie
Aus der Reihe Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft
Heft 23: Ausstellung zum 125. Geburtstag Erich Mühsams
Am 6. April 2003 wurde anläßlich des 125. Geburtstages des Schriftstellers im Rosdenbrook-Haus Lübeck die erste große Erich-Mühsam-Ausstellung eröffnet. Außerdem in der Broschüre: Beiträge zur Verleihung des Erich-Mühsam-Preises an die junge Welt.
Mühsam-Gesellschaft, 163 Seiten
Die Prämie geht an
☐ mich ☐ den Abonnenten
☐ Ich verzichte auf eine Prämie
Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 33, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 0 30/53 63 55 44.

kämpfen und lesen
[die andere gewerkschaftszeitung]
DA DIREKTE AKTION
Probeheft gratis
c/o FAU Leipzig | Kolonnadenstr. 19 | 04109 Leipzig | da-abo@fau.org

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: www.akweb.de

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de**; **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, **E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, **E-Mail:** contraste@t-online.de; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13, **E-Mail:** nrschindler@aol.com; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de und **27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail:** finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35447 Reiskirchen-Saasen, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Verkehr**, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, **E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten**, Maurice Schuhmann, **E-Mail:** soziale_revolution@yahoo.de.
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

LOS GEHT'S 2007

Wer an Gemeinschaft, Kommune und kollektivem Leben interessiert ist, möge sich schon mal diese frühe Ankündigung in den Kalender 2007 eintragen.

Wir laden herzlich ein zum Los geht's 2007! Gründungsgruppen und einzelne Interessierte können sich Pfingsten vom **25. bis 28. Mai** ausgiebig zusammenfinden, um Gleichgesinnte kennen zu lernen und um Projekte zu gründen oder aber auch schon mit bestehenden Gemeinschaften in Kontakt zu kommen.
Austragungsort der Los Geht's-Festspiele 2007 ist die Kommune Waltershausen in der Nähe von Gotha.
VeranstalterInnen:
Kommune Niederkaufungen, Villa Locomuna, Kommune Waltershausen

KOMMUNE-INFO-TOUR

Der Utopie dicht auf den Fersen?
Auch in diesem Jahr findet die Infotour wieder statt. Dieses Mal geht es vom 24. Februar bis zum 3. März auf Tour durch den süddeutschen Raum (Bayern) und durch Österreich.
Mehr dazu auf Seite 5 dieser Ausgabe.

JAHNISHAUSEN

Auch in diesem Jahr lädt die Lebens(t)raum Gemeinschaft Jahnishausen wieder Menschen ein, die auf Gemeinschaftssuche sind und die Gemeinschaft kennenlernen wollen. Wir bieten Info-Wochenenden an, wo wir ausführlich über unsere Ziele, Planungen, Möglichkeiten zur Mitgliedschaft etc. reden. Im Anschluss daran bieten Kennenlernwochen eine Chance mit uns zu leben und zu arbeiten.
Termine im 1. Halbjahr:
27.04. bis 29.04.07 (Info-WE)
30.04. bis 04.05.07 (Kennenlernwoche)
27.05. bis 28.05.07 (Zukunftswerkstatt »Abenteuer Alter«)
01.06. bis 03.06.07 (Info-WE)
04.06. bis 08.06.07 (Kennenlernwoche)
Information & Anmeldung:
Gut Jahnishausen eG, Jahnatalstr. 4a, D-01594 Jahnishausen
☎(0 35 25) 51 78 51
www.ltgi.de

UMWELTSCHUTZ VON UNTEN

Was heißt emanzipatorischer Umweltschutz?
Wie hängen Herrschaft und Umweltzerstörung zusammen? Wie ökologisch handeln, jenseits von Kapital und Staat? Wie Natur schützen ohne Vorschriften »von oben«? Welche Projekte gibt es schon? Selbstversorgergemeinschaften, partizipative Landnutzung, autonome Energiesysteme. Und was fehlt noch? Wie können wir anders leben?
Basisseminar »Umweltschutz von unten« vom **22.- 25.3.07** Veranstaltungsort ist: Thiembuktu & Blaue Welt Archiv, Thiemstr. 13, D-39104 Magdeburg
Ansprechpartnis: Jugend-Umweltbuero
☎(03 91) 557 07 53
magdeburg@projektwerkstatt.de
www.uws-von-unten.de.vu

BREMEN

Bedingungsloses Grundeinkommen: Soziale Gerechtigkeit oder nur Träumerei von einer besseren Welt?
Podiumsdiskussion mit Axel Troost, Birgit Zenker, Cornelia Barth, Anne Allex und Harald Rein; Moderation: Lydia Murmann
In dieser Podiumsdiskussion sollen verschiedene Fragenstellungen aus der Veranstaltungsreihe zu Grundeinkommen und Perspektiven sozialer Sicherheit »Bedingungsloses Grundeinkommen statt Ausgrenzung und Ausbeutung?« zusammenfinden.
Wir wollen dabei unter anderem nach der Durchsetzbarkeit von Modellen eines Grundeinkommens in den herrschenden Zuständen fragen. Dabei wird sicherlich von staatlichen Widerständen, aber auch Widerständen im Bewusstsein zu reden sein. Wie sollte mit diesen Problemen umgegangen werden? Hinweise zu möglichen Schritten in die »richtige Richtung« und zu möglichen »begleitenden Maßnahmen« sollen bedacht werden. Es gilt die Frage zu beantworten, welche Perspektiven für ein würdevolles Zusammenleben wir anstreben und ob sich Reichtum und Armut auch in Zukunft gegenseitig bedingen müssen. Wir wollen grundsätzlichen Einwänden gegen die Forderung nach einem Grundeinkommen hierbei Platz einräumen, um damit offene Fragen aufzuzeigen. Es geht nicht um die Lösung aller Widersprüche. Es geht darum, mit dem Finden von Lösungen anzufangen.
Termin: Donnerstag, 22.02.2007, 19 Uhr, Konsul-Hackfeld-Haus (Saal, 1. Stock), Birkenstraße 34, 28195 Bremen
VeranstalterInnen: Bremer Treffen Grundeinkommen und soziale Sicherheit, Rosa-Luxemburg-Initiative (Rosa-Luxemburg-Stiftung Bremen), Attac Bremen, Arbeitskreis Erwerbslose der IG Metall, Bremer Sozialplenum.

Der Mensch ist, war er isst
Eine Veranstaltungsreihe vom Verein Sozialökologie – in Kooperation mit der Bremer EVG und der VerbraucherAnStiftung
Das unerwartet große Interesse an Filmen wie »We feed the world« oder an der aus England stammenden Konsumentenkampagne »We are what we do« machen deutlich, dass bei vielen Menschen die egozentrische Werbeparole »Geiz ist geil« nicht mehr widerspruchslos akzeptiert wird und immer mehr Menschen sich Gedanken machen über ethisch-ökologisch orientierte Konsum- und Verhaltensstile. Mit einer vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr geförderten Veranstaltungsreihe zum Thema »Der Mensch ist, war er isst«, will der Verein Sozialökologie – in Kooperation mit der Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft und der Verbraucher-AnStiftung – an dieses gewachsene Interesse anknüpfen, vertiefende Informationen zum Themenkomplex Umweltschutz, Ernährung, Landwirtschaft und globale Gerechtigkeit vermitteln und sozial- und umweltverträgliche Handlungsalternativen auf lokaler Ebene anbieten. »Wenn es uns gelingt, aus Schnäppchenjägern zu verantwortungsvollen Konsumenten zu werden, sind wir einer solidarischen Wirtschaft und Gesellschaft ein großes Stück näher gekommen«, so Peter Bargfrede, Projektleiter vom Verein Sozialökologie.
Eröffnet wird die Veranstaltungsreihe am Donnerstag, d. **8. Februar um 20 Uhr** mit einer Lesung von Franz Kotteder, Redakteur bei der Süddeutschen Zeitung, aus seinem Buch **»Die Billiglüge – die Tricks und Machenschaften der Discounter«**. Dort geht es um die Zusammenhänge zwischen unserem Konsumverhalten (möglichst billig), den Interessen der Lebenmittel-Discounter, den Arbeitsbedingungen dort und der Situation von Landwirten bei uns und in den Entwicklungsländern. »Möglichst billig« heißt eben auch, dass Landwirte kaum noch bzw. nicht mehr kostendekkend arbeiten können, dass die Umwelt belastet wird und das die Verbraucher das Gefühl für den Wert von Lebensmitteln verlieren. Ort der Veranstaltung: Haus der Wissenschaft, Sandstr. 4/5, 28195 Bremen.
Die Belastung von Obst und Gemüse mit krankmachenden Pestiziden ist Thema der dritten Veranstaltung. **»Mehr Gifte als Vitamine?«** lautet der Titel der Veranstaltung am **22. März um 20 Uhr** im Kultursaal der Arbeitnehmerkammer Bremen, Bürgerstr. 1, mit dem Chemieexperten Manfred Krautter von Greenpeace. Die Umweltorganisation fand im Spätsommer in einem Test in Supermarktketten heraus, dass viele Beerenfrüchte sehr stark mit Spritzmitteln belastet sind. In 88 Prozent der Proben fanden die Umweltschützer Pestizid-Rückstände. Rund 30 Prozent der getesteten Beeren und 15 Prozent der Kirschen aus konventionellem Anbau bewertet Greenpeace als »mangelhaft und nicht empfehlenswert«. Ähnliche Ergebnisse ergaben neue Tests mit Obst und Gemüse, die in diesem Jahr bekannt wurden. In dem Vortrag soll geklärt werden, welche gesundheitlichen Gefahren damit verbunden sind und welche Alternativen es gibt? Für die nachhaltige Ernährung der Weltbevölkerung ist die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit von entscheidender Bedeutung. Frau Prof. Juliane Filser von der Universität Bremen hat auf diesem Gebiet geforscht und berichtet am **1. März** über Zusammenhänge von landwirtschaftlicher Produktionsweise, einem gesunden Boden und der Ernährungssicherheit hier und in den armen Ländern des Südens. **»Die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit – Grundlage einer nachhaltigen Ernährung«**, lautet der Titel ihres Vortrags.
Derzeit trinkt jeder Deutsche durchschnittlich 160 Liter Kaffee im Jahr. Wenn dieser Kaffee aus dem ökologischen Anbau und dem fairen Handel kommen würde, wäre dies ein erheblicher Beitrag der Konsumenten zu einer nachhaltigen Landwirtschaft in den Entwicklungsländern und zur globalen Gerechtigkeit. Wie der Konsum solch eines Kaffees gesteigert werden könnte – z. Zt. sind es bei uns nur ca. 1-2% – und wie die **Zusammenhänge zwischen unserem Kaffeekonsum, dem fairen Handel und globaler Gerechtigkeit sind**, wird in einem Vortrag der Diplom Agrar-Ing. – und ehemaligen Mitarbeiterin des Deutschen Entwicklungsdienstes – Ulrike Eckhardt am **18. April um 20 Uhr** erläutert. Ort der Veranstaltung: BUND, Am Dobben 44, 28203 Bremen.
In der letzten Veranstaltung wird im Mai die spannende Frage behandelt, ob es Reichtum auch ohne Wachstum gibt? Die Soziologin Brigitte Holzer vom »Institut Theorie und Praxis der Subsistenz« der Uni Bielefeld blickt hinter die Kulissen einer landwirtschaftlich geprägten Region. Sie beschreibt den Landwirt, der nicht expandieren will, den Hausschlachter, der die besten Würste weit und breit macht und die Großbäuerin, die ihr beschauliches Leben von damals vermisst. Die Veranstaltung mit dem Titel **»Von Reichtum ohne Wachstum – ohne Menschen keine (Land)Wirtschaft«** findet statt am **Donnerstag, d. 24. Mai um 20 Uhr** in der Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen
Infos:
☎(04 21) 349 90 77

KOMMUNIKATION

Gewaltfreie Kommunikation
Überall wo Menschen zusammen leben und/oder arbeiten, müssen Entscheidungen und Lösungen entwickelt werden. Gegensätzliche Interessen und Meinungsverschiedenheiten werden oft als blockierend erlebt, Konflikte eher als Krise, denn als Chance wahrgenommen.
Der Ansatz der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg vermittelt grundlegende Fähigkeiten und Haltungen, die es ermöglichen, auch in angespannten Konfliktsituationen konstruktiv im Gespräch zu bleiben und Beziehungen zu gestalten, die auf Verständnis und Wertschätzung beruhen. So lassen sich viel leichter Lösungen finden, die den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht werden.
Einführungsseminare
In diesen Seminaren geht es darum, den Prozess der Gewaltfreien Kommunikation kennen zu lernen und auszuprobieren.
Termine: 23.-25.2., 27.-29.4., 29.6.-1.7., 24.-26.8.2007
Vertiefungsseminar
Termin: 15.-19.2.2007
Weitere Seminare zum Thema, auch als Bildungsurlaub und zusätzlich als Jahreskurs als Ausbildungsbaustein unter: www.kommune-niederkaufungen.de
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

JUNGE LINKE

Du denkst Dein Hirn lenkt
Wochenendseminar zur Kritik der Hirnforschung und des Konstruktivismus
Die naturwissenschaftliche Erforschung des menschlichen Gehirns beschäftigt in den letzten Jahren zunehmend auch die Geisteswissenschaften. Es geht dabei um die Fragen, ob unser freier Wille eine bloß subjektive Einbildung sei; ob das Strafrecht dahingehend reformiert werden müsse, dass es keine Schuld im moralischen Sinne geben kann, da Täter durch die neuronale Struktur ihres Gehirns determiniert seien; ob Kinder durch Erklärungen die Welt begreifen, oder nur durch Reize lernen können.
Hinter den Vorstellungen vom unfreien Willen und der Unmöglichkeit objektiver Erkenntnisse steht eine konstruktivistische Theorie. Hirnforscher stellen heute erneut die Frage, warum ich die Welt als etwas außer mir Existierendes wahrnehmen kann, obwohl doch alle Wahrnehmung der äußeren Welt nachweislich nichts anderes ist als elektro-chemische Impulse in meinem Gehirn. Der Wissenschaftler Gerhard Roth schließt daraus, dass ich tatsächlich gar nicht die äußere Welt erkenne, sondern mein Gehirn eine Wirklichkeit konstruiert, welche mir subjektiv als äußere Welt erscheint. Die ganze Wirklichkeit ist dann ein bloßes Konstrukt meines Gehirns. Diese Überlegung kann politisch wirksam werden. Denn wenn das so ist, dann gibt es auch keine Herrschaftsverhältnisse, keine gesellschaftlich durchgesetzten Formen der Ausbeutung. Was als solches erscheinen mag, wäre nur im einzelnen Subjekt real, hätte aber keinerlei Objektivität.
Objektiv wären nur die neuronalen Strukturen des Gehirns, welche diese Verhältnisse in uns hervorbrächten. Und diese stehen als Organeigenschaften jenseits aller politischen Kritik. Die sich auf neueste Erkenntnisse der Gehirnforschung stützenden Forderungen, das Strafrecht, die Kindererziehung und andere Bereiche der Gesellschaft unserer Hirnstruktur entsprechend umzuformen, treten darum gerne so auf, als stünden sie jenseits politischer Strömungen.
Wir wollen anhand von verschiedenen Texten diese Form der Politik untersuchen, die gerade durch eine konstruktivistische Absage an die Möglichkeit politischen Handelns bestimmte Mechanismen der Herrschaft manifestiert.
Termin: 16.-18.2.2007, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
www.junge-linke.de

ÖKODORF

16. interspirituelles ÖKODORF-Festival **8.-14.August 2007** in Land-Gemeinschaft bei Mainz: Begegnung spirituell/ökol./sozialer Gemeinschaften, Gründungsinitiativen & Interessenten.
Info: ÖKODORF-Institut, Alpenblickstr.12, D-79737 Herrischried
☎(0 77 64) 93 39 99 lange läuten, Fax 93 33 88
www.gemeinschaften.de

KRISIS

Kreuzzug und Jihad – Der gefährliche Mythos vom Kampf der Kulturen
Spätestens seit den monströsen Selbstmordattentaten vom 11. September 2001 hat die in neokonservativen Kreisen ausgebrütete Weltdeutung vom »Clash of Civilisations« in den westlichen Ländern weitgehend hegemonialen Charakter erlangt und bestimmt dort in erheblichem Maße sowohl den gesellschaftlichen Diskurs wie auch das innen- und außenpolitische Handeln. Während der islamistische Terrorismus immer fanatischer und rücksichtsloser durch die Weltgeschichte bombt, reden nicht wenige Vordenker des Westens von einem »Dritten Weltkrieg«, der zu führen sei oder bereits geführt wird (etwa im Irak und in Afghanistan), um den »Islamofaschismus« niederzuschlagen, der angeblich nach der Weltherrschaft greift. Auf der anderen Seite formiert sich eine schaurige Allianz von verwilderten »Antiimperialisten« unterschiedlicher Coleur, die sich nach dem Scheitern der nationalstaatlichen Projekte nachholender Modernisierung im Kern über einen mit antisemitischen Elementen durchsetzten Anti-Amerikanismus oder Anti-Okzidentialismus definieren. Der Islam wird dabei zum Träger einer selber postmodernen Identität umfunktioniert, die ihren Anhängern die Sicherheit imaginärer Gemeinschaftlichkeit und Erlösung von den Ohnmachtserfahrungen im globalisierten Kapitalismus verspricht. Genau in dieser Identitätspolitik liegt aber auch das negativ Verbindende beider Seiten. Mit umgekehrten Vorzeichen gerät so die fortschreitende Ethnisierung bzw. (religiös-) fundamentalistische Besetzung der sozialen, ökonomischen und postpolitischen Konflikte und Widersprüche selber zu einem beschleunigenden Moment im globalen Krisenprozess der Warengesellschaft.
Die bedrohliche Dynamik, die sich hier entfesselt, dürfte die weitere Entwicklung auf absehbare Zeit auf entscheidende Weise bestimmen und prägen. Grund genug also, nach ihren Ursachen und Hintergründen zu fragen und danach, wie eine emanzipatorische Gegenposition zu diesem um sich greifenden Wahnsinn aussehen kann, die sich den falschen Polarisierungen verweigert.
Termin: 30.3.-1.4.2007
in der Jugendbildungsstätte Burg Hoheneck, D-91472 Ipsheim
Textvorschläge zur Vorbereitung unter: www.balzix.de/termin.html
Anmeldungen bitte an:
Förderverein Krisis, Obere Seitenstr. 8, D-90429 Nürnberg
E-Mail: krisisweb@yahoo.kr
www.krisis.org

REGIONALENTWICKLUNG

Mehrteiliger Fortbildungskurs
Die Akademie der Katholischen Landjugend führt zum vierzehnten Mal eine mehrteilige berufliche Qualifizierung für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung durch. Die Fortbildung befähigt dazu, beteiligungsorientierte Planungsprozesse zu strukturieren und zielgerichtet zu steuern. Die Teilnehmer erlernen kommunale wie regionale Entwicklungsstrategien mit den Beteiligten zu erarbeiten, umzusetzen und einzelne Projekte in der Produktentwicklung und Markteinführung zu unterstützen.
Der Kurs wird im Zeitraum März 2007 bis März 2008 durchgeführt. Er setzt sich aus fünf Blöcken zusammen und schließt mit dem Zertifikat Regionalberater/Regionalmanager ab. Die Blöcke sind auch einzeln zu belegen.
Einführungsveranstaltung:
3.-4.3.2007 in Kassel
Information & Anmeldung:
Akademie der Katholischen Landjugend e.V., Drachenfelsstr. 23, D-53604 Bad Honnef
☎(0 22 24) 94 65 40, Fax 94 65 44
E-Mail: akademie@kljb.org
www.akademie.kljb.org

VERKEHR

Kongress »Inis und Unis mobilisieren – Verkehrsrückgang als Chance«
Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf unsere Mobilität sind ein bisher noch wenig beachtetes Thema: Die Bevölkerung in Deutschland altert und in vielen Regionen geht die Einwohnerzahl bereits jetzt zurück. Das Verkehrsaufkommen wird sich in Zukunft ebenfalls vermindern. Vielen vorhandenen und geplanten Straßen wird in Zukunft die Daseinsberechtigung abhanden kommen. Gleichzeitig wird das heutige Niveau des ÖPNV-Angebots in Frage gestellt. Was also ist zu tun? Darüber wollen wir mit den Teilnehmern in Stuttgart diskutieren und herausfinden, welche Erkenntnisse und Lösungen die Wissenschaft (»Unis«) für verkehrsökologische Gruppen (»Inis«) bereithält.
Der 16. BUVKO findet vom **2.-4. März 2007** in Stuttgart statt. Organisiert wird er von UMKEHR e.V., dem Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt, und FUSS e.V., dem Fachverband Fußverkehr Deutschland. Veranstalter vor Ort sind viele Stuttgarter Verkehrsinitiativen und -verbände. Aktuelle Informationen zum Kongress: www.buvko.de
Information & Anmeldung:
BUVKO-Kongressbüro Stuttgart, Christoph Link, Vaihinger Landstr. 50, D-70195 Stuttgart
☎(07 11) 699 37 56, Fax 699 32 03
christoph.link@planet-interkom.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg